

Heft 154

Ausgabe 2 | 2007
ISSN 0170-461
K 5361
5,00 Euro

spw



⊕ Pro und ⊖ Contra:
Tornados nach Afghanistan?
Rolf Mützenich vs.
Ute Finckh

»» **Bonus für Arbeit(geber)?**

Barbara König
Wahlfreiheit?

Sonja Profittlich
Das Eva-Syndrom

Dokumentation:
**Thesen des Kasseler Kreises –
„Gesellschaft sozial gestalten“**



Kurzum | von Thomas Westphal

Die Party geht weiter. In London knallen in diesen Tagen die Korken. Die Investmentbanker erhalten ihre jährliche Bonuszahlung und mieten die besten und teuersten Clubs am Platz, um dieses Ereignis zu feiern. Hier feiern Millionäre. Die Yuppies des 21. Jahrhunderts geben sich nicht mehr zufrieden mit Prada-Mänteln, Gucci-Uhren und einem Porsche auf Pump. Heute werden Häuser in London, New York und Stockholm gekauft, Ferraris bestellt und natürlich gleich bezahlt. So dumm sind die Jungs aus dem Investmentgeschäft ja nun auch wieder nicht, dass sie den „old boys“ aus der Kundenbank auch noch Geld für Kontokorrent und sonstige Kredite in den Rachen werfen. Verglichen mit der heutigen Generation der Neureichen sind die Yuppies der 80er Jahre arme Schlucker, wenn man so will das Lumpenproletariat in der Geschichte der neureichen Wachstumsgewinner gewesen.

Die nächste Partytime ist nicht mehr fern. Zumindest bei der Deutschen Bank, Goldmann Sachs, Carnegie, JP Morgan, SEB, Merrill Lynch, Morgan Stanley und UBS herrscht schon wieder Goldgräberstimmung. Die neue bürgerliche Regierung in Schweden hat beschlossen, die staatlichen Anteile u.a. an der Bank Nordea am weltgrößten Wodka-Hersteller Vin&Sprit und dem Telekomriesen Telia Sonera zu verkaufen. Ein echtes Milliardengeschäft. Bei einer üblichen Honorargröße von 1,5 bis 2 % an der Verkaufssumme locken rund 3 Mrd. Kronen für die Investmentbanker.

Kurzum: Auch wenn sich viele traditionelle (auch linke) Ökonomen gegen diese Einsicht sperren: In bestimmten historischen Phasen ist es sehr wohl möglich, dass sich ein Akkumulationsregime herausbildet und stabile Hegemonie erreicht, welches auf dem Transfer von Reichtumstiteln basiert und losgelöst von der eigentliche Produktion nicht nur existiert, sondern das Kommando über die gesamte Wirtschaftsordnung übernimmt. Auf den Fordismus folgt eben nicht der Toyotismus oder Ähnliches. Wir sind mitten drin im „Goldman Sachsismus“



☞ Thomas Westphal, Diplom-Volkswirt, spw-Mitherausgeber, er lebt und arbeitet in Dortmund.

Foto: privat

Kurt Kister von der Süddeutschen sieht die SPD in der Dauerkrise. Keine wirklich neue Erkenntnis. Interessant aber ist die Begründung: Zentrale Werte und Themen, die früher typisch sozialdemokratisch gewesen seien, wären jetzt von der CDU okkupiert. Als da wären: Offenes Familienverständnis, multikulturelle Gesellschaft, toleranter Rechtsstaat, Homo-Ehe etc. In diesem Punkt sitzt Herr Kister der gleichen Fehldiagnose auf, wie viele im inneren Kreis der Führung der SPD.

Positionen des liberalen Rechtsstaates waren zwar immer wichtige Themen der SPD, aber sie bildeten nicht den Identitätskern. Freiheit und Selbstbestimmung, persönliche Entfaltung und Entwicklung der individuellen Fähigkeiten auf der Basis ökonomischer Sicherheit ohne Ausbeutung, das war der Kanon der Werte, immer gebunden an herrschende und zukünftige materielle Verhältnisse. Gibt es andere Wege und Modelle von Wertschöpfung, Produktion, Arbeit, Ressourcennutzung und Verteilung jenseits der alten Staatsbetriebe, der klassischen industriellen Konzerne und des neuen „Goldmann Sachsismus“? Das sind die Fragen unserer Zeit.

Kurzum: Die Dauerkrise der SPD resultiert nicht daraus, dass man Randthemen verliert, sondern dass man das Kernthema nicht mehr beherrscht. Herr Kister muss das nicht wissen, aber jene Landesfürsten, Strategen und intelligenten Jungsozialisten, die es für einen Neuanfang braucht. ■

□ **Impressum:**

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
 Jutta Blankau (Hamburg)
 Klaus Dörre (Jena)
 Iris Gleicke (Schleusingen)
 Michael Guggemos (Berlin)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Berlin)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 Florian Pronold (Deggendorf)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 René Röspe (Hagen)
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Claudia Bogedan
 Björn Böhning
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Bettina Kohlrusch
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Inken Wiese

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Reinhold Rünker

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 spw-verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 39,-
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)
 Auslandsabonnement Euro 42,-
 Abbestellungen mit einer Frist von drei
 Monaten zum Jahresende.
 ISSN 0170-461 - K 5361
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2007.
 Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,
 Düsseldorf

Titelfoto:

www.fotolia.de, ©Hans-Jürgen Diener

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-3. Tausend, März 2007

■ **Meinung**

Wahlfreiheit? Barbara König	4
Die Gesundheitsreform bleibt auf der Tagesordnung Fritz Riege	5
Rückschlag für Klimaschutz Marco Bülow	6
Viel Rhetorik um Europa und nicht viel mehr Kai Burmeister	7
☒ Pro Tornado-Einsatz in Afghanistan Rolf Mützenich	8
☒ Contra Tornado-Einsatz in Afghanistan Ute Finckh	9
„Müde, matt, marode?“ Interview mit Andrea Nahles	10

■ ■ **Im Fokus: Bonus für Arbeit(geber)?**

Einleitung zum Schwerpunkt Toralf Pusch, Reinhold Rünker	12
Vollbeschäftigung bleibt unser Ziel Reinhold Rünker	14
„Kombinierte“ Kombilohn-Reformen Karen Jaehrling	18
Arbeit darf nicht arm machen, Nichtstun sich nicht lohnen Uwe Döring	23
Die Löhne sind nicht das Problem Arne Heise	27
Wachsende Wirtschaft – steigende Löhne? Kai Burmeister	32
Literaturschau Toralf Pusch, Reinhold Rünker	36

■ ■ ■ **Magazin**

Kinderspiel Kapitalismus Alexandra Kramm	37
Stichwort: Jahreswirtschaftsbericht und Sachverständigenrat	38
Das Eva-Syndrom Sonja Profttlich	40
Die wundersame Entdeckung der neuen Unterschichten Horst Heimann	45
Den Kapitalismus auf den Begriff gebracht? Manfred Boettcher	48
Die „Brasilianisierung“ des Arbeitsmarktes Wolfgang Weinz	50

■ ■ ■ **Personen & Positionen**

Dokumentation: Berliner Thesen des „Kasseler Kreis“ Meldungen u.a.:	54
DL21-Jahrestagung, spw-Frühjahrestagung	56
5 Fragen an ... Christel Riemann-Hanewinkel	58

Wahlfreiheit?

von Barbara König

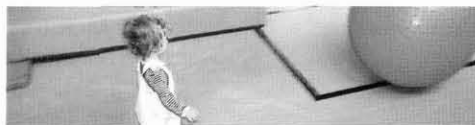


Foto: Christian Kiel

Vermutlich wird „Wahlfreiheit“ das Wort des Jahres 2007. In den letzten Wochen trat kaum ein Politiker, ein Bischof oder eine ehemalige Tageschausprecherin vor die Kamera, ohne von der freien Wahl zu sprechen. Freie Wahl wofür und vor allem für wen?

Es geht um Mütter, die sich „frei“ zwischen Berufstätigkeit und Hausfrauendasein entscheiden können sollen. Um diese Wahlfreiheit zu ermöglichen, fordern Familienministerin Ursula von der Leyen und die SPD in neuer Einmütigkeit mehr Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder. Von der Leyen spricht von rund 35 Prozent bis 2013. Die SPD will einen Rechtsanspruch, im Ergebnis hieße das ca. 50 Prozent Plätze für Einjährige.

Deutschland holt nach, was im restlichen Europa längst Alltag ist: eine bedarfsgerechte und qualitätsvolle Kinderbetreuung, die Kindern die bestmögliche Bildung gewährt und Eltern die gleichberechtigte Arbeitsteilung in Familie und Beruf erleichtert. Dabei darf es Streit geben: Über die Anzahl der zu schaffenden Plätze, die Finanzierung und die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Gestritten wird in Deutschland stattdessen über „Wahlfreiheit“! Konservative Politiker behaupten, mehr Kitaplätze könnten die Wahlfreiheit, Kinder zu Hause zu erziehen, einschränken. Das ist absurd. Mindestens die Hälfte der Kinder wird auch zukünftig zu Hause bleiben (müssen). Und zwar bei Mutti. Bei Vätern steht die Wahl zwischen Job und Familienarbeit nicht zur Debatte. Und das ist der gefährliche Kern der Diskussion. Es geht den Konservativen nicht um Wahlfreiheit, sie haben Angst um die „bewährte“ geschlechtsspezifische Arbeitsteilung: Mann ist sein Leben lang berufstätig, Frau erledigt die Familienarbeit und ist allenfalls „Zuverdienerin“.

Diese geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als Ursache von Frauendiskriminierung ist von Feministinnen schon immer bekämpft worden. Ihnen geht es um eine neue Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern bei der gesamten Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit. Kinderbetreuung ist dabei nur ein kleiner Aspekt.

Aber: mehr Krippenplätze sind ein Signal für Veränderung. Und sie sind nicht das einzige. Das Elterngeld mit seinen zwei „Partnermonaten“ bricht zwar nicht die alten Geschlechterrollen auf, aber es bringt Väter in Erklärungsnot. Die Reform des Ehegattensplittings stellt die Alleinverdiener-Ehe als bestmögliches Familienmodell in Frage. Tatsächliche Wahlfreiheit birgt deshalb für Union und katholische Kirche das Risiko, mit dem Verlust des konservativen Familienmodells große Teile ihrer Identität und ihres Klientels zu verlieren.

Wir sollten die Debatte um Wahlfreiheit als das entlarven, was sie ist: Als Streit um ein neues Familienbild, das die „Überwindung der männlichen Gesellschaft“ beinhaltet und durch kürzere Arbeitszeiten, bessere Kinderbetreuungsangebote und mehr Gleichberechtigung im Steuersystem „Wahlfreiheit“ für beide Geschlechter schafft. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Auch in der SPD. ■



↳ Barbara König, ist Geschäftsführerin des Zukunftsforum Familie und lebt in Berlin.

Foto: Zukunftsforum Familie

Die Gesundheitsreform bleibt auf der Tagesordnung | von Fritz Riege



Die Verabschiedung der letzten Gesundheitsreform durch Bundestag und Bundesrat gibt der SPD kaum eine Verschnaufpause. Die sozialen Aktionstage der Gewerkschaften dauern an. Die Verfassungsjuristen des Bundespräsidialamtes prüfen das umfangreiche Gesetz auf seine Verfassungsmäßigkeit und die Verbände der privaten Krankenversicherung (PKV) haben ihre Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht schon sinngemäß formuliert. Die PKV wehrt sich hauptsächlich gegen den vom Gesetzgeber verordneten Basistarif als unzulässigen Eingriff in ihre Geschäftshoheit und dagegen, dass es für die PKV keine Steuermittel für die Kindermitversicherung geben soll.

Das Gesundheitsministerium muss an einem besonderen Insolvenzgesetz für gesetzliche Krankenkassen arbeiten, weil die Bundesländer im letzten Durchgang mit der bis dahin angestrebten Lösung nicht zufrieden waren. Darüber hinaus muss es zur Reform selbst Ausführungsbestimmungen jedweder Art geben, über die ein koalitionsinterner sowie ein sonstiger öffentlicher Streit unvermeidbar ist. Vorprogrammiert ist weiterhin ein Dauerkrieg mit politischer Außenwirkung zwischen den Großkassen und dem Ministerium um die Beitragserhöhungen, die aus Gründen der Kasensenkung bis zum Jahre 2008 beschlossen werden. Auch die Tatsache, dass CDU- Länderchefs gemeinsam mit den Verbänden der Leistungserbringer noch in den letzten Tagen vor Verabschiedung der Reform, die von den Koalitionsfraktionen bereits abgesegneten Einsparungsvolumina bei Apothekern, Krankenhäusern, Rettungsdiensten weiter vermindern konnten, bleibt nicht ohne Folgen. Gleiches gilt für das Hinausschieben der neuen ärztlichen Gebührenordnung und für eine Reihe weiterer Termine. All das drückt auf die Beitragsentscheidungen, die vom Beginn an die öffentliche Diskussion um die Gesundheitsreform

erschwerte, weil das erklärte Ziel der „Arbeitskostensenkung“ nicht erreicht werden konnte.

Neben diesen Alltagsentscheidungen stehen zwei grundsätzliche Fragen im Raum. Die erste Frage lautet: „Was geschieht mit dem Fahrplan zum Gesundheitsfonds bei vorgezogenen Neuwahlen? Kann die SPD dann noch an den angepeilten Zwischenlösungen festhalten, oder muss sie sich nicht sofort auf ihr Konzept für eine „Solidarische Bürgerversicherung“ mit entsprechenden Finanzierungsforderungen an die PKV und an den Staat umpositionieren?“ Die zweite Frage geht in eine ähnliche Richtung: „Müssen wir nicht die Details für eine „Solidarische Bürgerversicherung“ ab sofort auf Arbeitsgruppenebene zusammentragen, damit sie spätestens auf einem Sonderparteitag im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2009 beschlossen werden können?“

Hier können und müssen wir früh genug im Dialog mit den Gewerkschaften und einer breiten Parteiöffentlichkeit ansetzen. Überraschungsangriffe auf Partei und Öffentlichkeit a la „agenda 2010“ sollten wir uns nicht mehr leisten. ■



↳ Dr. Fritz Riege, Staatssekretär a.D., lebt in Celle.

Foto: privat

„Rückschlag für Klimaschutz“

Rückschrittlicher Kompromiss bezüglich der Grenzwerte von

CO₂-Emissionen bei Neuwagen | von Marco Bülow



» Die EU-Kommission wollte seine Mitgliedsstaaten darauf verpflichten, dass die Neuwagen bis 2012 den durchschnittlichen CO₂-Ausstoß von 120 Gramm pro Kilometer nicht überschreiten. Die Automobilindustrie wird ihre eigene freiwillige Selbstverpflichtung deutlich nicht erreichen, die Emissionen bereits bis 2008 auf 140 Gramm zu senken. Auf Druck Deutschlands hat Europa seine Zielvorgabe nun um 10 Gramm auf 130 Gramm erhöht, weitere 10 Gramm sollen durch Biokraftstoffe und Änderungen des Fahrverhaltens erzielt werden. Statt, wie vollmundig angekündigt, im internationalen Klimaschutz die Vorreiterrolle einzunehmen, könnte Deutschland nun zu einem Bremser gegen im Kampf für die Erderwärmung werden. Ich bin tief enttäuscht, dass nach vielen guten und vorbildlichen Maßnahmen, wie der Förderung der Erneuerbaren Energien und der Aufstockung der Mittel für die Wärmedämmung, jetzt wieder auf die Bremse gedrückt wird. Hier wäre mehr möglich gewesen.

» Der neuste IPCC-Bericht hat uns noch einmal verdeutlicht, wie ernst wir die Erderwärmung nehmen müssen. Statt Rückzuggefechte zu führen, sollen wir mit mutigen Maßnahmen vorangehen. Dazu gehört beispielsweise ein Wärmegesetz für die Erneuerbaren Energien und wirksame Maßnahmen bei der Kraft-Wärmekopplung. Für viele Maßnahmen liegen die Vorschläge der SPD-Umweltpolitik auf dem Tisch. Auch der Verkehr muss seinen Anteil bringen. Die Diskussionspalette reicht von Tempolimit, über Umweltzonen bis zu CO₂-Begrenzungen bei Neufahrzeugen. Unverständlich sind aber auch die Reaktionen der deutschen Autohersteller. Statt ihre Energie in immer breiter, schneller, schwerer

zu stecken, müssen sie endlich Ernst machen, mit neuen energiesparenden Antriebssystemen und sinkendem Kohlendioxidausstoß. Sie laufen Gefahr international den Anschluss zu verlieren. Auch wenn der Verbraucher sich nur langsam umstellt, wird er zukünftig verbrauchsärmere und umweltfreundlichere Autos bevorzugen. Im Einwohnerreichsten US-Bundesstaat Kalifornien hat zum Beispiel der Spritsparende Toyota Prius allen anderen Marken deutlich den Rang abgelaufen.

Wozu gibt es Selbstverpflichtungen, wenn sie nicht eingehalten werden und die, die sie nicht einhalten, dafür auch noch belohnt werden. Diese Unsitte muss beendet werden. Auch bei der Einführung des Katalysators war der Aufschrei der Autolobby groß. Riesige Arbeitsplatzverluste wurden vorhergesagt. Stattdessen hat die Einführung der Katalysatoren für weniger Schadstoffe und keine Arbeitsplatzverluste geführt. Im Gegenteil, die neue Technologie wurde weltweit nachgefragt und die Autohersteller, die zuerst gehandelt haben, hatten eine verstärkte Nachfrage zu verzeichnen. Die Zeit der blumigen Worte und Versprechungen muss vorbei sein. Wer dem Klimawandel wirksam begegnen will, muss auch in Drucksituationen standhaft bleiben.



↳ Marco Bülow, MdB (SPD), ist umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und lebt in Dortmund.

Foto: www.spdfraktion.de

Viel Rhetorik um Europa und leider nicht viel mehr

von Kai Burmeister ■ ■

□ Meßlatte Verfassung

Die Meßlatte für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft liegt in der Wiederbelebung des *Verfassungsprozesses*. Nachdem die Franzosen über eine/n neue/n Präsidenten/in entschieden haben, soll es langsam ernst werden mit dem weiteren Verfahren und den inhaltlichen Eckpunkten der Verfassung. Bis zum „Europäischen Rat“ im Juni soll ein Vorschlag erarbeitet werden, der von allen Mitgliedsstaaten getragen werden kann. Wichtiger Eckpunkt wird der Gipfel der Regierungschefs Ende März sein, auf dem anlässlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge die „Berliner Erklärung“ Auskunft über die Werte Europas geben soll. *Es verfestigen sich aber mehr und mehr zwei Eindrücke:*

1. Das Konzept der Regierung scheint sich auf den Charme der Kanzlerin zu beschränken. Von konzeptionellen Überlegungen ist nichts zu erkennen, technokratisches Kleinklein bestimmt Europa.

2. Die politische Elite glaubt allein mit der Rhetorik der sozialen Dimension alles glätten zu können. Die Europäische Kommission setzt unvermindert weiter auf *Deregulierung und freien Wettbewerb*, dies wurde an der im Herbst vorgelegten Außenwirtschaftsstrategie sowie an aktuellen Papieren zum Binnenmarkt deutlich. Die SPD will sich dafür stark machen, dass künftig alle europäischen Gesetzesvorhaben auf ihre sozialen Folgen geprüft werden.

Überwunden ist die Vertrauenskrise damit aber wohl kaum! Es fehlt weiterhin an der Bereitschaft, die selbst verursachte Krise Europas in ihrem Ausmaß zu erkennen und zu überwinden.

□ Pro-europäische Europakritik nötig

Die Ursachen für das Nein in Frankreich und den Niederlanden sind in den Blick zu nehmen. Der slowenische Philosoph Zizek bringt es auf den Punkt: „Die Elite stellte den Menschen eine Entscheidung anheim, die keine war; sie sollten das Unvermeidliche ratifizieren, das Resultat aufklärten Expertentums. Die Medien und die politische Elite inszenierten die Wahl als eine zwischen Wissen und Unwissenheit, zwischen Sachkenntnis und Ideologie.“ Gebraucht wird aber ein Leitprojekt, das ähnlich wie zuvor Binnenmarkt und Währungsunion die Entwicklung Europas für mehrere Jahre prägen muss. Es gilt an den Hauptmängeln anzusetzen: Der unterentwickelten sozialen Dimension und der Demokratielücke. Die Erneuerung des Europäischen Sozialmodells ist in den Mittelpunkt zu stellen. Es braucht einen sozialen Stabilitätspakt in Europa. Dabei sollte an den historischen Erfahrungen der europäischen Nationalstaaten angeknüpft werden, dass der Markt zwar ein leistungsfähiger Mechanismus zur Koordinierung wirtschaftlicher Aktivitäten ist - aber dieser mit einer gerechten Verteilung der Wertschöpfung heillos überfordert ist. Ergänzungen und Korrekturen durch eine demokratisch legitimierte Politik sind auch auf europäischer Ebene unverzichtbar.

Über die Ratspräsidentschaft hinaus braucht es deshalb für die Linke eine engagierte europäische Programmatik und Praxis. Diese Aufgabe gilt es anzupacken. ■



☞ Kai Burmeister, arbeitet in der Grundsatzabteilung der IG Metall und ist Mitglied im Juso-Bundesvorstand.

Foto: IUSY

☒ Pro: Tornadoeinsatz in Afghanistan

von Rolf Mützenich



☒ Dr. Rolf Mützenich, MdB (SPD), abrüstungs-politischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, lebt in Köln.

Foto: www.spdfraktion.de

☒ Bereits die Vorgeschichte der Afghanistan-Mandate war innerhalb der SPD-Fraktion heftig umstritten. So konnte Gerhard Schröder nur indem er die Vertrauensfrage stellte, eine Mehrheit für das ISAF-Mandat im Bundestag erreichen. Und: Sowohl ISAF wie auch OEF sind robuste Mandate nach Kapitel VII UN-Charta. Der Tornadoeinsatz stellt in diesem Sinne keine neue Qualität dar.

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich im letzten Jahr verschlechtert. Dies gilt vor allem für den Süden und den Osten des Landes. Vor allem entlang der Grenze zu Pakistan gerät die Lage zunehmend außer Kontrolle. Zugleich gilt jedoch davor zu warnen, die erfolgreiche deutsche Arbeit im Norden Afghanistans gegenüber den Kämpfen im unruhigen Süden auszuspielen. Der Norden ist nicht deshalb so ruhig und stabil, weil dort die Deutschen eine zweifellos beachtenswerte Aufbau- und Stabilisierungsarbeit leisten, sondern die Bundeswehr ist in den Norden gegangen, weil dieser vergleichsweise friedlich ist.

Ich habe mir diese Entscheidung nicht leicht gemacht und bin mir sehr wohl bewusst, dass Afghanistan in erster Linie zivile Wiederaufbauhilfe braucht. Der Primat des zivilen Wiederaufbaus darf sich dabei nicht in Lippenbekenntnissen erschöpfen. Notwendig ist deshalb eine grundlegende Überprüfung der Afghanistan-Strategie, bei der die notwendige Bekämpfung der Taliban durch zivile und politische Initiativen ergänzt werden muss. Es ist nicht zuletzt ein Erfolg der Bundesregierung, dass der NATO-Gipfel in Riga sich für eine umfassende Afghanistan-Strategie

und eine stärkere Betonung des zivilen Engagements ausgesprochen hat. Es ist nun Aufgabe dies während der EU-Ratspräsidentschaft weiter voranzutreiben.

Wenn Afghanistan nicht scheitern soll, müssen wir über ganz andere Dinge reden als über sechs Tornados: Der zivile Aufbau muss konsequent unterstützt, der politische Prozess vorangetrieben werden. Mittelfristig muss der Drogenanbau bspw. durch Aufkauf der Ernte und alternative Nutzung bekämpft werden. Die nationale Polizei und Armee müssen aufgebaut werden und vieles Mehr. Dabei gilt: Auch noch so viele zivile Projekte, so nötig und begrüßenswert sie sind, werden das militärische Vorgehen gegen die Taliban nicht überflüssig machen können. Mit anderen Worten: Es muss alles getan werden, um zu verhindern, dass das geschundene Land wieder in einen blutigen Bürgerkrieg zurückfällt und die gesamte Region destabilisiert wird. Dies erfordert Zeit, Geld und einen langen Atem. Der Beschluss der Bundesregierung, ihre Mittel für den zivilen Wiederaufbau in Afghanistan in diesem Jahr um ein Viertel auf 100 Mio. Euro zu erhöhen, geht deshalb in die richtige Richtung. Die Wiederaufbaupolitik muss zudem noch stärker an den Bedürfnissen des Landes ausgerichtet und intensiviert werden. Die Alternative, dass Land und seine Nachbarn sich selbst und den Taliban zu überlassen, wäre unverantwortlich und könnte die gesamte Region ins Chaos gleiten lassen. ■

■ Contra: Tornadoeinsatz in Afghanistan

von Ute Finckh



↳ Ute Finckh, ist Vorsitzende des Bundes für soziale Verteidigung und lebt in Berlin.

Foto: Bund für soziale Verteidigung

Ende 2001 wurde im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ (OEF) von einer multinationalen Koalition unter Führung der USA das Taliban-Regime in Afghanistan gestürzt. Deutschland beteiligte sich am Afghanistan-Teil von OEF mit bis zu 100 Einsatzkräften des KSK. Der OEF-Einsatz in Afghanistan wurde auch weitergeführt, als durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrats die NATO-geführte Afghanistan-Schutztruppe ISAF aufgestellt wurde, die Peacekeeping-Charakter hatte. Von der afghanischen Bevölkerung wurde er daher – im Gegensatz zur Fortsetzung der OEF über den Sturz der Taliban hinaus – zunächst überwiegend positiv bewertet.

2006 wurden große Teile der OEF-Einheiten der USA in ISAF-Einheiten umgewandelt. Leider hieß das nicht, dass sie ihre Strategie veränderten. Seit Anfang Februar leitet ein US-General die ISAF. Es gibt kein Anzeichen dafür, dass er dem Antidrogen- und Antiterrorkrieg ein Ende setzt, im Gegenteil.

In dieser Situation ist kaum zu hoffen, dass eine Entsendung von Tornados ausschließlich oder auch nur vorrangig dem Schutz der im Süden Afghanistans stationierten ISAF-Kontingente dienen würde. Die Bundeswehr wird über den Tornado-Einsatz an der eskalierenden Strategie der USA beteiligt, ob sie will oder nicht. Dies wird negative Rückwirkungen auf das ohnehin schwindende Ansehen der ISAF im Nordosten haben. Auch die Vorstellung, dass der Tornadoeinsatz die letzte Forderung an Deutschland sein wird, ist unrealistisch. Es ist eher damit zu rechnen, dass als Nächstes der Einsatz deutscher Bodentruppen im Süden eingefordert wird.

Die Situation in weiten Teilen Afghanistans ist nach wie vor durch bitterste Armut, Hunger und fehlende medizinische Versorgung gekennzeichnet. Die Lebenserwartung liegt 20 Jahre unter der der Nachbarländer, die Kinder- und Müttersterblichkeit sind mit die höchste weltweit.

Die im Süden Afghanistans verfolgte Strategie wird zunehmend kritisiert. Z.B. vom britischen SENLIS Council, vom kanadischen Standing Senate Committee on National Security and Defence, in einer aktuellen swp-Studie.

In Afghanistan, speziell im Süden, müssten dringend

- Antiterror- und Antidrogeneinsätze, die zivile Schäden Opfer billigend in Kauf nehmen, beendet
- die humanitäre Hilfe verstärkt;
- den Drogenbauern eine Überlebensperspektive ohne Drogenanbau eröffnet;

generell ein umfassendes ländliches Wiederaufbauprogramm gestartet werden.

Verhandlungen mit „moderaten“ Talibanführern über Hilfskonvois und Wiederaufbauprojekte, eine Lizenzierung von Mohnanbau für pharmazeutische Zwecke und ein konsequentes Einbeziehen der Bevölkerung in die Planung und Durchführung des Wiederaufbaus wären Teile einer konstruktiven Afghanistanstrategie. Der Tornado-Einsatz soll 35 Millionen Euro kosten. In zivilen Maßnahmen wäre dieses Geld sinnvoller angelegt. ■



Foto: www.spdfraktion.de

Müde, matt, marode?

Zur Lage der SPD

Interview mit Andrea Nahles

↳ Andrea Nahles, MdB (SPD), Mitglied im SPD-Präsidium und Vorsitzende des Forum DL21 e.V., lebt in Weiler.

↳ Das Gespräch führte für spw Reinhold Rünker.

spw: Die Medien analysieren die SPD derzeit in der Dauerkrise. In den Umfragen tut sie sich schwer, die 30 % -Hürde zu überspringen. Hat sich die SPD müde registriert?

” **Andrea Nahles:** Wir diskutieren auch hier in der spw seit Jahren über Mitgliederschwund, Verlust der Landesebene und programmatische Mattigkeit in der SPD. Das mediale Totenglöckchen wurde uns während dieser Zeit immer mal wieder geläutet. Das sollten wir nicht überbewerten. Aber es stimmt doch nachdenklich, wenn sich die SPD eine Serie von Pannen in Wiesbaden, Hamburg, Düsseldorf leistet, da klappt der Wissenstransfer nicht mehr, da stellt sich Burgkoller ein und da verliert die Partei den Draht zur Mehrheitsfähigkeit. Das sind mehr als Symptome. Wir müssen die SPD vor Ort wieder beackern und verlinken mit der Landes- und Bundesebene. Wir brauchen Aufbruch, Perspektive und Identifikation für eine gemeinsame Politik. Ich sehe aber in den letzten Monaten, dass die Landesvorsitzenden stärker auf der Bundesebene eingreifen, wir haben die höchsten Eintrittszahlen bei den Jusos seit Jahrzehnten. Damit kann ein neuer Anfang versucht werden.

spw: Beim Thema Familienpolitik lässt sich die SPD derzeit von der CDU die Butter vom Brot nehmen.

” **Andrea Nahles:** Da wollen wir erstmal abwarten. Eine von der Leyen macht noch keinen familienpolitischen Sommer. Bei der Kita-Finanzierung wird es zum Schwur kommen

– und ob sich von der Leyen da gegen die konservativen Kräfte auch in den Ländern durchsetzen wird, ist lange nicht entschieden. Es sieht offen gesprochen nicht so aus als ob sie wirklich Erfolg hat.

□ Wer ein klares Profil will, darf dem Streit nicht ausweichen!

spw: Aus der Programmdebatte kommen auch nur matte Impulse.

” **Andrea Nahles:** Naja, der große, alle überwältigende Impuls wird nicht allein über uns kommen wie der Weltgeist. Da müssen wir schon selber ran. Ich finde es übrigens bemerkenswert, dass auf der einen Seite – sowohl von innen als auch außen – kritisiert wird, dass das programmatische Profil der Partei unklar bleibt, gleichzeitig der Programmdebatte aber mit so etwas wie Verachtung begegnet wird nach dem Motto: da wird nur geredet und gestritten, wo aber bleibt die politische Entscheidung? Wer ein klares Profil will, darf dem Streit nicht ausweichen, weder innerhalb noch außerhalb der Partei. Das scheint in der politischen Arena manchmal etwas unter zu gehen. In der Programmdebatte zeigt sich, ob die Sozialdemokratie noch über eigene Ziele und Ideen verfügt, im Alltag der Regierungspraxis beweist sich, ob wir den Mut und die Kraft haben, sie auch konkret im Interesse der Menschen umzusetzen.

spw: Was sind die Themen, von denen Du Dir neue programmatische Kraft für die SPD wünschst?

Andrea Nahles: In den Regionalkonferenzen ist an vier Punkten deutlich geworden, wo wir besser und präziser werden müssen:

(1) Unsere Vorstellung vom „Vorsorgenden Sozialstaat“ muss noch klarer heraus gearbeitet werden. Es geht hier auch um die Klärung materieller Ansprüche, um die gerechte Finanzierung des Sozialstaats. Das Modell der Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung steht dabei für ein neues Sozialstaatsverständnis, das sowohl alle an der Finanzierung beteiligen soll, als auch stärker auf Prävention und Beteiligung der Betroffenen setzt.

(2) Es ist völlig richtig, dass wir die Bedeutung der Bildung stärker in den Mittelpunkt rücken. Da müssen wir dann aber auch konsequent sein und uns für die strukturellen Veränderungen in der Kinderbetreuung und der Bildung stark machen: z.B. Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung im ersten Lebensjahr, flächendeckender Ausbau der Ganztageseinrichtungen nicht nur in der frühkindlichen Betreuung, sondern auch im Schulwesen. Wir müssen die Aufteilung in verschiedene Schulformen überwinden. Wir müssen die Übergänge in die berufliche und wissenschaftliche, in die lebensbegleitende Bildung verbessern. Das sind nur einige Beispiele – und sie kosten viel Geld.

(3) Der SPD fehlt die Idee einer neuen „Wachstumskonstellation“. Ich bin davon überzeugt, dass wir auch künftig mehr gesellschaftlichen Reichtum produzieren müssen, wenn wir alle gleichberechtigt an diesem Reichtum teilhaben lassen wollen. Aber Wachstum dekliniert sich in Zeiten von Globalisierungsdebatte oder Klimawandel natürlich anders als vor dreißig Jahren. Im Berliner Grundsatzprogramm gab es die Vorstellung von sozial und ökologisch ausgewählten Wachstumsfeldern. Ich will den Begriff der „Nachhaltigkeit“ nicht überstrapazieren, aber ich glaube, dass wir etwa eine Industriepolitik brauchen, die auf energetische Nachhaltigkeit ebenso setzt wie auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das wird aber nicht gelingen, wenn wir dies allein den Marktprozessen überlassen. Überhaupt – Marktwirtschaft habe ich bis

jetzt noch nie als sozialdemokratisches Ziel gesehen. Das will ich auch künftig nicht.

(4) Die internationale Dimension unserer Politik darf sich nicht allein in der Frage erschöpfen, ob und wo militärisch eingegriffen werden soll. Hier hat sich die Linke immer zu Recht der Herausforderung gestellt, zivile Instrumente zur Konfliktbewältigung in den Vordergrund zu stellen. Wir sollten uns nicht vor den Knoten schieben lassen, das eine gegen das andere auszuspielen. Wir müssen wieder stärker das ökonomische und kulturelle Auseinanderdriften zwischen den Weltregionen in den Blick nehmen. Und wir müssen die Europäische Union zu einem handlungsfähigen Akteur weiter entwickeln, dazu braucht sie m. E. auch eigenständige Finanzquellen.

Der Bremer Programmpunkt greift zwar vieles auf, es mangelt aber an der notwendigen Präzision, was das in Politik übersetzt bedeutet. Ursächlich dafür ist, dass die Autoren des Entwurfs sich geschämt haben zu benennen, was die aktuellen gesellschaftlichen Konfliktlagen sind. Das beginnt bei einer notwendigen Kritik des finanzgetriebenen Kapitalismus und endet bei der Benennung, wen wir für unsere Politik gewinnen wollen. Darauf aber kann eine linke Volkspartei wie die SPD nicht verzichten.

spw: Eine derart skizzierte Politik braucht aber auch personelle Träger. Wie ist es damit bestellt?

Andrea Nahles: Wie gesagt: Die personelle Erneuerung der SPD vollzieht sich derzeit vor allem in den Ländern und auf der lokalen Ebene. Das geht nicht immer ohne Probleme. Aber auch hier gilt: nur wer sich auch in einen inhaltlichen Konflikt begibt, kann eigenes Profil entwickeln und dann andere überzeugen. Austauschbare Gesichter hat die Politik zu Genüge, sie werden auf Dauer nicht überzeugen.

spw: Vielen Dank für das Gespräch. ■

Bonus für Arbeit(geber)?

Einleitung zum Schwerpunkt

von Toralf Pusch
und Reinhold Rünker



» Als sich sozialdemokratische Politiker kürzlich zur Abwechslung einmal für gewerkschaftliche Lohnforderungen aussprachen, mussten sie nicht lange auf Kritik aus der Wirtschaft warten. Tenor: Der Staat sollte sich aus dem Tarifgeschehen heraushalten. In der Realität hat staatliches Handeln natürlich häufig einen Einfluss auf die Lohnverhandlungen. So hat sich die große Koalition mit der Neuordnung des Niedriglohnbereichs ein Projekt vorgenommen, das indirekt einen erheblichen Einfluss auf die Verhandlungsstärke von Gewerkschaften und Arbeitgebern ausüben könnte.

Der vorliegende Schwerpunkt widmet sich dieser Thematik, ausgehend von der Kombilohn-Debatte über eine Einordnung der Grundeinkommens-Diskussion bis hin zu einem Artikel über die aktuelle Tarifrunde im Metallbereich.

□ Kombilöhne – Bonus für Arbeitgeber?

» Im Zusammenhang mit dieser Diskussion wird immer wieder auch darauf verwiesen, dass viele Arbeitslose z.B. als Geringqualifizierte kaum Chancen auf Beschäftigung haben. Der Makel liege dabei nicht allein in ihrer unzureichenden Qualifizierung, sondern auch in der Lohnhöhe begründet. Erforderlich seien staatliche Ausgleichszahlungen, wie sie in verschiedenen Kombilohn-Modellen vorgeschlagen werden. Zuletzt hat die SPD ein eigenes Modell vorgeschlagen,



Foto: www.fotolia.de, ©Hans-Jürgen Diener

das als „Bonus für Arbeit“ eine Gutschrift auf den Sozialversicherungsbeitrag vorsieht. Kritisiert wurde der Bonus – wie viele andere Kombilohnmodelle – dafür, dass damit Arbeitgeber belohnt werden, weil sie Lohnkosten sparen und faktisch den Lohn nach unten drücken.

Die Kontroverse eröffnet Karen Jaehrling, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen, die 2006 zusammen mit Claudia Weinkopf eine Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt hat, in der sie Kombilohnmodelle im europäischen Vergleich untersucht haben. Ihre Schlussfolgerung ist, dass die Beschäftigung gering Qualifizierter nicht durch ein weiteres Absenken des Lohnniveaus oder eine breite Einführung von Kombilöhnen erhöht werden könne, sondern nur durch ein Bündel von Maßnahmen. Hier könnten zeitlich befristete und zielgruppenspezifische Kombilöhne durchaus eine sozialpolitische Funktion haben. Notwendig sei aber in jedem Fall auch die Einführung von Mindestlöhnen sowie die (öffentliche) Förderung der Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen, da hier eine hohe Beschäftigungswirkung für niedrig und höher qualifizierte Beschäftigte möglich sei.

Der schleswig-holsteinische Arbeitsminister Uwe Döring steht dem „Bonus“ aufgeschlossen gegenüber und schlussfolgert: „Passgenaue, befristete Kombilöhne, Bonus für Arbeit und Mindestlöhne schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich. Was wir brauchen, sind pragmatische Lösun-

gen, die einem gemeinsamen Grundprinzip verpflichtet sind: Arbeit darf nicht arm machen, und Nichtstun darf sich nicht lohnen“.

Harsche Kritik an den Mainstream-Ökonomen in Politik, Wirtschaft und Medien übt Arne Heise in seinem Beitrag. Es sei keineswegs so, dass es zu wenige Arbeitsplätze für gering Qualifizierte gebe. Vielmehr hätte auf dem Arbeitsmarkt ein Verdrängungseffekt eingesetzt, nach dem sich mittlerweile auch hoch Qualifizierte häufig in gering entlohnten Beschäftigungsverhältnissen wieder finden. „Normalarbeitsplätze“ wurden, z.T. subventioniert über die „Mini“- und „Midi“-Job-Regelungen, abgebaut. Minijobs dienen dabei eher als Zuverdienstmöglichkeit, als dass sie Arbeitslosen die Möglichkeit einer eigenständigen Finanzierung durch Erwerbsarbeit geben würden. Um die Arbeitslosigkeit zu überwinden, führe kein Weg daran vorbei, die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Richtung Wachstum und Beschäftigung zu verbessern.

□ Das Ende der Arbeitsgesellschaft?

Angesichts dauerhaft hoher Arbeitslosenzahlen wird immer mal wieder die These vertreten, unserer Gesellschaft ginge die Arbeit aus. Seit etwa zwei Jahren gibt es daher in der politischen Arena immer wieder Vorstöße, das System der sozialen Sicherung in Deutschland durch Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens von der Ausrichtung auf Erwerbsarbeit zu trennen und auf neue Füße zu stellen. Dabei werden unterschiedliche gesellschaftspolitische Ziele verfolgt, die von einer marktorientierten Reduzierung des Sozialstaats bis zu einer Überwindung des kapitalistischen Systems reichen.

Die SPD hat sich bis heute sehr zurückhaltend zu dieser Idee geäußert. Reinhold Rünker hat in seinem Beitrag noch einmal die Begründung dafür zusammengestellt, weshalb ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ auf den gesellschaftlichen Holzweg führt.

□ Gerechter Lohn für gute Arbeit

Derzeit brummt die Konjunktur, die Arbeitslosenzahlen sind mit mehr als 4 Millionen zwar immer noch deutlich zu hoch, aber um fast eine Million geringer als noch vor einem Jahr. Und aktuell finden Tarifverhandlungen statt, in denen erstmals seit Jahren die Aussichten gut stehen, dass die Beschäftigten mit einem spürbaren Plus rechnen dürfen. Also: alles im Lot?

Leider nicht, denn die Rahmenbedingungen für die Tarifverhandlungen haben sich verschoben. Der Druck auf die Beschäftigten hat sich in den zurückliegenden Jahren verschärft. Die Tarifbindung hat abgenommen, trotz guter Gewinne kündigen Konzerne weiterhin Stellenabbau an. Anleger und Investoren sehen heute nicht mehr ihre Kapitalrendite als variablen Teil der Mehrwertproduktion, sondern setzen Ziele bis zu 25% Rendite als Muss – und verstärken damit den Druck auf Lohn- und Gehaltszahlungen. Bei den Tarifverhandlungen kommt es daher nicht nur darauf an, dass für die Beschäftigten am Ende die Kasse klingelt. Vielmehr müssen zuvor noch dicke Bretter gebohrt werden, um im gesellschaftlichen Bewusstsein wieder zu verankern, dass Umsätze und Gewinne nur entstehen, wenn Menschen arbeiten. Kapital wird nur durch menschliche Arbeit zu mehr Kapital. Über die gewerkschaftliche Strategie in der aktuellen Tarifrunde informiert Kai Burmeister in seinem Beitrag. ■

☞ Toralf Pusch promoviert z.Zt. an der Universität Hamburg, er ist stellv. Vorsitzender des Projekt Moderner Sozialismus Nord e.V.

☞ Reinhold Rünker, Historiker, arbeitet als Journalist und Organisationsberater, er lebt in Leichlingen und ist Mitglied der spw-Redaktion.



Foto: Christian Kiel

Vollbeschäftigung bleibt unser Ziel!

Die Sozialdemokratie

muss Partei der Arbeit bleiben!

von Reinhold Rünker



Die Integration aller Menschen in den Arbeitsmarkt ist Ziel sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ heißt es im Bremer Entwurf für ein neues SPD-Grundsatzprogramm. Auch wenn eingeschränkt wird, dass Brüche in der Erwerbsbiografie verstärkt auftreten werden, gibt die SPD das „Ziel der Vollbeschäftigung in Deutschland auch nach Jahrzehnten hoher Arbeitslosigkeit nicht auf. Uns geht die Arbeit nicht aus, im Gegenteil. Unsere Zukunft liegt in innovativen, hochwertigen Gütern und in mehr Angeboten und Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich. Je mehr Menschen in Arbeit sind, desto höher ist unser Wohlstand.“

Diese programmatische Aussage ist insoweit bemerkenswert, als dass auch in der Linken jüngst wieder eine Debatte verstärkt stattfindet, die zu einer Abkehr vom Ziel der Vollbeschäftigung rät.

□ Das Ende der Arbeitsgesellschaft?

Die Debatte ist jedoch nicht neu, sondern seit bald 30 Jahren wird die These diskutiert, unserer Gesellschaft ginge die Arbeit aus. Tatsächlich gibt es eine Reihe von Argumenten, die diese Behauptung stützen: die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sinkt in der Tendenz, die der offiziell als arbeitssuchend gemeldeten Personen hält sich trotz verbesserter Konjunktur bei 4 Millionen Menschen, nicht dazu gerechnet diejenigen, die sich in sozial-, arbeitsmarktpolitischen oder familiär bedingten Warteschleifen bewegen – die also einer eigenen Erwerbstätigkeit nachgehen würden, wenn sie ein entsprechendes Angebot hätten.

Das „Normalarbeitsverhältnis“ der Nachkriegsjahrzehnte erodiert, Berufsbiografien verlieren an Kontinuität, Phasen intensiver und (selbst)ausbeuterischer Erwerbstätigkeit wechseln sich ab mit Phasen von Bildung und Arbeitslosigkeit. Das auf Grundlage des Normalarbeitsverhältnisses aufgebaute Sozialversicherungssystem scheint diesen Veränderungen nicht Schritt halten zu können.

Aber ist es angesichts der Fülle von Überstunden und unbezahlter Mehrarbeit, Schließung eigentlich rentabler Produktionsstätten im Zuge von Unternehmensfusionen, offensichtlicher Vernachlässigung öffentlicher Bauten und Einrichtungen, nicht erfolgter technischer Innovationen, unbefriedigter privater und öffentlicher Bedürfnisse in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung und Umwelt, usw. usf nachvollziehbar, warum es nicht möglich sein soll, auch in Zukunft so viel Arbeitsplätze zu haben, dass Massenarbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft werden kann?

Im Kern haben wir es m.E. heute weniger mit einer Krise der Arbeitsgesellschaft zu tun, der die Erwerbsarbeit ausgehen würde, sondern mit einer Krise des klassischen „Normalarbeitsverhältnisses“: auch wenn heute noch die Mehrheit der Beschäftigungsverhältnisse eine mehr oder weniger geregelte 5-Tage-Woche mit auskömmlicher Vergütung unter an Tarifverträgen orientierten Bedingungen auszeichnet, sind die „Ausfransungen“ v.a. für berufliche NeueinsteigerInnen und Beschäftigte über 50 Jahre so gravierend, dass prekäre Beschäftigung zunehmend den Erwerbsalltag bestimmt.

„Vollbeschäftigung“ und „Normalarbeitsverhältnis“ sind keine Ergebnisse marktwirtschaftlichen Wirkens. Sie mussten und müssen der kapitalistischen Verwertungslogik abgerungen werden, sie waren Ergebnisse gewerkschaftlicher und politischer Kämpfe. Arbeit unter den obwaltenden Bedingungen ist immer auch entfremdete und ausgebeutete Arbeit. Das gesellschaftspolitische Wirken der Sozialdemokratie war jedoch immer darauf ausgerichtet, Entfremdung und Ausbeutung in der Erwerbsarbeit – dem gesellschaftlichen Austausch der Reichtumsproduktion – zu überwinden. Dies ist auch der gesellschaftsüberwindende Impetus – nicht die Überwindung der Erwerbsarbeit und Schaffung eines Paradieses, in dem einem die gebratenen Tauben in den Mund fliegen. Wer diesen gesellschaftspolitischen Anspruch aufgibt, gibt den gestalterischen Anspruch der Sozialdemokratie insgesamt auf.

□ Grundeinkommen, Bürgergeld und Teilhabergesellschaft

» In den letzten Jahren gewinnen Diskussionen an öffentlicher Wahrnehmung, die durch die Einführung eines Grundeinkommens oder Bürgergeldes den sozialpolitischen Knoten durchschlagen wollen und die Gesellschaft der „Freien“ und „Gleichen“ bereits unter kapitalistischen Verhältnissen verwirklichen wollen. Die Beweggründe der Akteure sind sicherlich unterschiedlich. Während früher viele VertreterInnen des Konzeptes eines bedingungslosen Grundeinkommens aus einer kapitalismuskritischen Tradition kamen und das Ziel verfolgten, durch das Grundeinkommen dem Einzelnen mehr Autonomie zu ermöglichen, sich gegen die kapitalistische Ausbeutung zu wehren und für eine lebenswertere Umwelt einzutreten, versammeln sich heute öffentlich wahrnehmbarer Apologeten des freien Marktes unter dem Motto: bedingungsloses Grundeinkommen für alle. Letztlich verbirgt sich dahinter aber ein Abbau des Sozialstaats durch Stilllegungsprämie für diejenigen, die, aus welchen Gründen auch immer, derzeit auf dem Arbeitsmarkt keine Aussicht auf eine auskömmliche Beschäftigung haben.

Gerne wird die Gewährung von „Bürgergeld“ damit garniert, dass sich seine EmpfängerInnen künftig – dem Zwang zur Erwerbsarbeit enthoben – gesellschaftlich nützlichen Aufgaben widmen können: der Pflege kranker Angehöriger etwa, der Betreuung gemeinnütziger Einrichtungen, etc. Proklamiert wird die Befreiung von der Erwerbsarbeit durch das bedingungslose Grundeinkommen und die Freiheit in einer selbstbestimmten Eigenarbeit, die doch im Grunde oft nichts anderes ist als die Privatisierung und Individualisierung gesellschaftlicher Aufgaben.

Unterschätzt wird oft auch, dass über Erwerbsarbeit nicht nur eine finanzielle Zuweisung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erfolgt, sondern auch das Selbstwertgefühl und die Respektabilität des eigenen Lebens vermittelt wird. Wer etwas mit seiner eigenen Hände Arbeit (seiner

Intellektualität, seiner Kreativität, etc.) schafft, was für Dritte einen auch materiellen Wert hat, verfügt über ein anderes Selbstbewusstsein und kann sich eine andere Lebensperspektive eigenständig aufbauen als jemand, der über die Zahlung eines bedingungslosen Grundeinkommen zwar nicht unbedingt materiell verarmt, aber diese Zahlung eben nicht durch einen eigenen Austauschprozess mit seiner Umwelt erhält. Selbstwertgefühl und Respektabilität sind keine Attribute, die im stillen Kämmerlein entstehen, sondern nur in der erfolgreichen Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Umfeld.

Durch den Verzicht auf bedarfs- und lebensphasengerechte Sicherung sozialer Risiken würde zudem ein wichtiger gesellschaftspolitischer Gestaltungsanspruch jenseits der Marktmechanismen aufgegeben. Die vorgeblich transparente und gerechte, weil einheitliche, Transferzahlung an alle gleicht bei weitem nicht aus, dass viele mit schlechteren Ausgangsbedingungen „in den Markt“ entlassen werden, als diejenigen, die bereits in einem materiell und kulturell starkem Umfeld aufwachsen. Dieses Missverhältnis wird durch die Zahlung eines Bürgergelds oder die Verzinsung aus einem „Bürgerstartgeld“ („Teilhabergesellschaft“) nicht aufgelöst.

Und schließlich nicht zu vergessen: Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens fördert natürlich die Ausdehnung eines Niedriglohnssektors und wird einen erheblichen Druck v.a. auf die unteren Lohngruppen haben. Dann profitieren aber nicht in erster Linie erwerbsarbeitslose Personengruppen, sondern die Arbeitgeber, die keine auskömmlichen Löhne mehr zahlen müssen, da sie darauf verweisen werden, dass ihre Beschäftigten aufgrund des bedingungslosen Grundeinkommens lediglich eine zusätzliche Verbesserung ihres doch bereits gesicherten Lebensstandards anstreben.

□ Das Ziel bleibt „Arbeit für alle“

» Arbeit ist die zielgerichtete, dauerhafte Tätigkeit zur Schaffung gesellschaftlichen Reichtums und zum Austausch zwischen den Menschen. Die Sozialdemokratie war und ist die politische Partei dieser arbeitenden Menschen. Sie ist nicht die Besitzstandswahrerin derjenigen, die für ihre Arbeit ein auskömmliches Einkommen erzielen, sondern tritt auch für die Menschen ein, deren Arbeitskraft nicht genutzt wird, obwohl sie einen Beitrag zur gesellschaftlichen Reichtumsproduktion leisten möchten. Die Sozialdemokratie ist auch eine Bewegung, die auf die Gemeinschaft setzt. Die sozialdemokratischen Grundwerte „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ sind nicht lediglich ideelle Werte, die sich jedes Individuum für sich zurecht legt, sondern ergeben erst in ihrer gesellschaftlichen und dabei durchaus konflikthaften Ausprägung ihre politische Sinnstiftung.

Es gibt heute zu wenig sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, zweifellos. Und dass es in Zukunft tatsächlich für jeden, der eine Erwerbsarbeit sucht, auch einen Vollerwerbsarbeitsplatz geben wird, kann seriös nicht versprochen werden. Dennoch ist es sinnvoll und lohnenswert, am Ziel „Arbeit für alle“ fest zu halten: Arbeit ist die Grundlage für gesellschaftliche Reichtumsproduktion. Über Arbeit erfolgt in erster Linie die Zuweisung von sozialer und materieller Anerkennung, die dem menschlichen Bedürfnis nach konstruktiver Auseinandersetzung mit seiner Umwelt entspricht.

Sozialdemokratische Politik muss daher meines Erachtens auch in Zukunft danach streben, eine Beschäftigungsperspektive für alle Menschen zu eröffnen. Dabei ist sicher nicht alles sozial und ökologisch sinnvoll, was Arbeitsplätze schafft. Gerade wer eine moderne Beschäftigungspolitik betreiben will, muss sie an ökologisch und sozial nachhaltigen Kriterien ausrichten. Diese werden an anderer Stelle in diesem Buch ausgeführt. Klar ist dabei, dass es hier auch immer um Auseinandersetzungen um den richtigen Weg und die angemessenen Schwerpunktsetzungen geht. Auch sozialdemokratische Politik ist nicht frei von Ziel-

konflikten. Aber die SPD muss die grundsätzliche Weichenstellung vorzunehmen, die Beschäftigungsperspektive für alle im Blick zu behalten.

□ Soziale Grundsicherung muss Zukunftsperspektiven öffnen

Die unter dem Titel „Hartz IV“ vermurkte Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe hätte die Chance bieten können, eine Grundsicherung zu entwickeln, die Zukunftsperspektiven eröffnet, statt den Ausstieg aus der strukturellen Benachteiligung zu verhindern. Die falsche Akzentsetzung auf „Fordern“ statt „Fördern“, unzumutbare Vermögensverwertungen und überzogene Anrechnungen zusätzlichen Einkommens haben die auch in der Linken ursprünglich positiv bewertete Zusammenlegung in ihr Gegenteil verkehrt.

Es käme daher darauf an, den eigentlichen Kern der sozialen Grundsicherung wieder frei zu legen – nämlich Phasen, in der eine Erwerbstätigkeit nicht möglich ist, durch eine soziokulturelle Existenzsicherung zu überbrücken und – soweit nicht Alter oder gesundheitliche Einschränkungen dem entgegen stehen – eine Perspektive in der Erwerbsarbeit zu eröffnen. Dafür muss ein Modus von „Fördern und Fordern“ entwickelt werden, der auf der einen Seite individuelle Stärken und Schwächen produktiv aufnimmt, auf der anderen Seite die gesellschaftliche Erwartung, dass die Leistungsempfänger im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen gesellschaftlichen Beitrag leisten, befriedigt.

Möglicherweise wird es auch unter den hier genannten Bedingungen Menschen geben, die keine Erwerbsarbeit finden – oder auch keine finden wollen. Fest steht aber: die Einführung einer bedingungslosen Grundsicherung oder eines „Bürgergelds“ führt auf ein gesellschaftspolitisches Glattteis. Verlieren würden diejenigen, die bereits heute keine ausreichenden Möglichkeiten haben, ihrem Leben auch durch eigene Arbeit eine Perspektive zu geben. Ihr Schicksal wird durch eine „Stillhalteprämie“ besiegelt und ihre Existenz der gesell-

schaftskritischen Wahrnehmung enthoben. Doch so etwas kann niemals ein sozialdemokratisches Ziel sein. ■

↳ Reinhold Rünker, Historiker, arbeitet als Journalist und Organisationsberater und lebt in Leichlingen, er ist Mitglied der spw-Redaktion.

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung

17. Jahrgang, Nr. 68, Dezember 2006, 224 Seiten

Prekärer Sektor - Erfahrungen, Einstellungen, Gegenstrategien

Candeias - Handlungsfähigkeit durch Widerspruchsorientierung/ Schumm-Garling - Superflex und Spider Mum - die Generation Praktikum/ Postiglione - Die italienischen Gewerkschaften und das Prekariat/ Schulten - Der "neue Syndikalismus" der argentinischen CTA/ Wiegel - Aufschwung der extremen Rechten in der Bundesrepublik

Staat - Imperialismus - Ideologie

Krätke - Der alte Staat, die neue Weltordnung und die Linke/ Unger - Die USA und das Öl/ Hahn - Imperialismus, Politik und Ideologie (II)

Und: Klenner - Über die Aktualität der Marxschen Unterscheidung zwischen den Bürger- und den Menschenrechten/ Tjaden - Philosophie des Subjekts und materialistische Wissenschaften/ Balzer - Dossier: Ehrendoktorwürde für Helmut Schmidt

Archiv: Marchlewski - "... zu Nutz und Frommen des kämpfenden Proletariats ...". Der Dritte Band des "Kapital" im "Vorwärts" 1894/95

Sowie: Zuschriften, Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Versand) im Abo: 32,- Euro; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 25,- u. Ausland 32,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt:

Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4496

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

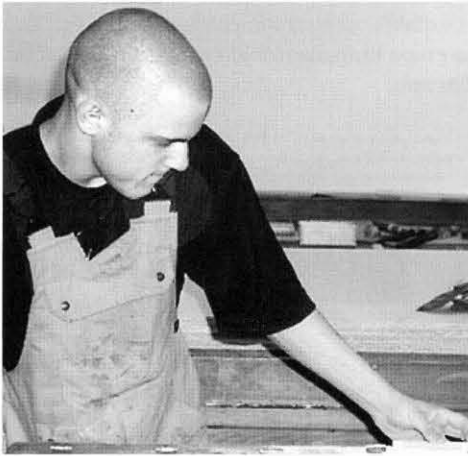


Foto: Christian Kiel

„Kombinierte“ Kombilohn-Reformen

Internationale Reformpfade
und Reformationen für Deutschland

von Karen Jaehrling



» Ähnlich wie Deutschland sind viele OECD-Länder in zunehmendem Maße damit konfrontiert, dass die Lohnungleichheit wächst und die Arbeitslosenquoten steigen. Arbeitslosigkeit konzentriert sich zudem häufig auf bestimmte Personengruppen (gering Qualifizierte, Alleinerziehende). Dies hat zu einer zunehmenden Auslastung der bestehenden Sozialsysteme geführt. Insbesondere in Ländern mit schwach ausgebautem Sozialsystem sind zudem die Armutsraten zum Teil erheblich angestiegen.

Auf diese Problemlage wurde in den Ländern mit Reformen des jeweiligen Steuer- und Sozialsystems reagiert, die auch die Einführung oder Ausweitung von Kombilöhnen einschlossen. Nicht selten wird dabei jedoch zugleich an anderen Stellschrauben gedreht; die Einführung von Kombilöhnen wird also beispielsweise mit der Einführung von Mindestlöhnen oder einer Reform sozialstaatlicher Transfers verbunden.

□ Lehren aus dem internationalen Vergleich: Drei Reformpfade (USA, GB, FR)

» Die USA, Großbritannien und Frankreich stehen für drei unterschiedliche Varianten des Zusammenspiels von Kombi- und Mindestlöhnen sowie des Niveaus der Mindestsicherung:

- Kombilöhne als Ersatz für existenzsichernde Mindestlöhne und Mindesteinkommen (USA)
- Mindestlöhne zur Abstützung existenzsichernder Kombilöhne (Großbritannien)
- Kombilöhne zur Abstützung und Ergänzung von existenzsichernden Mindestlöhnen und Mindesteinkommen (Frankreich)

Bis Mitte der 1990er Jahre besaßen Kombilöhne in den USA und Großbritannien eine ähnliche Aufgabe: In Form von Lohnzuschüssen an die Arbeitnehmer dienten sie der Abfederung von real sinkenden Löhnen am unteren Einkommensrand. Zwar existierten in beiden Ländern bereits branchenbezogene oder allgemeine Mindestlöhne, sie hatten infolge ausbleibender Erhöhungen aber inflationsbedingt stark an Wert verloren und bildeten daher keine wirksame Lohnuntergrenze.

Ab Mitte der 1990er trennen sich jedoch die Reformpfade beider Länder: Während in den USA eine weitere Erhöhung des Kombilohns mit einer Absenkung und Befristung der ohnehin niedrigen Sozialhilfe verknüpft wurde, erfolgte in Großbritannien zeitgleich zur Erhöhung und Ausweitung des Kombilohns auch der Ausbau von Leistungen bei Nicht-Erwerbstätigkeit; insbesondere kinderbezogener Sozialhilfeleistungen, um dem Problem der Kinderarmut beizukommen. Zugleich trug der 1999 eingeführte allgemeine Mindestlohn dazu bei, die staatlichen Ausgaben für die Kombilöhne zu reduzieren.

In Frankreich wurde der Mindestlohn seit seiner Einführung regelmäßig angehoben und zählt im internationalen Vergleich zu den höchsten. Ein 1993 eingeführter arbeitgeberseitiger Kombilohn vermeidet negative Beschäftigungseffekte: Die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitgebern für Arbeitsplätze mit niedrigen Stundenlöhnen wurden reduziert. Bei Stundenlöhnen auf Mindestlohnniveau betragen die Sozialabgaben von Arbeitgebern rund 14% anstelle von 40%.

Welche Effekte hatten diese verschiedenen Reformpfade? Auffällige Befunde betreffen vor allem zwei Personengruppen, die auch in der deutschen Diskussion eine gewisse Rolle spielen, weil sie einen Großteil der ALG II-Empfänger ausmachen: Alleinerziehende und gering Qualifizierte.

■ Alleinerziehende:

In den USA und Großbritannien haben die Kombilöhne nach weitgehend übereinstimmender Einschätzung vorhandener Evaluationen dazu beigetragen, dass die Erwerbsbeteiligung von Alleinerziehenden deutlich gestiegen ist. Dies fiel allerdings in beiden Ländern in eine Phase mit hohem Wirtschaftswachstum, so dass den erhöhten Anreizen zur Arbeitsaufnahme auch eine erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften gegenüberstand. Zudem füllen die Kombilöhne in beiden Ländern eine Lücke im Steuer- und Transfersystem, die es so in anderen Ländern nicht gibt: In den britischen Working Tax Credit (WTC) ist auch die Subventionierung der überdurchschnittlich hohen

Kosten der Kinderbetreuung integriert, und auch in den USA trägt der EITC durch seine Konzentration vorrangig auf Personen mit Kindern und die großzügigere Ausgestaltung der Zuschüsse für diese Gruppe dazu bei, monetäre Fehlanreize durch die dort ebenfalls hohen Kinderbetreuungskosten zu verringern. In Deutschland und Frankreich wird dies durch andere Maßnahmen gewährleistet – vor allem durch subventionierte öffentliche Betreuungsangebote und eine steuerliche Förderung für Kinderbetreuungskosten (vgl. auch Immervoll/Barber 2006).

■ Gering Qualifizierte:

Bezogen auf die Gruppe gering Qualifizierter zeigt das Beispiel Großbritanniens mit seinen stagnierenden Beschäftigungsquoten für gering Qualifizierte, dass nicht jedes Wirtschaftswachstum automatisch in höhere Beschäftigungschancen für gering Qualifizierte mündet – selbst dann nicht, wenn es arbeitnehmerseitige Kombilöhne gibt, die arbeitgeberseitigen Sozialabgaben für gering bezahlte Jobs niedrig sind und die Lohnspreizung im internationalen Vergleich im mittleren bis hohen Bereich liegen. Anders als dies gelegentlich dargestellt wird, kann Großbritannien bezüglich der Beschäftigung gering Qualifizierter daher nicht als positives Vorbild für Deutschland angesehen werden. In Frankreich ist es zwar gelungen, trotz schwacher Wachstumsdynamik den rückläufigen Trend in der Beschäftigung gering Qualifizierter seit Mitte der neunziger Jahre aufzuhalten und umzukehren. Inwieweit dies allerdings ursächlich auf die arbeitgeberseitigen Subventionen der Sozialversicherungsabgaben für niedrig entlohnte Arbeitsplätze zurückgeführt werden kann, ist umstritten. Dies gilt insbesondere für die Frage, ob und in welchem Umfang die zusätzliche Beschäftigung im Niedriglohnbereich auf eine Substitution höher bezahlter Arbeitsplätze zurückzuführen ist. Zudem stehen jedem zusätzlichen oder erhaltenen Arbeitsplatz einer Schätzung zufolge mit rund 10.000 Euro pro Jahr relativ hohe Kosten gegenüber.

□ Der deutsche Reformpfad: Kombilöhne ohne Mindestlöhne

» Deutschland steht gewissermaßen für einen vierten Reformpfad: die Einführung oder Ausweitung von Kombilöhnen ohne Mindestlöhne. Flächendeckende kombilohnähnliche Regelungen wie die Mini- und Midijobs oder die Zuverdienstregelungen in der Grundsicherung haben bislang kaum zur Verbesserung der Situation gering Qualifizierter beigetragen – obwohl die Niedriglohnbeschäftigung seit Mitte der neunziger Jahre in Deutschland an Bedeutung gewonnen hat und mittlerweile über dem EU-Durchschnitt liegt. Die arbeitnehmerseitigen Lohnzuschüsse haben aber zum Teil dazu beigetragen, dass der deutliche Zuwachs von Niedriglöhnen in den vergangenen Jahren staatlicherseits abgefedert wurde: Der Anstieg der Netto-Niedriglöhne fällt deutlich moderater aus als bei einer Betrachtung der Brutto-Löhne (vgl. Brenke 2006). Insofern verbessern diese Kombilöhne die finanzielle Situation privater Haushalte – allerdings befinden sich hierunter vielfach auch Haushalte, die nicht als arm gelten: so sind zum Beispiel nur 8% aller Minijobber ALG-II-Bezieher (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2006). Belastet wird dadurch der Staatshaushalt: Da es in Deutschland keine verbindliche Lohnuntergrenze durch Mindestlöhne gibt, die Tarifbindung rückläufig ist und zudem auch tarifliche Niedrigstlöhne keine Seltenheit sind, steht Unternehmen die Möglichkeit offen, die staatliche Abfederung niedriger Löhne durch Kombilöhne zu nutzen, um Löhne zu senken oder einzufrieren.

□ Reformoptionen für Deutschland

» Gegen eine weitere Ausdehnung des Niedriglohnsektors durch die Absenkung von Transfers oder flächendeckende Lohnsubventionen an Arbeitgeber spricht unter anderem, dass weder die bisherige Entwicklung in Deutschland, noch empirische Untersuchungen zu den Reformeffekten anderer Länder den Nachweis erbracht haben, dass gering Qualifizierte und Langzeitarbeitslose, die Hauptzielgruppe der gegenwärtigen

Diskussion, davon in nennenswertem Umfang profitieren würden. Ein wichtiger Grund, warum gering Qualifizierte auch bei niedrig entlohnten, vermeintlich einfachen Arbeitsplätzen nicht unbedingt zum Zuge kommen, ist darin zu suchen, dass auch für Arbeitsplätze ohne formale Qualifikationsanforderungen oft Fähigkeiten vorausgesetzt werden, die nicht jede/r mitbringt. Die hohe Arbeitslosigkeit auch unter qualifizierten Arbeitskräften erlaubt es Arbeitgebern, bei der Besetzung Arbeitslose mit Ausbildung vorzuziehen, was selbst bei vermeintlich ‚einfachen‘ Dienstleistungstätigkeiten keine Seltenheit ist (vgl. Hieming et al. 2005).

Selbst wo die Qualifikationsanforderungen zu gering Qualifizierten passen würden, stehen diese angesichts der allgemeinen Nachfrageschwäche am Arbeitsmarkt im Wettbewerb zu besser qualifizierten und arbeitsmarktnäheren Bewerbern, die sich auch auf niedrig entlohnte Arbeitsplätze bewerben. Rund drei Viertel aller Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland verfügen über eine Ausbildung (vgl. Kalina/Weinkopf 2006). In langfristiger Perspektive scheinen folgende Reformoptionen daher besser geeignet, die Erwerbsbeteiligung benachteiligten Gruppen am Arbeitsmarkt zu erhöhen, und gleichzeitig die Belastung der staatlichen Haushalte zu stabilisieren oder sogar zu reduzieren:

■ Zielgruppenspezifische, befristete Kombilöhne:

Sie können in begrenztem Maße dazu beitragen, Beschäftigungsbarrieren für einen ‚harten Kern‘ von Langzeitarbeitslosen abzubauen. Vor der Einführung neuer Modelle sollte jedoch sorgfältig geprüft werden, ob es nicht bereits entsprechende Förderinstrumente gibt. Zusätzliche Beschäftigung ist von diesen Maßnahmen nicht zu erwarten, vielmehr kommt dies einer partiellen Substitution wettbewerbsstärkerer durch wettbewerbsschwächere Teilnehmer gleich und trägt damit zur partiellen Umverteilung des Arbeitslosigkeitsrisikos bei. Damit würde der Verdrängungseffekt etwas reduziert, indem zumindest ein Teil der Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen auch wieder mit arbeitsmarktfernen oder gering qualifizierten Bewerber/innen besetzt wird.

■ **Mindestlohn:**

Ein gesetzlicher Mindestlohn könnte den Staatshaushalt in doppelter Weise entlasten: Durch die geringeren Aufwendungen für die bestehenden kombilohnähnlichen Regelungen und durch zusätzliche Steuereinnahmen und Sozialabgaben als Folge der höheren Lohnsumme. Die skizzierten Reformpfade anderer Länder wie auch weitere empirische Untersuchungen zeigen, dass sich entgegen modelltheoretischer Annahmen Mindestlöhne nicht negativ auf die Beschäftigung auswirken müssen, auch nicht auf die Beschäftigungsquoten von gering Qualifizierten. Vielmehr scheint die Art der Einführung und die Flankierung mit anderen Instrumenten entscheidend zu sein. Da man die Höhe eines Mindestlohnes, der keine negativen Beschäftigungseffekte hat, nicht am Schreibtisch festlegen kann, empfiehlt es sich, der britischen Vorgehensweise folgend experimentell vorzugehen – also niedrig anzufangen und den Mindestlohn schrittweise zu erhöhen (vgl. Bosch/Weinkopf 2006). Bei einer Annäherung an ein im internationalen Vergleich hohes Niveau von 7,50 bis 8 Euro wäre zu prüfen, inwieweit es flankierender Lohnsubventionen an die Arbeitgeberseite nach französischem Vorbild bedarf.

■ **Förderung der Nachfrage nach höher qualifizierten sozialen Dienstleistungen:**

Generell fokussieren die gegenwärtig diskutierten Reformvorschläge zu einseitig auf das Niedriglohnsegment und einfache Arbeitsplätze. Dabei wäre gering Qualifizierten auch geholfen, wenn der Konkurrenzdruck mit wettbewerbsstärkeren Bewerbern nachlassen würde. Darauf deuten auch empirische internationale Vergleiche hin, nach denen die Arbeitslosenquote von gering Qualifizierten umso geringer ist, je geringer die allgemeine Arbeitslosenquote ist (vgl. Bofinger et al. 2006: 17). Ein Weg um den Konkurrenzdruck zu mindern besteht im staatlich geförderten Ausbau qualifizierter Dienstleistungen insbesondere im sozialen Bereich. Gerade in diesem beschäftigungsstarken Sektor weist Deutschland eine Dienstleistungslücke im Vergleich zu anderen Ländern auf (vgl. Bosch/Wagner 2003). Auch ein Teil des britischen Beschäftigungswachstums der jüngeren

Vergangenheit resultiert aus einer erhöhten staatlichen Nachfrage nach Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungsbereich (vgl. Grimshaw/Carroll 2007, Meyer 2002). Die ‚Kostenkrankheit‘ von Dienstleistungen lässt sich also nicht nur durch Lohnsenkungen, sondern auch durch verschiedene Varianten staatlicher Subventionen beheben. Deutschland weist im internationalen Vergleich ein hohes Niveau zweckungebundener Transfers auf, die eher Eigenarbeit anstelle von Erwerbsarbeit subventionieren. Durch eine stärkere Zweckbindung dieser Mittel (etwa: Kinderbetreuungsgutscheine statt Kindergeld) könnten diese Mittel in höherem Maße in die Förderung von Erwerbsarbeit umgelenkt werden. ■

☞ Dr. Karen Jaehrling, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen. Der Beitrag basiert auf einer Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, die die Autorin gemeinsam mit Dr. Claudia Weinkopf kürzlich fertig gestellt hat (Jaehrling/Weinkopf 2006).

Literatur:

- Bofinger, Peter et al. (2006): Vorrang für das reguläre Arbeitsverhältnis: Ein Konzept für Existenzsichernde Beschäftigung im Niedriglohnbereich, Gutachten für das Sächsische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, August 2006.
- Bosch, Gerhard/Weinkopf, Claudia (2006): Mindestlöhne auch in Deutschland?! Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Download unter: <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/03980.pdf>.
- Bosch, Gerhard/Wagner, Alexandra (2003): Dienstleistungsgesellschaften in Europa und Ursachen für das Wachstum der Dienstleistungsbeschäftigung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55, S. 475-499.
- Brenke, Karl (2006): Wachsender Niedriglohnsektor in Deutschland – sind Mindestlöhne sinnvoll? DIW-Wochenbericht Nr. 15-16: 197-206.
- Bundesagentur für Arbeit (2006): Grundsicherung für Arbeitsuchende: Anrechenbare Einkommen und Erwerbstätigkeit. Nürnberg.
- Grimshaw, Damian/Carroll, Marilyn (2007): Improving the position of low paid workers through new coordinating institutions: the case of public hospitals', in: Lloyd, Carolyn / Mason, Geoff / Mayhew, Ken (eds): Low-Wage Employment in the UK, New York: Russell Sage Foundation (im Erscheinen).
- Hieming, Bettina et al. (2005): Stellenbesetzungsprozesse im Bereich „einfacher“ Dienstleistungen. Abschlussbericht einer Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. BMWA-Dokumentation Nr. 550. Berlin.
- Immervoll, Herwig/Barber, David (2005): Can Parents Afford to Work? Childcare Costs, Tax-Benefit Policies and Work Incentives, OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 31. Paris.
- Jaehrling, Karen/Weinkopf, Claudia (2006): Kombilöhne in Deutschland – Neue Wege, alte Pfade, Irrweg? Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Download unter: <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/03978.pdf>.
- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2006): Mindestens 6 Millionen Niedriglohnbeschäftigte in Deutschland: Welche Rolle spielen Teilzeitarbeit und Minijobs? IAT-Report 2006-03. Gelsenkirchen.
- Meyer, Traute (1999): Mehr einfache Dienstleistungen durch Senkung der Arbeitskosten? Warum der Zusammenhang im Wohlfahrtssektor nicht gilt. Eine Analyse am Beispiel Großbritannien, in: Gottschall, Karin / Pfau-Effinger, Birgit (Hg.): Zukunft der Arbeit und Geschlecht. Diskurse, Entwicklungspfade und Reformoptionen im internationalen Vergleich, Opladen: Leske+Budrich, S. 231-247.



Ja, ich abonniere die Junge Welt für mindestens ein halbes Jahr

Frau Herr

Name/Vorname spw

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich)

Das Abo geht nicht an mich, sondern an folgende Adresse

Name/Vorname

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Ich bestelle das
 Normalabo (mtl. 27,90 Euro),
 Solidaritätsabo (mtl. 35,90 Euro),
 Sozialabo (mtl. 20,90 Euro).
 Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Ich bezahle das Abo
 monatlich (nur mit Bankeinzug),
 vierteljährlich (3 % Rabatt),
 halbjährlich (4 % Rabatt),
 jährlich (5 % Rabatt).
 per Einzugsermächtigung Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Als Dankeschön wähle ich eine der folgenden Prämien:

Christoph Twickel
Hugo Chávez. Eine Biografie
 Edition Nautilus, 2006, 352 S.



Jürgen Elsässer
Angriff der Heuschrecken
 Zerstörung der Nationen und globaler Krieg
 Verlag Pahl-Rugenstein, 2006, 230 S.



Dazu gibt es als Hammerprämie:
 Schalmeyen-Orchester »Fritz Weineck«, Berlin
In Tradition



Das Orchester wurde 1962 in Berlin-Tempelhof gegründet – zum Teil von Menschen, die schon zur Weimarer Zeit in der Arbeiterbewegung Schalmeyenmusik gemacht hatten. Anknüpfend an die Tradition der Arbeiterbewegung erhielt das Orchester den Namen »Fritz Weineck« (der »Kleine Trompeter«). Die CD versammelt Klassiker wie »Die Internationale«, »Auf, auf zum Kampf!«, »Dem Morgenrot entgegen« und »Bandiera rossa!«. CD, 20 Titel, Booklet mit allen Texten

Die Prämie geht an
 mich den Abonnenten
 Ich verzichte auf eine Prämie

Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 33, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 0 30/53 63 55 44.



Foto: Christian Kiel

» Gute zwei Jahre liegt die Einführung von Arbeitslosengeld II, von Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen und anderen grundlegenden Neuerungen der Arbeitsmarktpolitik zurück. Vieles hätte besser vorbereitet und umgesetzt werden können. Andererseits zeigen Reformen anderer Länder: Ein Systemwechsel braucht vier oder fünf Jahre, bis sich alles eingespielt hat. Meine Erfahrung als Landesminister bestätigt: Es läuft jeden Tag besser. Die sinkenden Arbeitslosenzahlen zeigen, dass die Reformen greifen. In Schleswig-Holstein ist innerhalb von zwei Jahren die Arbeitslosigkeit um über 28 Prozent gesunken – wer hätte das seinerzeit zu hoffen gewagt?

□ Viele arbeitsmarktpolitische Baustellen

» Arbeitsmarktpolitisch bleibt dennoch viel zu tun. Der Instrumentenkoffer der Arbeitsmarktpolitik ist übertoll. Das führt zu Intransparenz und manchmal auch zu Ineffizienz. Weitere Probleme sind: Der hohe Anteil Langzeitarbeitsloser; die niedrige Beschäftigungsquote bei Frauen und Älteren; fehlende Ausbildungsplätze und mangelnde Ausbildungsfähigkeit bei den Jugendlichen; ein Niedriglohnsektor mit Löhnen, die oft nicht zum Leben reichen, in dem aber trotzdem viele keine Arbeit finden; große Defizite bei Qualifizierung und Weiterbildung, hohe Sozialabgaben, die zu wenig Anreize bietet, sich um qualifizierte Vollzeitstellen zu bemühen.

Arbeit darf nicht arm machen, Nichtstun sich nicht lohnen

von Uwe Döring ■ ■

Die Große Koalition in Berlin hat im Januar 2005 Franz Müntefering mit der Ausarbeitung eines großen Wurfs zur Lösung dieser Probleme betraut. Union und SPD bemühen sich, die Unterschiede ihrer Positionen zu betonen. Vor einigen Wochen beschlossen CDU und SPD in ihren jeweiligen „Bremer Erklärungen“ ihre arbeitsmarktpolitische Agenda.

Die SPD konzentriert sich auf fünf Forderungen: Steuergutschriften für Geringverdiener („Bonus für Arbeit“), Einrichtung eines „Sozialen Arbeitsmarktes“ für zunächst 100.000 Arbeitssuchende, präventive Förderung benachteiligter Jugendlicher und dadurch Senkung der Schul- und Ausbildungsabbrecher, Ausbau der Weiterbildung zur vierten Säule der Bildungspolitik und Umbau der Arbeitslosen- in eine Beschäftigungsversicherung, um Beschäftigungsfähigkeit durch Qualifizierung zu erhalten, schließlich branchenspezifische Mindestlöhne, und, wo das nicht klappt, einen gesetzlichen Mindestlohn.

Ganz anders die Vorstellungen der CDU: Sie setzt auf mehr Arbeitsanreize durch weitere Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung und auf Kombilöhne für jüngere und ältere Arbeitslose. In wenigen Jahren soll die Zahl der Schulabbrecher halbiert und Langzeitarbeitslosigkeit bei unter 25jährigen verschwunden sein. Durch Eindampfen der derzeit 80 auf fünf bis zehn arbeitsmarktpolitische Instrumente und ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch soll das Arbeits(markt)recht effizienter werden.

Trotz unterschiedlicher Rezepte besteht allerdings weitgehende Einigkeit, wo wir ansetzen müssen:

- Wir brauchen eine präventive Arbeitsmarktpolitik in den Schulen, die für mehr Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit sorgt.
- Wir brauchen besondere Unterstützung für den nicht unerheblichen Teil der Arbeitssuchenden, der auch im Aufschwung keine reguläre Arbeit findet.
- Das derzeitige System setzt teilweise falsche Anreize. Ziel muss es sein, auch einfache Arbeiten finanziell attraktiver zu machen und Anreize zu geben, sich um höherwertige Vollzeitstellen zu bemühen.
- Die Hürden für Neu- oder Wiedereinsteiger in den Arbeitsmarkt sind zu hoch. Das gilt insbesondere für Langzeitarbeitslose, für Ältere und Alleinerziehende.

Harte ideologische Unterschiede gibt es eigentlich nur bei der Beurteilung von Kündigungsschutz und gesetzlichen Mindestlöhnen. Das Konfliktpotenzial ist aber begrenzt: Die Union hat sich damit abgefunden, dass sie beim Kündigungsschutz bei der SPD auf Granit beißt; und beim gesetzlichen Mindestlohn gibt es in beiden Parteien eine relativ große Übereinstimmung, dass jedenfalls in bestimmten Branchen Dumpinglöhnen ein Riegel vorgeschoben werden muss. Bleiben der Kombilohn, ein altes Lieblingsprojekt der Union, und die Idee eines „Bonus für Arbeit“, mit dem die SPD erst seit kurzem flirtet. Was taugen diese Ansätze?

□ Der gute Grundgedanke des Kombilohns

» Wir haben einen gespaltenen Arbeitsmarkt, mit Fachkräftemangel auf der einen Seite und einer hohen Sockelarbeitslosigkeit auf der anderen Seite. Der Konkurrenz- und Lohndruck durch Globalisierung, EU-Erweiterung und fortschreitende Rationalisierung trifft besonders Einfachqualifizierte. Qualifizierung ist wichtig, reicht aber alleine nicht aus. Ob es uns passt oder nicht: Ohne einen Niedriglohnsektor werden viele von

ihnen arbeitslos bleiben und aus der Gesellschaft herausfallen. Hier ist kluger Realismus gefragt, nicht Wunschenken. Marktwirtschaft ist effizient, aber nicht immer gerecht. Es gibt Lohndumping und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, die wir nicht akzeptieren dürfen. Aber es gibt eben auch Arbeitslose, die auf dem Arbeitsmarkt wegen eingeschränkter Leistungsfähigkeit nur Löhne erzielen können, von denen man nicht ordentlich leben kann.

Hier setzt der Kombilohn an: Niedrige Einkommen spiegeln häufig die Produktivitätslücke von Langzeitarbeitslosen und sind nicht immer Ausdruck neoliberalen Ausbeutungswillens. Der einfache und bestechende Grundgedanke des Kombilohns ist: Wenn ich die Produktivitätslücke mit einem Kombilohn schliesse, können auch schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit kommen. Der dahinter stehende Impuls: Es ist besser, Beschäftigung zu finanzieren als Arbeitslosigkeit. Ein Kombilohn als solcher ist weder rechts noch links, weder sozial noch neoliberal. Bringt ein Kombilohn Jobs und bleibt finanzierbar, ist er gut; bringt er keine und kostet viel, ist er schlecht. Das Entscheidende ist also, ob der Kombilohn in seiner praktischen Umsetzung hält, was die gute Idee verspricht. Und da wird es dann ziemlich kompliziert.

□ Viele Kombilohnmodelle taugen nichts

» Den Kombilohn gibt es nicht. Es kommt immer auf das jeweilige Modell und dessen praktische Umsetzung an. Alle wissenschaftlichen Untersuchungen zeigen: Kombilöhne sind keine Wunderwaffen. Wenn Ministerpräsidenten und Professoren mit Kombilöhnen Millionen neue Arbeitsplätze schaffen wollen, führen sie die Öffentlichkeit an der Nase herum. Mit einem Kombilohn kann man vielleicht einigen hunderttausend Arbeitslosen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern. Das ist ehrgeizig genug.

Denn in der Umsetzung ist der Kombilohn ein Ansatz mit vielen Haken und Ösen.

- Kombilöhne provozieren Mitnahmeeffekte bei den einstellenden Unternehmen: Warum jemanden ohne Kombilohn einstellen, wenn ich auch einen mit Kombilohn kriegen kann? Im schlechtesten Fall wird für einen Kombilöhner ein reguläres Arbeitsverhältnis gekündigt.
- Kombilöhne sind häufig erfolglos und teuer: Viele Kombilöhne werden kaum nachgefragt, oder der gewünschte Klebeeffekt in den Unternehmen bleibt aus.
- Kombilöhne können Qualifizierung hemmen. Wenn ein Einfachqualifizierter mit Hilfe des Kombilohns ein ähnliches Netto nach Hause bringt wie sein höher qualifizierter Kollege, der keinen Kombilohn bekommt, wird er sich zweimal überlegen, ob sich die Mühen der Qualifizierung lohnen.

Das wichtigste für einen guten Kombilohn ist ein durchdachtes Konzept mit einer klar umrissenen Zielgruppe, einer professionellen Begleitung durch Arbeitsplatzaquisiteure und einer passgenauen Vermittlung. In Schleswig-Holstein haben wir mit solchen Ansätzen Erfolg gehabt: Mehr als die Hälfte der geförderten Arbeitsplätze blieb nach Auslaufen des Kombilohns erhalten.

Wer sich hingegen nur auf den finanziellen Anreiz verlässt, wird scheitern; kein Arbeitgeber wird für einen noch so hohen Kombilohn jemanden einstellen, den er nicht braucht, der nicht in den Betrieb passt und der nicht motiviert ist. Auch die Mitnahmeeffekte müssen minimiert werden: Der Kombilohn muss befristet werden, er darf nicht flächendeckend sein, muss auf eng gefasste Problemgruppen beschränkt werden und sollte im Regelfall degressiv abgeschmolzen werden. Wie auch immer die politische Debatte um Kombilöhne ausgeht: Wir haben bereits verschiedene Kombilöhne in der Arbeitsmarktpolitik (z.B. Einstiegsgehalt, Eingliederungszuschuss, Kombilöhne auf Landesebene) – und wir werden auch in Zukunft Kombilöhne haben. Es geht nun darum, die richtigen zu haben – und weniger konkurrierende Modelle als bisher.

□ Kombilohn und Mindestlohn gehören zusammen

» Voraussetzung ist in jedem Fall eine Absicherung der Löhne nach unten. Denn es gibt gute Gründe für die Befürchtung, Kombilöhne könnten die Lohnfindung Einfluss nehmen und die ohnehin für Einfachqualifizierte niedrigen Löhne weiter nach unten drücken. Gegensteuern kann man einerseits, in dem man Kombilöhne an die Wahrung eines bestimmten Lohnniveaus bindet, andererseits mit tariflich oder gesetzlichen Mindestlöhnen, die nicht unterschritten werden dürfen, egal ob jemand einen Kombilohn bekommt oder nicht. Ich bin – nicht nur aus diesem Grund – für Mindestlöhne.

Ich favorisiere branchenspezifische Mindestlöhne, wobei tarifliche Vereinbarungen und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen (auch durch Ausweitung des Entsendegesetzes) den Vorrang haben müssen. Denn die Tarifparteien wissen meist viel besser als der Staat, welcher Lohn fair und gleichzeitig für die Unternehmen bezahlbar ist. Wo das nicht klappt, brauchen wir möglicherweise als „Bottom-Line“ einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, der aber bis auf weiteres unter den von den Gewerkschaften geforderten 7,50 Euro liegen muss. Ein zu hoher Mindestlohn kann im schlimmsten Fall die Arbeitsplätze gerade derjenigen gefährden, denen man mit einem Mindestlohn helfen will. Stimmen die Voraussetzungen, könnten Kombilöhne für jüngere und für ältere Arbeitslose mit besonderem Unterstützungsbedarf auch aus sozialdemokratischer Sicht akzeptabel sein. Wunder von ihnen erwarten sollte jedoch niemand.

□ Der Bonus für Arbeit

» Der von Peter Bofinger und Ulrich Walwei entwickelte Vorschlag eines „Bonus für Arbeit“ setzt anders an als die herkömmlichen Kombilöhne. Er greift die Idee einer Steuergutschrift („negative Einkommenssteuer“) auf, die es in Großbritannien und den USA gibt und von ▶

FDP und Grünen seit langem gefordert werden. Die SPD hat sich lange nicht dafür erwärmen können – vielleicht, weil der Neoliberale Milton Friedman einer der Väter der Idee war. Die Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung und Vordenker wie Fritz Scharpf haben sich davon nicht abschrecken lassen und schon in den 1990er Jahren für diesen Ansatz geworben.

Zurzeit setzt unser System völlig falsche Anreize: Durch die Privilegierung von Minijobs, die Aufstockung geringer Einkommen mit Arbeitslosengeld II und die gegenwärtigen Hinzuverdienstregelungen subventionieren wir schlecht bezahlte Teilzeitjobs und fördern Lohndrückerei im Niedriglohnssektor. Die reguläre Vollzeitstelle ist in diesem System die für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unattraktivste Beschäftigungsform. Das ist ein absurder Zustand.

Der Bonus für Arbeit fördert diejenigen, die derzeit trotz Vollzeitarbeit kein existenzsicherndes Einkommen erreichen. Wer mindestens 30 Stunden in der Woche arbeitet, bekommt die Sozialversicherungsbeiträge vom Finanzamt erstattet, und zwar bis zu einem Einkommen von 750 Euro (Ledige) bzw. 1300 Euro (Verheiratete). Danach wird der Bonus abgeschmolzen. Gleichzeitig müssten der Freibetrag bei den Zusatzverdiensten zum Arbeitslosengeld und die steuerliche Bevorzugung der Minijobs abgeschafft werden. Gerade Menschen, die besondere Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben, bekommen dadurch neue Chancen auf reguläre Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt.

Ähnlich wie beim Kombilohn für besondere Zielgruppen muss auch der Bonus für Arbeit mit Mindestlöhnen kombiniert werden. Der Bonus für Arbeit kostet geschätzte vier Milliarden Euro, im Vergleich zum Status quo wird es aber nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer geben, zum Beispiel durch die schärfere Anrechnung von Hinzuverdiensten. Ob letztlich das Bofinger-Modell umsetzbar ist oder ein Alternativmodell die Ziele besser erreicht, muss sich zeigen. Die Grundidee aber ist richtig – wir sollten den Versuch wagen.

□ Praktische Probleme, pragmatische Lösungen

» Viele Linke lehnen sowohl Kombilöhne als auch den Bonus für Arbeit ab. Die Unternehmen sollen, so die Kritiker, gefälligst anständige Löhne zahlen, statt sich vom Staat mit Lohnsubventionen die Taschen füllen zu lassen.

Natürlich darf man es den Unternehmen nicht zu leicht machen; natürlich müssen wir Dumpingkonkurrenz bekämpfen. Aber die Kritiker vergessen, dass in einer Marktwirtschaft auch der Arbeitslohn nicht vollkommen unabhängig von Angebot und Nachfrage, von Produktivität und Mehrwert der Arbeitsleistung des Beschäftigten einfach nach politischer Wünschbarkeit festgelegt werden kann. Will man Löhne garantieren, die zum Leben reichen, will man andererseits verhindern, dass Arbeit im Niedriglohnbereich zu teuer wird und Arbeitsplätze kostet, und will man Unternehmern Anreize geben, schwer vermittelbaren Arbeitslosen eine Chance zu geben, kommt man an punktueller finanzieller Förderung nicht vorbei. Sie darf eben nur nicht mit dem Füllhorn beliebig ausgeschüttet werden.

Passgenaue, befristete Kombilöhne, Bonus für Arbeit und Mindestlöhne schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich. Was wir brauchen, sind pragmatische Lösungen, die einem gemeinsamen Grundprinzip verpflichtet sind: Arbeit darf nicht arm machen, und Nichtstun darf sich nicht lohnen. ■

☞ Uwe Döring, ist Minister für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein.

Die Löhne sind nicht das Problem

Kombi- bzw. Niedriglöhne –
eine Einschätzung aus
makroökonomischer Perspektive

von Arne Heise

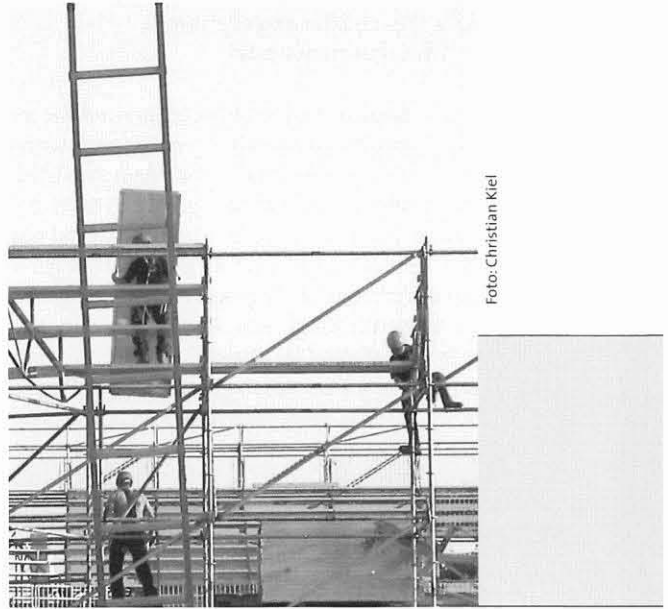


Foto: Christian Kiel

□ 1. Niedriglöhne, Kombilöhne – eine Endlos-Geschichte

Das Thema Niedrig- bzw. Kombi-Löhne ist ein Dauerbrenner der beschäftigungspolitischen Debatte in Deutschland: Bereits Anfang der 1990er Jahre belebte Fritz W. Scharpf, damaliger Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln, die Diskussion mit einem Vorschlag zur Subventionierung niedriger Einkommen (Scharpf 1993, S. 433 - 443), erst jüngst wiederholte ein Gutachten für das sächsische Wirtschaftsministerium diesen Ansatz (Bofinger et. alt. 2006) – Überlegungen, die zumindest bei Arbeitsminister und Vize-Kanzler Franz Müntefering auf großes Interesse gestoßen sind.

Die Argumentation für Kombi-Löhne bzw. Lohnsubventionierungen hat sich über die Jahre hinweg wenig geändert, es gibt lediglich einige Detailunterschiede in deren genauer Ausgestaltung vor sich ändernden sozialpolitischen Hintergründen (so gab es z.B. Anfang der 90er Jahre natürlich noch keine Hartz-Gesetzgebung): Der überproportional große Anteil der Geringqualifizierten an der Ge-

samtarbeitslosigkeit und, schlimmer noch, der Langzeitarbeitslosigkeit legt den Schluss nahe, dass entweder die Nachfrage nach geringen Qualifikationen oder der Anreiz zur Arbeitsaufnahme für Geringqualifizierte zu gering ist. In beiden Fällen wird einem zu hohen Reservationslohn, also die Lohnersatzleistung in Form von Arbeitslosengeld I und II, die Schuld hierfür gegeben. Er sei zu hoch, um den am Markt erzielbaren Lohn aus Sicht der Arbeitgeber auf ein profitables Niveau fallen zu lassen. Und er ist zu hoch, um den arbeitslosen Geringqualifizierten einen Anreiz zu bieten, für nur wenig mehr (oder gar weniger) in eine mit Mühsal verbundene Beschäftigung einsteigen zu wollen. Aus diesem Dilemma führen, so die einschlägige Literatur, nur zwei Wege: Entweder das Lohnersatzniveau wird weiter abgesenkt (gemeinhin der Vorschlag der Wirtschaftsliberalen und Konservativen) oder der vom Arbeitgeber zu zahlende Lohn (Produktlohn) wird durch Lohnsubvention abgesenkt bzw. der an den Arbeitnehmer netto ausgezahlte Lohn (Konsumlohn) wird durch Aufstockbeiträge (Kombi-Lohn) oder eine Subvention der Lohnnebenkosten erhöht.

□ 2. Beschäftigungsdynamik im Strukturwandel

» So plausibel die Überlegungen auf der ersten Blick auch erscheinen, sie halten weder dem Plausibilitäts- noch dem Praxistest stand. Aber vorab: Es wird, angestoßen durch das Bild der hohen Geringqualifizierten-Arbeitslosigkeit, der Eindruck erzeugt, als gäbe es nicht genügend profitable Job-Angebote im Segment gering qualifizierter Tätigkeiten, insbesondere aber zu wenige einfache Dienstleistungen. Dies, so legen arbeitsmarkttheoretische Modelle (Appelbaum/Schettkat 1994, S. 193 -202) nahe, liegt am Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft: Aufgrund der hohen Produktivitätsentwicklung bei gleichzeitig hoher Nachfragedynamik im Industriesektor konnten in den 1950er bis 1970er Jahren Arbeitskräfte auch bei geringer Lohndifferenzierung in den boomenden Industriebranchen unterkommen. Die geringe Lohndifferenzierung wurde sogar als Motor des Strukturwandels („schwedisches Modell“) betrachtet. Aufgrund der viel geringeren Produktivitätsentwicklung in den Dienstleistungsbranchen – insbesondere in den konsumnahen Bereichen, in denen Geringqualifizierte eingesetzt werden können – kann nun der Strukturwandel seit den 1970er Jahren in Richtung Dienstleistungsgesellschaft nur noch bei zunehmender Lohndifferenzierung bewerkstelligt werden, weil die hohen Löhne der Industriebranchen im geringproduktiven Dienstleistungsbereich nicht gezahlt werden können. Diese Lohndifferenzierung kann entweder marktlich erzwungen oder durch Lohnsubventionen bzw. Kombi-Löhne sozial freundlicher gestaltet werden – oder aber Arbeitslosigkeit entsteht!

Oberflächlich betrachtet scheint der Befund mit der bundesdeutschen Realität überein zu stimmen – aber eben nur oberflächlich betrachtet! Denn einerseits haben sich das Angebot an gering qualifizierten Jobs einerseits und das Angebot an geringen Qualifikationen andererseits gar nicht so weit auseinander entwickelt, wie es immer behauptet wird (Heise 2003, S. 55) – der hohe Anteil an gering qualifizierten Arbeitslosen deutet also nicht so

Foto: www.fotolia.de, ©Aleksander Bochenek



sehr auf ein Missverhältnis von Angebot und Nachfrage hin, als vielmehr darauf, dass nach nunmehr fast 30-jähriger Massenarbeitslosigkeit in Deutschland ein Verdrängungs- bzw. Diskriminierungsprozess stattgefunden hat, der durch die Hartz-Gesetzgebung noch verstärkt wurde: Arbeitsplätze, die nur geringe Qualifikationen erfordern, werden zunehmend durch Arbeitnehmer mit höheren Qualifikationen besetzt und für die Geringqualifizierten bleibt dann kein Job mehr übrig. Auch die große und rasant zunehmende Anzahl von 400 Euro-Jobs deutet nicht auf einen Mangel an gering qualifizierten Arbeitsplätzen hin.

□ 3. Kein Mangel an Niedriglohn-Jobs

» Tatsächlich entsprechen jene 400 Euro-Jobs durchaus den Vorstellungen der Lohnsubventionskonzepte, denn hier werden, degressiv gestaltet bis hinauf auf 800 Euro, die Sozialversicherungsabgaben subventioniert und Steuervorteile gewährt. Nicht überraschend sieht deshalb der oben erwähnte neuerliche Vorschlag eines Lohnsubventions-Modells den Ersatz der 400 Euro-Lohnsubventionierung durch ein umfassenderes Modell vor. Und scheint die dynamische Entwicklung von mittlerweile fast 7 Mio. 400 Euro-Jobs nicht genau diesem Ansatz recht zu geben? Nein, keinesfalls. Denn die genaue Betrachtung der 400 Euro-Jobs zeigt, dass es sich hier einerseits überwiegend um Nebentätigkeiten für Schüler, Studierende oder Rentner handelt, nicht aber in erster Linie um Hauptbeschäftigungen, die wahrscheinlich auch nur in Kumulation zum Leben

reichen würden. Und dort, wo tatsächlich Hauptbeschäftigungen auf 400 Euro-Basis entstanden sind, sind diese ganz überwiegend durch Umstrukturierung von nicht-subventionierten ‚Normalarbeitsplätzen‘ in subventionierte 400 Euro-Jobs entstanden (Voss-Dahm 2005) – ohne Beschäftigungswirkung, aber mit negativen Auswirkungen auf die Sozialkassen.



Foto: www.photocase.de, Fotograf: philiz01

Neuaufgabe der Spiele-Praxismappe erschienen!

Die bewährte und sehr beliebte Praxismappe wurde komplett neu überarbeitet und mit neuem Design versehen. Fast 200 Spiele – mit vielen Variationsmöglichkeiten - sind auf 290 Seiten in übersichtlicher Struktur dargestellt und um einen aktualisierten Theorieteil ergänzt.

Viele neue Spiele!
 Kennlernspiele
 Rollenspiele
 Integrative Spiele
 Bewegungsspiele
 Gruppenanstellungsspiele
 Spiele zur
 Interkulturelle Spiele
 Gruppenarbeit



Hiermit bestelle(n) ich/wir

_____ Praxismappe(n) zum Preis von 13,- € plus Versandkosten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ / Wohnort: _____

Tel.: _____

Infos & Bestellung:

Bundesjugendwerk der AWO
 e-mail: info@bundesjugendwerk.de
 Tel.: 0700/jugendwerk oder
 0700/584363937



Es gibt aber noch weitere Indizien, die nicht dafür sprechen, dass Lohnsubventionierungen oder Kombi-Löhne brauchbare Instrumente der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein könnten:

(1)

Alle bisher durchgeführten Pilotprojekte (z.B. das Mainzer Modell) zeigten kaum nachweisbare Beschäftigungseffekte, zahlreiche Simulationsstudien weisen auf das eklatante Missverhältnis von Kostenrisiken (Subventionen) und Beschäftigungschancen hin (Schneider 2002);

(2)

Der Logik der Argumentation folgend müsste die Arbeitsmarktsituation für Geringqualifizierte in jenen Ländern, die ein hohes Maß an Lohndifferenzierung aufweisen – z.B. Großbritannien und die USA – sehr viel besser aussehen als in Deutschland, während sie in Ländern mit geringerer Lohndifferenzierung – wie den skandinavischen Ländern – eher noch schlechter sein müsste. Beides aber ist falsch: In den USA und Großbritannien ist zwar die allgemeine Arbeitsmarktlage gegenwärtig viel günstiger als in Deutschland und auch die Job-Chancen für Geringqualifizierte stehen im Moment besser als in Deutschland, doch die relative Betroffenheit (Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten ins Verhältnis gesetzt zur Arbeitslosenquote Hochqualifizierter) ist in den USA und Großbritannien ungünstiger, obwohl die höhere Lohndifferenzierung genau dies verhindern soll. (vgl. Heise 2003, S. 55f.; Bosch 1998) Und in den skandinavischen Ländern ist nicht nur die allgemeine Arbeitsmarktlage besser als in Deutschland, auch die relative Betroffenheit der Geringqualifizierten sieht dort günstiger aus.

□ 4. It's the macroeconomy, stupid

» Natürlich muss man sich fragen, wie es zu diesen Ergebnissen kommen kann, denn es erscheint intuitiv einsichtig, dass eine relative Lohnkürzung bzw. -subventionierung – also die Verbilligung der gering qualifizierten Arbeit – zu verbesserter Beschäftigungschance führen müsste (allerdings zulasten der relativ ‚teurer‘ werdenden Hochqualifizierten). Der Argumentations- und Denkfehler der Niedriglohn-Befürworter liegt darin, lediglich die allokativen Effekte einer relativen Lohnänderung, nicht aber deren Einkommens- und Nachfrageeffekte bedacht zu haben. Es lassen sich zwar in der Tat Bedingungen denken, unter denen eine Lohnsubventionierung von Niedriglohn-Arbeitsplätzen deren relative Menge erhöht – wenn die Preiselastizität der Nachfrage nach den von dort beschäftigten Arbeitnehmern hergestellten Produkten und Dienstleistungen sehr groß und die Elastizität der Nachfrage der zur Finanzierung der Subventionen besteuerten Einkommen recht gering ist – doch scheinen einerseits diese Bedingungen in der Realität nicht erfüllt zu sein (vor allem die hohe Preiselastizität der Nachfrage nach gering qualifizierten Dienstleistungen ist höchst fraglich) und andererseits ist aus den bereits erwähnten Gründen keineswegs gesagt, dass möglicherweise eintretende Verlagerungen von ‚Normalarbeitsplätzen‘ in den Subventionsbereich tatsächlich von gering qualifizierten Arbeitnehmern besetzt werden.

Eine wirkliche Verbesserung der Lage der Geringqualifizierten wird sich nur einstellen, wenn sich die Arbeitsmarktlage insgesamt deutlich und nachhaltig verbessert. Das Jahr 2006 zeigt, dass dies bei ausreichendem Wirtschaftswachstum durchaus gelingen kann. Und andere Länder – z.B. die USA und Großbritannien – beweisen, dass dies durch einen wachstumsorientierten makroökonomischen Policy-mix auch langfristig möglich und selbst in Zeiten der Globalisierung durchaus auf nationaler Ebene wirtschaftspolitisch gesteuert werden kann. Der amerikanische Nobelpreisträger Bob Solow fragt verwundert (Solow 2000), weshalb deutsche Ökonomen und Politiker ausschließ-

lich auf die Angebotsseite – und das heißt letztlich immer auf den Lohn – schauen, um die Arbeitslosigkeit zu erklären und zu bekämpfen, statt auch mal einen Gedanken dahingehend zu verschwenden, die Nachfrageseite zu stärken – Niedriglohnkonzepte, egal ob als Lohnsubventionierung oder Kombi-Lohnmodelle, sind sicher nicht der richtige Weg, um dem Problem der Arbeitslosigkeit in Deutschland beizukommen. Und selbst die überproportional hohe Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten kann offensichtlich durch eine flächendeckende Förderung des Niedriglohn-Bereichs nicht wesentlich gemildert werden. Allenfalls sollten eine Lohnsubventionierung als Unterstützung bestimmter Merkmalsträger (z.B. ältere oder körperlich beeinträchtigte Menschen) eingesetzt werden – hierfür kennt das Sozialgesetzbuch (SGB) bereits heute hinreichend viele Möglichkeiten. ■

Foto: Christian Kiel



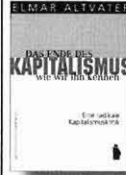
☞ Arne Heise, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Literatur

- Appelbaum, E./Schettkat, R.; Das Ende der Vollbeschäftigung? Zur Wirtschaftsentwicklung in Industrieländern; in: Wirtschaftsdienst, H. 5/1994.
- Bofinger, P., Dietz, M., Genders, S., Walwai, U.; Vorrang für das reguläre Arbeitsverhältnis: Ein Konzept für Existenzsichernde Beschäftigung im Niedriglohnbereich – Gutachten für das Sächsische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (SWMA), August 2006. Peter Bofinger ist von den Gewerkschaften benanntes Mitglied des Sachverständigenrats.
- Bosch, G.; Brauchen wir mehr Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt?; in: WSI-Mitteilungen, H.1/1998.
- Heise, A.; Dreiste Elite. Zur Politischen Ökonomie der Modernisierung, Hamburg 2003.
- Scharpf, F.W.; Von der Finanzierung der Arbeitslosigkeit zur Subventionierung niedriger Erwerbseinkommen; in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H.7/1993.
- Schneider, H. u.a.; Beschäftigungspotenziale einer dualen Förderungsstrategie im Niedriglohnbereich – Gutachten des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes NRW, Bonn 2002
- Solow, R.M.; Unemployment in the United States and in Europe. A contrast of the reasons, CESifo Working Paper series No. 231, München 2000.
- Voss-Dahm, D.; Verdrängen Minijobs, 'normale' Beschäftigung?; in: Institut für Arbeit und Technik (Hrsg.); Jahrbuch 2005, Gelsenkirchen 2005.

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Elmar Altvater
Das Ende des Kapitalismus,
wie wir ihn kennen



Eine radikale
Kapitalismuskritik
3. Auflage 2006
240 S. - € 14,90
ISBN 3-89691-627-0

Werner Rügemeier
Privatisierung in Deutschland



Eine Bilanz
Von der Treuhand zu
Public Private Partnership
2006 - 204 S. € 24,90 -
ISBN 3-89691-630-0

**Dieter Scholz/Heiko Glawe/Helmut
Martens/Pia Paust-Lassen/Gerd Peter/
Jörg Reitzig/Frieder Otto Wolf (Hrsg.)**
Turnaround?



Strategien für eine neue
Politik - Herausforderungen an Gewerkschaften und
Wissenschaft
2006 - 341 S. - € 29,90
ISBN 3-89691-638-6

Christoph Klutsch
American Empire -
Die Bürde des reichen Mannes?



Zur transnationalen Inter-
essensidentität „neoliberal-imperialistischer“
Herrschaftsmuster
2006 - 223 S. - € 24,90
ISBN 3-89691-633-5

Hafenweg 28a
48155 Münster
Fon: 0251/39 00 48 0
Fax: 0251/39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de
www.dampfboot-verlag.de





Foto: Christian Kiel

» Im ersten Halbjahr stehen in vielen Branchen Tarifverhandlungen an. Neben der Metall- und Elektroindustrie wird unter anderem auch in der Textil- und Bekleidungsbranche, in der Chemie- und Druckindustrie, im Bauhauptgewerbe, im Einzel- sowie im Groß- und Außenhandel über steigende Löhne verhandelt werden. Die ökonomische Ausgangslage ist dabei so gut wie selten zuvor. Allen Indikatoren nach scheint die Konjunktur den Dämpfer der Mehrwertsteuererhöhung weitgehend unbeschadet überstanden zu haben. Doch wird angesichts der guten ökonomischen Ausgangslage die Durchsetzung der Tarifforderung ein Kinderspiel für die Gewerkschaften? Die kommende Tarifforderung wird deutlich machen, dass es weniger um Mathematik als auf die Mobilisierungsfähigkeit in den Belegschaften, die Aufstellung im Arbeitgeberlager und um die gesellschaftliche Begleitung ankommt. Dieser Beitrag soll die wirtschaftliche Lage einschätzen und die Kernaueinandersetzung der kommenden Tarifforderung ausleuchten.

Wachsende Wirtschaft – steigende Löhne?

Anmerkungen zur
bevorstehenden Tarifrunde
von Kai Burmeister



□ Richtung Aufschwung

» Seit 2005 kommt die Wirtschaft in Deutschland langsam wieder in Schwung. Im letzten Jahr verging kaum ein Monat, in dem nicht eins der großen Wirtschaftsforschungsinstitute eine Anhebung der Wachstumsprognosen vermeldete. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist wieder gewachsen. Auch der DAX erreicht ungeahnte Höhen und die Gewinne sprudeln insbesondere bei Großunternehmen. Ein Blick auf die Wachstumsbeiträge für das Jahr 2006 macht deutlich, dass die Konjunktur weiterhin vor allem vom Exportgeschäft getragen wird. Während der Außenhandel und damit auch die stark auf den Export ausgerichtete Metall- und Elektroindustrie boomen, hinkt weiterhin die binnenwirtschaftliche Entwicklung hinterher. Der enorme Überschuss von 162 Mrd. Euro in der Handelsbilanz unterstreicht dabei einmal mehr die enorme preisliche Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Wirtschaft und entzieht der Behauptung des bedrohten Standorts einmal mehr den Boden.

Auch wenn die Binnenmarktschwäche weiter anhält, so ist auch hier wieder eine gewisse Dynamik festzustellen. Jüngst sind wieder anziehende Investitionen zu verzeichnen und der Bau trägt nach einem Jahrzehnt der Krise wieder positiv zum Wachstum bei. Verhalten entwickeln sich hingegen immer noch die privaten Konsumausgaben und der Beitrag des Staates ist wie in den Vorjahren gering. Eingebettet in eine sich positiv entwickelnde Weltwirtschaft kann für das laufende Jahr und mindestens auch für 2008 von einer sich fortsetzenden Wachstumsdynamik ausgegangen werden. Entscheidend wird sein, den Trend der realen Einkommensverluste bei der Mehrheit der privaten Haushalte umzukehren. Nur über steigende Löhne kann die Kaufkraft gestärkt, die Binnenmarktschwäche überwunden und der Aufschwung auf eine breitere Basis gesellt werden.

Die aktuell gute wirtschaftliche Lage wird die Chance auf Durchsetzung der Lohnforderungen in diesem Jahr sicher begünstigen. Ein Blick auf die vergangenen Jahrzehnte zeigt das wenig überraschende Ergebnis, wonach während einer Wachstumsphase Gewerkschaften es leichter hatten ihre Lohnforderungen auch durchzusetzen.

□ Schwache Lohnentwicklung in den letzten Jahren

» Nüchtern ist festzustellen, dass in den letzten Jahren die Gewerkschaften Rückschläge bei der Primärverteilung hinnehmen mussten. So gelang es nach einer neuen WSI-Untersuchung nur in drei der letzten 11 Jahre, eine über den sich aus der gesamtwirtschaftlichen Preis- und Produktivitätssteigerungen ergebenden verteilungsneutralen Spielraum hinausgehende Tarifloohnerhöhung durchzusetzen. In all den anderen Jahren konnte dieser Spielraum nicht ausgenutzt werden. Die Folge war eine massive Umverteilung zugunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen, die die Beschäftigten in Form von Reallohnverlusten in ihren Geldbeuteln zu spüren bekamen.

■ Drei Aspekte sind hierbei hervorzuheben:

1.

Die Lohnentwicklung in Deutschland nimmt einen in Europa nahezu einmaligen Sonderweg. Seit 2001 sind in keinem anderen Land innerhalb der Eurozone die Löhne so schwach gestiegen wie in Deutschland. In einem einheitlichen Währungsraum bleibt die Zurückhaltung der größten Volkswirtschaft natürlich nicht ohne Folge für die anderen Euro-Länder. Während die Lohnstückkosten hierzulande massiv gesunken sind, stehen die anderen Euro-Länder jetzt auch unter Druck über eine restriktive Lohnpolitik ihre Wettbewerbsposition halten zu können. Dies zeigt noch mal deutlich, wie wichtig die verstärkte gewerkschaftliche Koordinierung der Tarifpolitiken in Europa ist.

2.

Die Ursachen für die insgesamt schwache Lohnentwicklung sind vielfältig. Zwar unterliegen immer noch gut 70 Prozent der Beschäftigten in den alten Bundesländern und 54 Prozent der Beschäftigten in den neuen Bundesländern der Tarifbindung, dennoch dürfen die Erosionstendenzen in vielen Branchen und Regionen nicht übersehen werden. Auch die viel diskutierten prekären Arbeitsverhältnisse hinterlassen Spuren. Hinzu kommt, dass die neue Realität der Shareholder-Kapitalismus hier konkret wird. Die enormen Renditeansprüche haben zu einer neuen Intensität der Auseinandersetzung um die Verteilung in den Betrieben geführt. Noch nie wurde so hohe Dividenden ausgeschüttet wie 2006.

3.

Nahezu spiegelbildlich zur gespaltenen Konjunktur ist auch eine auseinanderlaufende Entwicklung bei den Löhnen festzustellen. Zusammengefasst erging es den Beschäftigten in den exportorientierten Branchen stets besser als im Öffentlichen Dienst und im Einzelhandel. Der DIW-Wochenbericht Nr. 6/2007 beschreibt ausführlich, dass hierzulande eine zunehmende Lohnspreizung festzustellen ist.

□ Erfahrungen aus 2006

Im letzten Jahr stellte die IG Metall neben einer Erhöhung der Entgelte um 5 Prozent auch qualitative Tarifforderungen. So wurden Themen wie Innovation und Qualifizierungsrechte der Beschäftigten in die Gespräche eingebracht. Insbesondere in den Kommentaren der Zeitungen erhielt die IG Metall für diese qualitativen Elemente viel Zuspruch.

Nachdem gut 950.000 Kolleginnen und Kollegen durch Warnstreiks den Forderungen Nachdruck verliehen haben, wurde das Ergebnis erzielt, dass die Lohn- und Gehaltstabellen ab Juni 2006 dauerhaft um drei Prozent angehoben wurden und für die drei vorangegangenen Monate eine Einmalzahlung von 310 Euro vereinbart wurde. Insgesamt hat die IG Metall sich verteilungspolitisch durchsetzen können und auch bei den Qualifizierungsrechten und der zur Berühmtheit gelangten „Steinkühlerpause“ konnten Erfolge erzielt werden. Näher zu beachten sind die Einmalzahlungen, weil jeweils in den Betrieben über eine Abweichung der Einmalzahlung nach Oben wie nach Unten entschieden werden konnte. Diesem Teil des Tarifabschlusses kommt im Arbeitgeberlager eine wichtige Funktion zu. Während sich die Verhandlungsführer der Arbeitgeber intern für einen zu hohen Abschluss der Kritik ausgesetzt sahen, so wurde die Einmalzahlung als Einstieg in eine stärker auf die betrieblichen Belange orientierte Tarifpolitik insgesamt als symbolischer Erfolg gewertet.

Die Erfahrungen mit diesem Differenzierungsinstrument zeigt, dass in der Mehrzahl der Betriebe die 310 Euro ohne Diskussion überwiesen worden sind. Bei den geringen Fällen der betrieblichen Abweichungen haben die Ausschläge nach Oben die nach Unten sogar leicht übertroffen. Der tatsächliche Bedarf nach Differenzierung ist damit wohl doch nicht so groß, wie dies von den Arbeitgeberverbänden immer behauptet wird. Dennoch ist in Vorbereitung auf die Verhandlungen 2007 das Thema nach dem Motto „Lohnsteigerungen ja, aber als Einmalzahlung“ wieder aufgetaucht.

□ PLUS ist MUSS

Die IG Metall hat Ende Februar für die 3,4 Millionen Beschäftigten der Branche eine Tarifforderung von 6,5 Prozent aufgestellt. Darin drückt sich zum einen die verbesserte Wirtschaftslage und zum anderen die sehr guten Bedingungen in den Metallunternehmen aus. Die Forderung ist durch den erweiterten verteilungsneutralen Spielraum der Gesamtwirtschaft gedeckt und für die Unternehmen finanzierbar. Die Metallindustrie profitiert insgesamt von einer stark steigenden Produktivität und sinkenden Lohnstückkosten. Machten in der Mitte der 1990er Jahre Löhne und Gehälter noch knapp ein Viertel des Umsatzes aus, so befindet sich die Lohnquote seitdem im Sinkflug und hat 2006 einen historischen Tiefststand von 16,5 Prozent erreicht. Die Renditen sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Entsprechend stellt die Tarifbewegung 2007 eine Auseinandersetzung um die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg dar. Die Diskussion innerhalb der IG Metall um die Forderung hat deutlich gemacht, dass es in vielen Belegschaften derzeit eine sehr kämpferische Stimmung gibt und die Erwartungshaltung deutlich über dem des letzten Jahres liegt. Angesichts der sehr guten Lage der Branche können die Metallarbeiter in diesem Jahr nicht das Lied „jede Lohnerhöhung führt zu Arbeitsplatzverlusten“ anstimmen. In den Medien wird derzeit durch Gesamtmetall versucht, die Haltelinie keine Übertragung des letzten Abschlusses einzuziehen. Auch das Thema Einmalzahlungen wird wieder stark gemacht. Es braucht keine ausgeprägten Rechenkünste, um dieses Manöver zu enttarnen. Lohnerhöhungen müssen dauerhaft tabellenwirksam werden, andernfalls kommt es in den Folgejahren zu Einkommenseinbußen.

Zu beachten ist ein an Stärke gewinnender Richtungsstreit im Lager der Metallarbeiter. Viele Arbeitgeber wissen noch um die ordnungspolitische Funktion von Flächentarifverträgen, doch auch hier wird die Gruppe derjenigen lauter, die sich aus dem Flächentarifvertrag mit aller Kraft verabschieden wollen. Diese Auseinandersetzung wird sicher

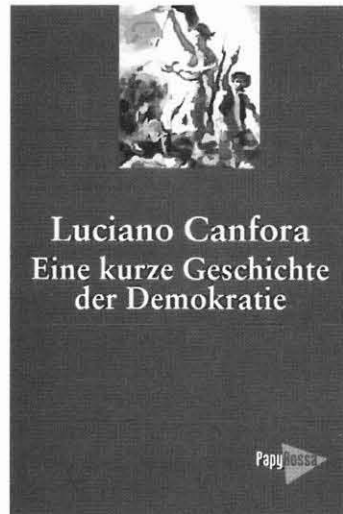
in der heißen Phase eine Zuspitzung erfahren. In diesem Jahr wurden keine qualitativen Forderungen erhoben. Lässt sich daraus schließen, dass die IG Metall hinter den Stand des Vorjahres zurückfällt und nur als „bloße Lohnmaschine“ wirkt? Zwei Erklärungen sind anzuführen. Erstens wurden die letzten Monate durch die Auseinandersetzungen um die Erhöhung des Renteneintrittsalters bestimmt. Die IG Metall hat sich dabei darauf konzentriert, diese Auseinandersetzungen mit dem Gesetzgeber auszutragen. Ob dennoch der gegenwärtige Konflikt um die Rente mit 67 und die Zukunft der Alterszeit im Verlaufe der Tarifrunde Relevanz erhalten wird, ist zur Zeit noch nicht absehbar. Zweitens sind die erreichten qualitativen Ergebnisse weiterhin vorhanden und vor allem erfordert die betriebliche Umsetzung viel Zeit und Engagement.

□ Fazit

Bei der bevorstehenden Tarifausschließung geht es verteilungspolitisch um eine Trendumkehr. Die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre gilt es durch eine kräftige Entgelterhöhung zu korrigieren. Dabei geht es nicht um einen einmaligen kräftigen Schluck aus der Pulle. Im Sinne der europäischen Koordinierung muss dauerhaft der verteilungsneutrale Spielraum ausgenutzt werden, um damit die binnenwirtschaftliche Schwäche überwinden zu können und Druck von den anderen Euro-Ländern zu nehmen. In Zeiten der Angriffe auf Kollektivregelungen ist jede Tarifausschließung gleichzeitig immer auch ein Kampf um den Tarifvertrag an sich.

Weitergedacht geht es darum, die Tarifbewegung als Teil der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mitzudenken. Sollen von der guten Wirtschaftsalge allein Shareholder oder auch die Arbeitnehmer profitieren. In diesem Sinne geht es zwar immer auch um Prozente, vor allem aber geht es um eine Richtungsentscheidung hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit. ■

☞ Kai Burmeister, arbeitet in der Grundsatzabteilung der IG Metall und ist Mitglied im Jus-Bundesvorstand.



Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie

Von Athen bis zur Europäischen Union
Hardcover, 404 Seiten, EUR 24,90

In seinem epochalen Überblick entwickelt Luciano Canfora einen Begriff von Demokratie, in dem d'rin ist, was d'rauf steht: Demokratie nicht als Fassade oligarchischer Macht, sondern als Gleichheit und Volksherrschaft. Kein Wunder, daß ihn jene nicht lieben, die sich heute in der demokratischsten aller Welten wähnen! Das Buch entspreche nicht den Normen »westlicher Geschichtswissenschaft« - was immer das sein mag. Es mache die Großindustrie verantwortlich für Hitler, beschönige den Stalinismus und verunglimpfe die BRD unter Adenauer als revanchistisch und von alten Nazis durchsetzt. Kurzum: Einem deutschen Publikum nicht zuzumuten. So begründete ein großes Münchner Haus seine Weigerung, dieses Buch zu veröffentlichen. Nun liegt es trotzdem auch auf deutsch vor, und wer seinem eigenen Kopf vertrauen will, mag selbst beurteilen, was es mit derlei Nettigkeiten auf sich hat.

PapyRossa Verlag Luxemburger Str. 202
50937 Köln – Tel. (02 21) 44 85 45, Fax 44 43 05
mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de



Foto: Christian Kiel

Literaturschau

von Toralf Pusch, Reinhold Rünker

□ Bedingungsloses Grundeinkommen?

Die Debatte hat in den zurück liegenden Jahren in spw (und der Sozialdemokratie) kaum eine Rolle gespielt und wurde erst seit 2005 wieder populär, weil es seitdem positive Diskussionsbeiträge hierzu v.a. aus Reihen der Grünen sowie der Linkspartei gibt. Einen ersten Zugriff auf die Debatte mit einem ablehnenden Fazit gibt ein Diskussionsbeitrag, den Reinhold Rünker für die Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion erstellt hat. Der Text steht zum Download auf www.parlamentarische-linke.de zur Verfügung. Eine gute Übersicht zur internationalen Diskussion bietet das Buch von Yannick Vanderborght/Phillippe Van Parijs, Ein Grundeinkommen für alle? Von 2005, die deutschsprachige Diskussion hat quellenreich Phillip Jacks in seiner Magisterarbeit „Konzeptionelle Ansätze für allgemeine Grundversicherung“ im August 2005 zusammengefasst.

□ Kombi- und Mindestlöhne in der Diskussion

Die Debatte um Mindest- und Kombilöhne ist – im Vergleich zu der um ein bedingungsloses Grundeinkommen – in der spw ein Dauerbrenner. Die Kontroverse um den SPD-Vorschlag eines „Bonus für Arbeit“ haben wir erst jüngst in spw 153 mit Beiträgen von Ulrich Walwei und Michael Schlecht geführt. Im selben Heft findet sich außerdem ein Beitrag von Wolfgang Jüttner, der sich kritisch mit dem Vorschlag eines Investivlohns auseinander setzt.

Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde die Studie erstellt, in dessen Kontext der Beitrag von Karin Jaehling entstanden ist: „Kombilöhne

in Deutschland – neue Wege, alte Pfade, Irrweg?“, an der neben Karin Jaehling weitere MitarbeiterInnen des Institut Arbeit und Technik sowie Bruno Kaltenborn mitgearbeitet haben. Die Studie wurde in 2006 veröffentlicht. Zum Thema Mindestlöhne, das in diesem Heftschwerpunkt nur am Rande behandelt wird, hat ebenfalls die Friedrich-Ebert-Stiftung in 2006 die Studie „Gesetzliche Mindestlöhne auch in Deutschland?“ von Gerhard Bosch und Claudia Weinkopf veröffentlicht. Verwiesen sei an dieser Stelle auch auf weitere Publikationen der Autoren des „Instituts Arbeit und Technik“, das inzwischen als „Institut Arbeit und Qualifikation“ in die Universität Duisburg-Essen integriert wurde. Einen Vergleich der europäischen Mindestlohnsysteme liefert übrigens das 2006 im VSA-Verlag erschienene Buch „Mindestlöhne in Europa“. Daraus wurde ein Beitrag von Thorsten Schulten „Deutschland braucht einen gesetzlichen Mindestlohn“ für die spw 149 entnommen.

□ Löhne und makroökonomische Entwicklung

Zu den Zusammenhängen von Löhnen und makroökonomischer Entwicklung ist 2005 der Sammelband „Löhne, Beschäftigung, Verteilung und Wachstum“ beim Metropolis-Verlag erschienen. Er versammelt wissenschaftliche Beiträge mit einer keynesianischen Perspektive. Eine genauere Argumentation zum Zusammenhang von Niedriglöhnen und wirtschaftlicher Entwicklung von Arne Heise findet sich in seinem Beitrag in „Renaissance der Makroökonomik“, erschienen 1998 bei Metropolis. Außerdem sei hier auf die Schriften des polnischen Ökonomen Michal Kalecki verwiesen, der sich bereits früh mit den Konsequenzen der Vollbeschäftigung auseinandersetzte. ■

Kinderspiel Kapitalismus – Wind of Change

von Alexandra Kramm



Foto: www.photocase.de, Fotograf: mentaldisorder

Meine Freundin hat eine Fernbeziehung. Das ist schon schwer. Er lebt in London, sie in Berlin. Früher haben die beiden sich selten gesehen. Doch dank der segensreichen Marktwirtschaft sind gemeinsame Wochenenden jetzt häufiger und preiswerter geworden. Die Billig-Flieger machen's möglich. Seitdem lebt die Beziehung auf.

» Bis Sigmar Gabriel kam. Der kleine Dicke in der Regierung hat im ersten Jahr seiner Zeit als Umweltminister wenig Wind gemacht. Jetzt geht er in die Vollen und wendet sich an das Gewissen der Deutschen. Wer fliegt, soll das dabei in die Luft gepustete CO₂ durch einen freiwilligen Obolus wieder ausgleichen, damit in den Entwicklungsländern davon Klimaschutzprojekte finanziert werden können. Oder noch besser. Am besten nicht mehr fliegen. Einfach Urlaub in deutschen Landen machen. Meine Freundin ist am Boden zerstört. Sie sieht ihre Beziehung in Gefahr. Gabriels moralische Keule lastet schwer auf ihrem Gewissen. Sie hat kein Auto, sie benutzt Energiesparlampen und alle Stand-By-Funktionen sind bei ihr brav ausgeschaltet. Sie lebt umweltbewusst. Dachte sie jedenfalls bisher. Jetzt weiß sie, wie eng Luft und Liebe miteinander verbunden sind. Jetzt lässt sich ihre Schuld an der globalen Erderwärmung nicht mehr leugnen. Warum eigentlich erst jetzt?

» An einem lauen Winterabend haben wir bei einem Glas schmackhaften Öko-Rotwein drei „nachhaltige“ Argumente entdeckt, woran es wohl liegt, dass der lang bekannte Klimawandel gerade jetzt den politisch korrekten Verhaltenskodex buchstabiert:

1. Jetzt aber ehrlich: Der lang ersehnte Klimabericht der UN ist erschienen. Danach ist der Klimawandel nicht mehr aufzuhalten. Die Wissenschaftler übertreffen sich selbst in hollywoodesken Katastrophenszenarien. Diesmal hat die Wissenschaft wirklich Recht. Ganz ehrlich.

2. Persönliche Betroffenheit: Schön warm war es diesen Winter. Das konnte jeder am eigenen Leib spüren. Aus dem Herbst wurde ein vorzeitiger Frühling, der sich durch die ersten Krokusse bereits Ende Januar angekündigt. Das macht den Klimawandel greifbar und körperlich erfahrbar. Was ich anfassen kann, muss real sein.

3. Mächtige Männer: Der eine wollte mal Präsident werden. Nachdem ihm das nicht gelungen ist, möchte er durch die Macht der bewegten Bilder die Welt verändern. Der andere hat mit der großen Koalition endlich wieder einen wichtigen Posten und will aus einem übergewichtigen Minister einen gewichtigen Kanzlerkandidaten machen. Beide sind sich einig, dass sie die Welt retten wollen. So tingelt Al Gore mit seinem Kinofilm (klimaschonend per Zug?) durch die Lande, Matthias Machnig springt auf diesen Zug auf und platziert Sigmar Gabriel als moralischen Klima-Schaffner.

Am Samstag fliegt meine Freundin wieder nach London. Billige Flugpreise und herzliche Sehnsucht haben sie überzeugt, dass das Flugzeug auch ohne sie Dreck macht. Und außerdem hat sie in ihrem Garten ein Apfelbäumchen gepflanzt ... ■

↳ Alexandra Kramm, ist selbständige Kommunikationsberaterin und Coach in Berlin (www.schulter-blick.de).

Stichwort:

Jahreswirtschaftsbericht

und Sachverständigenrat

von Arne Heise



Foto: Christian Kiel

Im Jahre 1963 wurde das Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Kurz: SVR) verabschiedet – die Geburtsstunde der so genannten ‚Fünf Weisen‘, die fortan jährlich im November ihr Jahresgutachten veröffentlichen. Der SVR sollte, anders als etwa der amerikanische ‚Council of Economic Experts‘, dem eher die wissenschaftlichen Beiräte beim Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministerium entsprechen, unabhängigen Sachverstand liefern, aber explizit keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen. Indem 3 Mitglieder mit ‚besonderen wirtschaftlichen Kenntnissen und volkswirtschaftlicher Erfahrung‘ (§ 1, Abs. 2) von der Bundesregierung ausgewählt werden ohne in einer direkten Verbindung zu oder Abhängigkeit von ihr zu stehen, und je ein Mitglied auf Vorschlag der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften ausgewählt werden, ohne von diesen abhängig zu sein, glaubte man tatsächlich, das Problem der ‚Neutralität‘ der ‚Fünf Weisen‘ gelöst zu haben. Unter den gegenwärtigen Ratsmitgliedern (s. Tabelle) befindet sich erstmals eine Frau, das auf Vorschlag

der Arbeitgeber berufene Ratsmitglied (Prof. Franz) war bereits vorher, damals allerdings auf Vorschlag der Gewerkschaften (!) Mitglied des SVR.

» In der Realität spiegelt der SVR weitgehend den jeweiligen Mainstream der ökonomischen Zunft wider: Lange Zeit war dies die neoklassische Angebotstheorie, seit einiger Zeit in neukeynesianischem Gewand. Das arbeitgebernahe Ratsmitglied fand sich dabei zumeist in freundlicher Umgebung wieder und musste selten durch ‚Minderheitsvoten‘ Stellung beziehen, die gewerkschaftsnahen Ratsmitglieder hingegen rieben sich häufig genug gegen die konservative, neoliberale und arbeitgeberfreundliche Ratsmehrheit auf und warfen gelegentlich vor Ablauf der 5-jährigen Amtsperiode das Handtuch. Obwohl der SVR vor der Abfassung seiner Gutachten regelmäßig neben Fachvertretern zu speziellen Themen auch mit Vertretern der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden solche Gruppierungen anhört, die tatsächlich Kontakt zur Realität der deutschen Volkswirtschaft haben, lesen sich die Jahresgutachten meist sehr akademisch und ohne allzu intime Kenntnis der realen Welt und deren Institutionen. Dafür hat es sich der SVR seit seiner Gründung aber nicht nehmen lassen, gegen die ausdrückliche Festlegung im Gesetzestext klare und zumeist einseitige wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen auszusprechen: Steuersenkungen, Arbeitsmarktderegulierungen, Haushaltskonsolidierungen, u.ä. aus der Kisten der Angebotspolitik. Das jüngste Jahresgutachten 2006/2007 (‚Widerstreitende Interessen – ungenutzte Chancen‘) umfasst z.B. folgende Politikvorschläge: Anhebung des Renteneintrittsalters; weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte insbesondere durch Ausgabenkürzungen; gleichzeitige Senkung der Körperschaftssteuer mit deutlich höherer Netto-Entlastung als 5 Mrd. Euro Änderung des Kündigungsschutzes; Ausbau von Kombi-Löhnen für Niedrigverdiener.

Name	Heimatinstitution	Fachgebiet
Prof. Bert Rürup (Vorsitzender)	TH Darmstadt	Finanzwissenschaftler
Prof. Wolfgang Wiegard	Universität Regensburg	Finanzwissenschaftler
Prof. Peter Bofinger	Universität Würzburg	Geldtheoretiker
Prof. Wolfgang Franz	Universität Mannheim und Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung	Arbeitsökonom
Prof. Beatrice Weder di Mauro	Universität Mainz	Internat. Makroökonomin

Tab.: Gegenwärtige Ratsmitglieder im Sachverständigenrat

Das Jahresgutachten des SVR muss jeweils bis zum 15. November eines Jahres vorgelegt werden – dies geschieht mittlerweile mit großem medialen Aufwand vor der Bundespressekonferenz in Bonn. Spätestens 8 Wochen danach – also noch vor Ende Januar – muss die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht (JWB) dazu Stellung nehmen und dem Bundestag und Bundesrat zuleiten. Federführend für die Abfassung des JWB ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, das sich mit den anderen Fachressorts abstimmt. Laut Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StabG § 2) von 1967 hat die Bundesregierung in diesem JWB unter Berücksichtigung der Darlegungen im SVR-Jahresgutachten seine Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der angestrebten Ziele darzulegen und daran angelehnt ihre Vorstellungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik des bevorstehenden Jahres zu entwickeln. Die eigentliche Bedeutung des JWB liegt aber darin, den Einsatz der ‚keynesianischen‘ Instrumente der Globalsteuerung, die das StabG geschaffen hat – also die Erhöhung bzw. Reduktion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage –, begründen zu müssen, indem die Gefährdung der Ziele des so genannten ‚magischen Vierecks‘ (Preisstabilität, Vollbeschäftigung, angemessenes Wachstum, Außenwirtschaftsgleichgewicht; vgl. StabG § 1) aufgezeigt wird. Damit wird die Diskretionarität der interventionistischen Wirtschaftspolitik eingeschränkt und die Erwartungsbildung der Wirtschaftsteilnehmer erleichtert.

↳ Arne Heise, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Der SVR entstammt einer Zeit, als die Bundesregierung ‚neutrale‘ Argumentationshilfe für eine Einkommenspolitik suchte, die unter Vollbeschäftigungsbedingungen wesentlich als Lohnzurückhaltungsaufforderung buchstabiert wurde. Und der JWB erlangt seine eigentliche Aufgabe im Rahmen einer wirtschaftspolitischen Grundhaltung, die makroökonomisches Steuerungspotential akzeptiert und zur Verstärkung von Erwartungen beitragen will. Beides hat sich seit den 1960er Jahren gründlich geändert, weshalb auch der Sachverständigenrat und der Jahreswirtschaftsbericht in ihrer jetzigen Form unzeitgemäß sind. Die Konjunkturprognosefunktion des SVR können ohne Verlust die großen Wirtschaftsforschungsinstitute mit ihrer Herbstprognose (die nur unwesentlich vor dem Jahresgutachten des SVR veröffentlicht wird) übernehmen, die vom Gesetzgeber vorgesehene Analysepluralität und Meinungsneutralität konnte und wollte der SVR eh nie erfüllen und die bloße Darlegung der gesamtwirtschaftlichen Einschätzung und die von der Bundesregierung daraus abgeleiteten Wirtschafts- und Finanzpolitik bedarf keines Jahreswirtschaftsberichts, sondern wird ohnedies in den jährlichen Darlegungen zum Bundeshaushalt geleistet. Allerdings wäre es durchaus vorstellbar, den SVR und den JWB in allerdings veränderter Form in eine moderne, makroökonomische Interventionspolitik (Economic Governance) zu integrieren (vgl. Heise, A.; New Politics. Integrative Wirtschaftspolitik für das 21. Jahrhundert, Münster 2001), die eine Kooperation der wesentlichen makroökonomischen Akteure auf Grundlage verbindlicher und allgemein akzeptierter Politikregel beinhaltet. ■

Das Eva-Syndrom

von Sonja Proffittlich



Foto: Christian Kiel



» Eva Herman hat ein neues Buch herausgegeben, mit „Liebesbriefen“ zum Eva-Prinzip. SPD-Bundesgeschäftsführer Martin Gorholt wirbt auf der Sommeruniversität der Friedrich-Ebert-Stiftung dafür, junge Frauen in die Partei einzubinden, damit sie das Problem des Geburtendefizits „gestalten“. Die ARD quält uns mit einer endlos langen Reality-Reihe über die „Bräuteschule 1958“ und Bischof Walter Mixa wirft der Familienpolitik der Großen Koalition vor, in bester DDR-Manier den Müttern und Eltern ihre Kinder entziehen zu wollen, um sie der Aufzucht durch den Staat zu zuführen. Man fragt sich vor dem Hintergrund all dieser Äußerungen, warum ausgerechnet im Deutschland des 21. Jahrhunderts so viel Wind gemacht wird um die Rolle der Frau, um ein modernes Verständnis von Mutterschaft und letzten Endes um die Emanzipation an sich.

□ Mehr Gleichberechtigung wagen

Als 1969 Willy Brandt die Sozialdemokratie in die Regierungsverantwortung führte, versprach er seinen WählerInnen, „Mehr Demokratie wagen“ zu wollen und ein „Kanzler der inneren Reformen“ zu sein. Zeitgleich erlebte die Frauenbewegung einen erneuten Höhepunkt und so schien es nur natürlich und zeitgemäß, die veränderten Vorstellungen von der Rolle der Frau auch rechtlich zu fixieren. Bundesjustizminister Gerhard Jahn brachte in kurzer Folge Gesetzesinitiativen auf den Weg, die das Ehescheidungsrecht, das Sittlichkeitsstrafrecht und nicht zuletzt die Abtreibungsbestimmungen des Paragraph 218 reformieren sollten. Die Folge dieser Reformvorhaben der sozial-liberalen Koalition war eine über Jahre hinweg wähernde, emotional und hitzig geführte Debatte, in deren Kern immer die Frage nach der Rechtmäßigkeit von Emanzipation und der neuen Rolle Frau in der Gesellschaft stand. Die Reform des Scheidungsrechts fand erst 1976 ihren Abschluss, die Reform der Abtreibung in der Form, wie sie damals gewünscht war, gelang bis heute nicht. Protagonistin der Debatte war damals wie heute die katholische Kirche, die sich auch damals schon konsequent jeglichen notwendigen Veränderungen verschloss. In den Siebzigerjahren fand übrigens nicht der Begriff der „Gebärmachine“ Verwendung, sondern der ungleich zynischere vom „Gefäßcharakter der Frau“. In einer Denkschrift der katholischen Kirche zur Reform des Abtreibungsrechts verstiegen sich die Verfasser zu der Aussage, dass der Frau ein Recht auf Abtreibung nicht zugestanden werden dürfe, da der Körper der Frau und das werdende Leben keine Einheit bildeten. So trage die Frau das werdende Leben zwar aus („im Mutterschoße“), dieses Leben sei aber in jedem Fall als eigenständig zu betrachten und nicht als Teil des Körpers der Frau (Stellungnahme des Kommissariats der deutschen Bischöfe zum Schutze des werdenden Lebens v. 23.06.1971).

Immerhin sind wir heute dank Eva Herman einen Schritt weiter: Frau und ungeborenes Leben sind ja irgendwie doch eine Einheit, bedenkt man die Tatsache, dass die Gebärfähigkeit und die Mutterrolle ein von Gottes Gnaden erwirktes Geschenk an die Frau sind und es unsere letztendliche Berufung und Erfüllung ist, Mutter zu sein.

Die Debatten der Siebzigerjahre waren ein Symptom dafür, dass die voranschreitende Gleichberechtigung der Frau nicht von allen Teilen der Gesellschaft mitgetragen und langfristig internalisiert wurde. Die bundesrepublikanische Gesellschaft wurde in zwei Teile gespalten, den konservativ-beharrenden und den progressiven. Zwar haben die grünen Bewegungen eingangs der Achtzigerjahre noch einmal einen Großteil dazu beigetragen, diese Veränderungen gesamtgesellschaftlich zu implementieren – besonders als Reaktion auf die so genannte geistig-moralische Wende 1982 –, doch die Folgen dieser Spaltung spüren wir bis heute. Wohl deswegen, weil die Selbstverständlichkeit der Gleichberechtigung von Frau und Mann Teile der Gesellschaft über Jahrzehnte hinweg nicht erreicht hat, müssen Frauen heute die gleichen Gefechte immer wieder führen – und sich die gleichen Unverschämlichkeiten gefallen lassen.

□ Subtile Vorwürfe

Seymour M. Lipset hat in den 50er Jahren die These vom „Extremismus des Mittelstands“ entworfen. Der Begriff des Extremismus wurde hier als Gegenkonstrukt zum Pluralismus in einer liberalen Gesellschaft konstruiert. Zwar bezog sich Lipset auf rechtsextreme und extremistische Tendenzen in einer Gesellschaft, doch hielt die Theorie Einzug in die Soziologie als Konstrukt, um Ausgrenzungstendenzen zu erklären. Seine These lautete, dass der Mittelstand, als Reaktion auf echte oder vermeintliche drohende oder vollzogene gesellschaftliche Deklassierung zu radikalen Ausgrenzungstendenzen einzelner Gruppen neigen könnte. Heute, im Zeitalter von political cor-

rectness, sind die Identifizierung und Ausgrenzung vermeintlicher Sündenböcke (gerne genommen sind MigratInnen) tabuisiert. Dennoch muss in Zeiten finanzieller Engpässe und schlechter Wirtschaftslage etwas getan werden, um den eigenen Status quo zu sichern. Die Ausgrenzung findet statt und einer der modernen Sündenböcke ist die Frau. Natürlich sagt niemand, der bei Verstand ist, dass man die Frauen aus dem Arbeitsmarkt desintegrieren soll und an den heimischen Herd verfrachten muss, wo sie Pudding kochend ihren Kindern liebevolle Liedchen singen (niemand außer Eva Hermann und Walter Mixa), weil dadurch der Druck auf den Arbeitsmarkt erleichtert würde. Aber wäre es nicht schön, wenn die Frauen alle wieder an den Herd gingen? Plötzlich hätten wir Vollbeschäftigung. Niemand sagt es so deutlich, die Vorwürfe sind subtilerer Natur: vom weiblichen Gebärstreik wird geredet, von den Akademikerinnen, die keine Kinder mehr bekommen und von den egoistischen Tendenzen einer Gesellschaft, die durch Individualisierung und Emanzipation nur noch die Interessen des oder der einzelnen kennt. Uns Frauen wird in die Pflicht geredet, dass wir wieder Kinder kriegen müssen, um die negativen Geburtszahlen zu ändern und die sozialen Sicherungssysteme zu retten.



Foto: Christian Kiel

» Den größten Unmut erregte Mixas Begriff von der weiblichen „Gebärmaschine“. Frauen, die durch die staatliche Familienpolitik quasi in die Doppelrolle aus Erwerbstätige und Mutter geradezu genötigt würden, um das Geburtendefizit zu lösen, wären nichts anderes als eben solche Brutstätten. Sicher, Mixa hat an dieser Stelle vieles und wesentliches verwechselt und sein Hauptargument, dass Frauen ja in dieser Doppelrolle nur überfordert und daher in sie hineingezwungen sein könnten ist wahrscheinlich so alt wie die Religionsgemeinschaft, die er vertritt. Auch Herman sprach jüngst von der „Überforderung der modernen Frau“. Dennoch: man muss ihm zugute halten, dass er etwas ausspricht, was sich viele nicht zu sagen trauen. Er kritisiert zu Recht den Druck, der auf Frauen heutzutage ausgeübt wird, für die Rente, die Nettoerzeugungsrate oder zur Rettung der sozialen Sicherungssysteme doch bitte bitte endlich wieder zu gebären und sich nicht dieser Aufgabe zu verschließen. Nicht nur Mixa behandelt uns Frauen so, als wären wir lediglich Legehennen in einer Eierfabrik, auch wenn die Empörung über seine Aussage zu Recht groß ist. Nein, auch andere, PolitikerInnen, Feuilletonisten, Künstler und Stammtischschwätzer, sie alle tun so, als bestünde unser bester Beitrag für die Gesellschaft derzeit darin, doch wieder entzückende kleine Kindchen zu bekommen.

» Auch viele Frauen machen den neuen Mutterkult willig mit. Uta Ranke-Heinemann, die katholische Theologin, konterte auf Mixa, dass 2000 Jahre weiblicher Unterdrückung den Frauen manchmal das Gehirn weich gekocht hätten. Natürlich sollen Frauen Mütter und Hausfrau sein dürfen – die Gesellschaft soll uns aber bitte mit ihrem mutterkultischen Still-Erfüllungs-Geschwätz verschonen.

□ Fünf Gründe gegen den „Fertilitäts“-Hype

Diese ganze unsägliche Debatte könnte sich in Wohlgefallen auflösen, wenn endlich einmal der Mut vorhanden wäre, einige grundlegende Tatsachen zu begreifen:

1. Gebärverhalten hat nichts mit dem Portemonnaie zu tun. Der „Gebärstreik“ ist eine Lebensentscheidung und nichts und niemand kann das ändern, außer der und dem Betroffenen selbst.
2. Familienpolitik, Elterngeld, U3-Betreuung und all das sind wichtige Schritte in der Politik, die hier gar nicht klein geredet werden sollen. Noch nie war in Deutschland soviel Einigkeit darüber, dass es jungen Menschen heute erleichtert werden muss, Familie und Beruf zu vereinbaren. Genau das wird man erreichen und das ist gut so. Mehr Fertilitätswilligkeit, oder wie immer man das nennen mag, wird man damit nicht erreichen. Das sind zwei völlig verschiedene Dinge.
3. Die sozialen Sicherungssysteme sind nicht dadurch zu retten, dass Frauen jetzt werfen wie verrückt. Bis meine Kinder in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen, vergehen durchschnittlich 25 Jahre. Und bis dahin kosten sie erst einmal viel Geld. Wir brauchen nicht mehr Kinder, wir brauchen ein neues Sozialstaatskonzept! Eine steuerfinanzierte Krankenversicherung oder Rentenversicherung leisten an dieser Stelle mehr als tausend Kinder.
4. Kinder, die ein Ergebnis der neuen Politik sind, also in der U3-, ÜMi-, KiTa- oder sonstigen Betreuung landen, kosten den Staat auch Geld! Und zwar eine Menge bis sie 25 sind und anfangen einzuzahlen. Und wenn die Gesellschaft das will, sollte sie bereit sein, diesen Preis zu zahlen, statt Frauen ein schlechtes Gewissen einzureden.

5- Deutschland zählt zu den dicht besiedeltsten Ländern der Welt. Meine Urgroßmutter hatte eine ganze Horde Kinder und diese Kinder sitzen jetzt am dicken Ende der Alterspyramide. Was wäre passiert, wenn wir Frauen weiterhin 4, 6 gar 8 Kinder bekommen hätten? Wo sollen die alle leben? Vielleicht erleben wir nun nur eine Normalisierung der Alterspyramide, in zwei Generationen wird sich die Verteilung zwischen jung und alt wieder einpendeln. Übrigens kriegen wir 80 Prozent unseres Salats aus Spanien, wo mittlerweile das Grundwasser versandet, weil der Salat nicht nur bewässert wird, sondern zu einem Großteil aus Wasser besteht, dass dann aber nicht in Spanien, sondern hier verzehrt und in den Wasserkreislauf zurückgeführt wird. Wir haben hier nämlich nicht mehr genug landwirtschaftlich nutzbare Fläche, weil es ziemlich viele Deutsche gibt. Alles Dinge, die es zu bedenken gilt angesichts der manchmal fast marktschreierischen Forderungen nach mehr Kindern.

» Mixa und Herman sind sich jedenfalls in einer Sache einig. Dass wir Frauen aus der Natur unseres Körpers heraus gebären können führt dazu, dass wir alle einfach perfekte Mütter sind und unsere Kinder von uns viel besser erzogen und betreut werden können als von Menschen, die das Erziehen und Bilden von Kindern eigens gelernt haben. Wieder etwas, das wir Frauen uns seit über zweitausend Jahren hinweg beständig anhören dürfen: wir hätten doch unsere natürlich gottgebene Aufgabe schon durch die Gnade gefunden, ein Kind austragen zu dürfen. Und während die Frauen geboren und gestillt haben, haben die Männer gestaltet und geschaffen. Auch hierfür gab es die Legimitation qua „Wissenschaft von der Natur des Menschen“ gleich mit: der Mann habe nun einmal ein größeres Gehirn, weswegen er mit höheren geistigen und intellektuellen Fähigkeiten gesegnet sei. Zum Glück haben wir diesen Unsinn längst überlebt und bekommen nun von jungen Mädchen und Frauen vorgelebt, wie viel Frauen lernen und denken können, wenn man sie nur lässt.

□ Männer, entspannt Euch!

Natürlich sind all die Mixas und Hermans großartige Angriffsflächen. Sie sind aber nur der extreme Pol einer Debatte, auf deren Zwischentöne niemand achtet, obwohl sie doch ungleich gefährlicher sind. Der Feminismus ist da zu verteidigen, wo er subtiler angegriffen wird – in der Gleichstellungsdebatte, die sich auf ihre Fahnen geschrieben hat, die heutzutage so unsäglich benachteiligten Männer den Frauen wieder gleichzustellen. Man möge sie mir bitte zeigen, diese vielen benachteiligten Männer und dann kann man ihnen sagen, dass nach 30 Jahren Befreiung aus 2000 Jahren weiblicher Unterdrückung die Lage so schlimm nicht sein kann.



Fotos: Christian Kiel

Frauen sind in dieser Gesellschaft nicht gleichberechtigt: wir verdienen weniger, wir haben zwischen 27 und 35 Jahren schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und es gibt nach wie vor weiblich dominierte Berufsfelder im Niedriglohnssektor und im Bereich der „Zuarbeitsbetätigungen“ (Arzthelferinnen, Sekretärinnen usw.). Hingegen haben wir uns die Spitze der Gesellschaft nicht erschlossen, nur einige bestimmte Frauen haben sich in männlich dominierten Sektoren wie Management, Hochschule und Politik durchgesetzt. Die SPD mag hier ein gutes Beispiel sein, man mag sich nur den Fall Andrea Nahles vor Augen führen, die den berechtigten Anspruch formulierte, den eine Spitzenposition der Partei hierarchie durch eine Frau zu besetzen.

» Schade ist auch, dass wir nur über bestimmte Rollen reden: die Mutterrolle, manchmal noch die Frauenrolle. Einen sinnvollen Ansatz, moderne Männerrollen und Männlichkeit zu definieren, hier auch den Männern ein wichtiges Podium zur Artikulation ihres Selbstverständnisses und ihrer völlig berechtigten Eigeninteressen zu bieten, finden aber weder Politik noch Gesellschaft. Dabei wäre das dringend notwendig. Wenn sich die Männer mehr entspannen dürfen, können das vielleicht auch die Frauen wieder tun.

P.S.: Der Rote Salon der Juso-Frauen in Bonn erhielt das Angebot von Eva Hermans Verlag, einen vom Salon verfassten Leserbrief zum Vorabdruck der „Thesen“ des Eva-Prinzips im Magazin der CICERO in Hermans neuem Buch: „Liebe Eva Herman – Briefe an die Autorin des Eva-Prinzips“ abzdrukken. Der Erlös dieses Buchs geht an den Verein „Familie ist Zukunft“ gehen (www.familie-ist-zukunft.de), der mit einer Mischung aus absonderlichen Thesen für sein anachronistisches Gesellschaftsbild wirbt. Der Rote Salon hat von einer Abdruckgenehmigung für den Brief abgesehen. Der ganze Vorgang ist einzusehen unter: www.jusos-bonn.de/news/Eva/ ■

↳ Sonja Proffittlich, promoviert derzeit zur Reformpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969 bis 1974, und lebt in Bonn.

spw

Neu im spw-Verlag!

» **Unterschichten? Prekariat? Klassen?**
Mit Beiträgen u.a. von Benjamin Mikfeld, Klaus Dörre, Achim Trube, Michael Sommer, Andrea Nahles und Björn Böhning.
Ca. 120 Seiten, 9,90 Euro



Bestellungen an spw-verlag@spw.de, im Internet unter www.spw.de oder per Fax 0231/40 24 16.

„Die wundersame Entdeckung der neuen Unterschichten“

von Horst Heimann



Foto: Christian Kiel

» Selten hat ein einziges Wort eine so intensive öffentliche Debatte ausgelöst wie „Unterschichten-Problem“, auf das der SPD-Vorsitzende Kurt Beck in einem viel zitierten Interview Anfang Oktober 2006 hingewiesen hatte. Zunächst ging es um eher oberflächliche Aspekte des Problems: Was wollte uns Kurt Beck damit sagen? Darf man das Wort „Unterschicht“ aussprechen und schreiben? Führende Politiker, wie z.B. Franz Müntefering und Volker Kauder, verneinten die Frage vehement. Doch in allen Medien wurde intensiv über „Unterschicht“ und „Armut“ diskutiert. Nur einige Beispiele aus Medien, die nicht des „Linkspopulismus“ verdächtig sind: Die Wochenzeitung Die ZEIT behandelte das neue Thema am 19. Oktober 2006 unter dem Titel: „Reden über die Unbenennbaren – Manche Politiker wagen es nicht einmal, von einer Unterschicht zu sprechen. Doch das Thema ist wichtig: Fünf bis sechs Millionen Menschen haben sich aufgegeben.“

Auch wer die Debatte in den Medien nur sporadisch verfolgt hat, kann zu dem eindeutigen Fazit gelangen: Sowohl die Tabu-Wörter „Unterschicht“ und „Armut“ als auch die ersten sozialen Probleme, die diese Wörter benennen, sind im Bewusstsein vieler Menschen angekommen. Und die Debatte über neue Unterschicht und neue Armut in unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit

(objektiver Faktor) und die damit verbundene wachsende Unzufriedenheit mit Politik, Parteien und Politikern im politischen Bewusstsein der Menschen (subjektiver Faktor), geht weiter – mit offenem Ausgang.

□ Analyse einiger Ergebnisse der FES-Studie „Gesellschaft im Reformprozess“

Die Auslösung einer intensiven Debatte über neue Unterschicht und Armut war keineswegs das erklärte Ziel der von Infratest im Auftrag der FES durchgeführten Erhebung. Es ging dabei nicht um eine empirische Analyse der objektiven Sozialstruktur, „vielmehr zielte die Befragung darauf, herauszufinden, welche Wertepreferenzen in der Bevölkerung vorliegen und welche Zuordnungen zu `politischen Typen` diese Präferenzen erlauben.“ Aus den „politischen Wertevorstellungen und Einstellungen“ (also vom „subjektiven Faktor“ des politischen Bewusstseins) der Befragten wurden 9 „Politische Typen“ abgeleitet und als „neue politische Milieus“ unterschieden. Die aus den subjektiven „politischen Wertevorstellungen und Einstellungen“ abgeleiteten neun „Politischen Typen“ wurden objektiven sozialstrukturellen Schichten nach dem Modell „Unter- Mittel- und Oberschicht“

zugeordnet. (vgl. Mikfeld 2006) Die Berücksichtigung der subjektiven Wertevorstellung erlaubt aber eine sinnvolle Binnendifferenzierung innerhalb der drei objektiven Schichten.

Dargestellt werden in der Studie nicht nur die unterschiedlichen Wertevorstellungen der neun „Politischen Typen“, sondern auch die über alle Grenzen der Milieus hinausreichenden vorherrschenden „politischen Wertevorstellungen und Einstellungen“. Angesichts der Verstärkung der objektiven sozialen Unterschiede ist eine in der Gesamtgesellschaft festgestellte „breite Werteübereinstimmung der Bevölkerung“ durchaus überraschend:

□ Soziale Gerechtigkeit als der „oberste Wert“

Soziale Gerechtigkeit ist für 83% der Bevölkerung „sehr wichtig“ (56%) bzw. „wichtig“ (27%). Ähnlich wichtig ist für 81% (58%, bzw. 23%) die „Gleichberechtigung von Mann und Frau“ und für 79% (48, bzw. 31%) die „Verantwortung gegenüber kommenden Generationen“.

» Zunächst sah es fast nur nach einer „semantischen“ Bereicherung der Debatte über das von Kurt Beck erwähnte „Unterschichten-Problem“ aus. Denn wer das Tabu-Wort „Unterschicht“ nicht aussprechen wollte, konnte sich nun mit dem Synonym „Abgehängtes Prekariat“ an der Debatte beteiligen. Der innovative Begriff „Abgehängtes Prekariat“ (vgl. auch Brinkmann/Dörre/Röbenack 2005) benannte einerseits durchaus ein gravierendes soziales Problem, das aber andererseits abgemildert wird, weil es ja nur eine kleine Minderheit von 8% betrifft: Nach einem sozialen Abstieg fühlen sie sich „abgehängt“, sind resigniert und haben keine Hoffnung auf sozialen Aufstieg. Doch die kleine Zahl von nur 8% enthält auch den alarmierenden Hinweis auf ein großes Problem der deutschen Einheit: Denn zu dieser neuen Unterschicht gehören im Westen nur 4%, im Osten aber 25%, also jeder vierte Erwachsene

in den neuen Bundesländern. Das heißt: Jetzt driftet auseinander, was zusammengehört. Die immer wieder angesprochenen Zukunftsängste und das schwindende Vertrauen in Politik und Politiker beziehen sich eben auf die Mehrheit der Bevölkerung, auch auf „die Mitte“, in der angeblich Wahlen gewonnen werden: „63 Prozent machen die gesellschaftlichen Veränderungen Angst – 44 Prozent fühlen sich vom Staat allein gelassen“. (S. 4) „59 Prozent geben an, sich derzeit finanziell einschränken zu müssen – 49 Prozent befürchten, ihren Lebensstandard nicht halten zu können“. (S. 5) „61 Prozent meinen, es gibt keine Mitte mehr, nur noch Oben und Unten – 39 Prozent fürchten, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein – 14 Prozent sehen sich in jeder Hinsicht als Verlierer ... und gesellschaftlich ins Abseits abgeschoben“. (S. 7)

Diese kritische Beurteilung hat natürlich Folgen für das politische Bewusstsein: „56 Prozent meinen, ‚egal‘ welche Partei man wählt, ändern tut sich doch nichts‘ und 68 Prozent, Politiker kümmern sich zu wenig um die Sorgen der Bürger.“ (S. 10)

□ Abstiegsängste statt Hoffnung

Für die Zukunft des Sozialstaates und der Demokratie, aber auch die Mehrheitsfähigkeit der SPD, sind zwei widersprüchliche Aspekte im politischen Bewusstsein der drei Unterschichten und der ersten Mittelschicht (insgesamt 42% der Wahlberechtigten, in Ostdeutschland jedoch mit 58% die Mehrheit) besonders bedeutsam: In diesen Schichten hatte die SPD die meisten Stammwähler. Die eigene soziale Lage macht sie zu interessierten Anhängern des Sozialstaats. In Übereinstimmung mit dem Godesberger und dem Berliner Programm der SPD und der christlichen Soziallehre befürworten sie den regulierenden Staat, der dem Gemeinwohl verpflichtet ist und die soziale Absicherung garantiert. Sowohl wegen ihrer objektiven sozialen Lage als auch wegen ihrer subjektiven politischen Überzeugungen sind sie ein Potenzial für die Stärkung der Sozialen Demokratie, und damit im Prinzip der SPD, aber auch der christlichen Minderheit in CDU/CSU. Doch andererseits,

bedingt durch ihre unbefriedigende Lage und die Angst vor sozialem Abstieg, entwickeln sich bei ihnen auch „autoritär-ethnozentristische Vorstellungen“, so dass sie zum latenten Wählerpotenzial rechtsextremistischer Parteien werden können.

» Vor 100 Jahren war die soziale Lage der Unterschichten, oder der Arbeiterklasse, in Deutschland gewiss nicht besser als heute. Aber der aus Ideen gespeiste Zukunftsoptimismus der sozialistischen Arbeiterbewegung („Hell aus dem dunklen Vergangenen, leuchtet die Zukunft hervor!“), aber auch die aus christlicher Nächstenliebe gespeiste katholische Arbeiterbewegung, wirkten sinnstiftend, motivierend und mobilisierend auf die „Erniedrigten und Beleidigten“, aktiverer als ein „aktiverer“ Sozialstaat. Doch in der „modernen“ Gesellschaft, in der nur das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimmt, wurde der aus Ideen gespeiste Zukunftsoptimismus durch einen dumpfen Zukunftspessimismus abgelöst, der demotivierend wirkt und passiv-resignativ macht.

□ Ein neuer sozialer Aufbruch?

Neu sind nicht die Daten der FES-Studie, neu ist nicht das Wissen um neue Armut und Zukunftsängste, neu und überraschend ist die dramatische Aufmerksamkeit, die diese Daten seit Oktober 2006 erregten und die intensive Debatte über dieses Thema: Um zu wissen, dass auch in Deutschland seit mehr als 20 Jahren die Kluft zwischen Reich und Arm tiefer wird und die Zukunftsängste wachsen, brauchte man nicht einmal die Fachliteratur der Armutforscher oder die „Reichtums- und Armutsberichte“ der Bundesregierung zu studieren. Darüber konnte sich jeder in den ganz normalen Massenmedien informieren, die regelmäßig über die bedrohliche soziale Entwicklung berichteten.

» Vor Ausbruch der „Unterschichten- und Armutsdebatte“ im Oktober 2006, am 20. Juli 2006 z. B. informierte die Wochenzeitung Die ZEIT ausführlich über Forschungsergebnisse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin: „Die Reichen sind reicher geworden, die Armen sind mehr geworden. ... Die Ungleichheit (ist) heute größer als in den vergangenen 20 Jahren und ... der Anteil der armen Haushalte (nimmt stark zu)“, und zwar: „Der Anteil der Haushalte mit weniger als 60% des Durchschnittseinkommens“ ist von 12, 6% im Jahre 1998 angestiegen auf 17, 3% im Jahre 2005. Nicht nur die Zahl der Armen hat zugenommen, viele sind auch noch ärmer geworden. Und während früher ein Drittel der Armen „nach zwei Jahren den Sprung über die Armutsgrenze wieder geschafft“ hatte, hat in den vergangenen Jahren der „Anteil mit dauernder Armutserfahrung“ zugenommen.

Da diese Daten und Fakten jahrzehntelang von den meisten Menschen nur passiv zur Kenntnis genommen wurden, ist die Feststellung des SPD-Generalsekretärs Hubertus Heil durchaus zutreffend: „Was alle Menschen seit Jahren in ihrem Alltag erleben und was auch für Wissenschaftler nicht neu ist, steht nun im Mittelpunkt der politischen Diskussion.“ (F. R., 21.10.2006) Das, was jetzt im Mittelpunkt der politischen Diskussion steht, ist eine gesellschaftliche Entwicklung, die gegen den Wert der sozialen Gerechtigkeit verstößt. Da 83% der Menschen die soziale Gerechtigkeit für den wichtigsten Wert halten, dürften sie als Ergebnis der Diskussion „einen neuen sozialen Aufbruch“ wünschen, den auch Hubertus Heil einforderte. (F. R. a. a. O.) ■

☞ Horst Heimann, Vorstandsmitglied der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus, lebt in Dortmund.

Literatur

- Brinkmann, U./Dörre, K./Röbenack, S. (2005): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und politische Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Eine Expertise. MS. Jena 2005
- Mikfeld, Benjamin, (2006): „Sozialdemokratische Potenziale“ in der Dreidrittelgesellschaft, in: Böning, B./Dörre, K./Nahles, A.: Unterschichten? Prekariat? Klassen? Moderne Politik gegen soziale Ausgrenzung, Dortmund 2006



Foto: Jusos in der SPD

Den Kapitalismus auf den Begriff gebracht?

Anmerkungen zu Björn Böhning

in spw 151

von Manfred Boettcher

Es ist offenbar nicht der Beruf der Bundesvorsitzenden der SPD, gültig Grundsätzliches zu formulieren, sondern eher den Populismus zu bedienen. Während der Interimsvorsitzende Franz Müntefering kapitalistische Heuschrecken anprangerte, hat es der derzeitige Vorsitzende mit den Arbeitsscheuen aus der Unterschicht. Populismus soll die Zustimmung zur Partei erhöhen, aber Populismus wirkt dann auch in die Partei hinein. Das darf aber nicht sein, wenn die SPD glaubwürdig und grundsätzlich werden soll, um bei der linken Konkurrenz Meinungsführerschaft beanspruchen zu können. Der Begriff „Kapitalismus“ birgt eine Denkrichtung, die sicher auch die Beck'sche Unterschicht in Beziehung bringen kann, von den kapitalistischen Heuschrecken ganz zu schweigen. Will man von solchen gesellschaftlichen Aspekten abstrahieren, täte es auch der Begriff „freie Marktwirtschaft“, der ohne Systemanalyse auskommt. Will man die ökonomischen Aussichten ohne historisch-logische Zusammenhänge erörtern, dann reicht dieser reduzierte Denkraum völlig aus und eignet sich hervorragend für Populismus. Für eine Programmpartei wie die SPD, die immerhin auch eine intellektuelle Tradi-

tion des Marxismus hat, sollte sich eine so reduzierte Wirtschaftsbetrachtung eigentlich verbieten! Zu meiner Freude fand ich in dieser Zeitschrift einen Artikel des derzeitigen Juso-Bundesvorsitzenden Björn Böhning mit dem Titel. „Die SPD braucht eine moderne Kapitalismuskritik“ (Impulse für ein neues SPD – Grundsatzprogramm)“, denn adäquate Kapitalismusanalyse und -kritik ist für eine Programmdebatte notwendig.

Zu meiner Enttäuschung verwirrt dieser Artikel mehr, als dass er erhellt. Dennoch bin ich Björn Böhning dankbar für das Stichwort! Er stellt „zwei Irrtümer“ gegenüber: „Erster Irrtum: Die Staatsgläubigkeit der moralischen Linken“ und: „Der zweite Irrtum: Die Staatsferne der Sozialtechnokraten“. Als Lösung für die beiden Irrtümer trägt Böhning folgende Gedanken vor: Sowohl diejenigen, die den Markt moralisch zu Gunsten des Staates zurückdrängen wollen, als auch diejenigen, die den Staat auf seine fiskalischen Aufgaben reduzieren, führen die SPD nicht weiter. Die Sozialdemokratie muss weiterhin den Anspruch hegen, Wirtschaft und Gesellschaft, ja den Kapitalismus, nach den Grundwerten von Freiheit, Gerechtigkeit

und Solidarität (aktiv!) zu gestalten. Dieser Gestaltungswille findet seinen Ausdruck in einer offensiven Reformpolitik und engagiertem staatlichen Handeln, gerade auch in Europa. Deshalb braucht die SPD eine wirkliche Vorstellung darüber, wie ein globaler, sozialer Ordnungsrahmen aussehen kann.“

» Zu einer solchen Sonntagsreden-Kompromissformel kommt man nur, wenn man die beiden Pole – Staatsgläubigkeit der Moralisten bzw. Staatsferne der Technokraten – nicht hinterfragt, d.h. eine Kapitalismusanalyse unterlässt. Der brutale Frühkapitalismus wurde durch technologische Veränderungen von einer (zumindest vordergründig) „sanfteren“ Phase des Kapitalismus, dem so genannten Fordismus (Autos können keine Autos kaufen) abgelöst. Das bedeutete aber nicht, dass der Kapitalismus plötzlich menschenfreundlich wurde. Das formale Prinzip der Konkurrenz und der Profitmaximierung blieb erhalten. Allerdings waren jetzt die (Fließband-)Arbeiterinnen und -Arbeiter in einer guten Position der Knappheit und konnten Bedingungen aushandeln. Da das keynesianische Prinzip auch noch versprach, die großen Wirtschaftskrisen abzumildern, der Kapitalismus vordergründig gezähmt schien, waren kapitalismuskritische Positionen nicht mehr gefragt. Das Godesberger Programm, das das marxistische Vorgänger-Programm ablöste und aus einer „Klassenkampfpartei“ eine „soziale Moralpartei“ machte, ist ein Ausdruck für diese Entwicklung. Aus „Klassenkampf“ wurde „Sozialpartnerschaft“. Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist fungierte also fordistisch-keynesianisch, d.h. es wurden einige Pflöcke für das soziale Netz eingerammt. Dass die Sozialdemokratie in der fordistischen Nachkriegsära einige soziale Errungenschaften durchgesetzt hatten, steht außer Frage. Wenn es so etwas wie die „Staatsgläubigkeit der moralischen Linken“ gibt, dann stammt sie aus dem Missverständnis der fordistisch-keynesianistischen Ära. Missverständnis deswegen, weil in der hochfordistischen Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, keiner auf die Idee kam, dass einmal ihre Voraussetzungen wegbrechen könnten.



In der Zwischenzeit haben wir eine mikroelektronische Revolution bei der Entwicklung der Produktivkräfte erlebt, was bedeutet, dass das Wirtschaftswachstum durch Automatisierung nicht mehr, sondern weniger Arbeitskräfte erfordert und damit die komfortable Stellung der Arbeiter untergraben wurde. Es wurde durch diesen Innovationsschub auch eine Echtzeit-Globalisierung möglich. Durch die superschnelle Kommunikation und Transportkosten zu Discountbedingungen sind Verlagerungen von Industriezweigen keine unüberwindlichen Hürden mehr. Beschleunigend wirken dabei die transnationalen Wirtschaftsabkommen der WTO bzw. der Handelsunion „EU“ (die faktisch keine politische Union ist!). Unter diesen neuen Bedingungen ist das Entstehen einer politischen Position der „Sozialtechnokraten“, die mit „marktwirtschaftlichen Elementen“ das soziale Netz „zeitgemäß“ ausdünnen wollen, nachvollziehbar, wenn auch nicht wünschenswert! Die aktuellen politischen Akteure, auch aus unseren Reihen, nennen den Abbau des Sozialstaates „Umbau“. Der Staat, dessen „Nationalökonomie“ zugunsten transnationaler Konzerne ständig schrumpft, hat dadurch auch schrumpfende Möglichkeiten. Eine richtige Einschätzung der Entwicklung des (technologisch bedingt) „entfesselten“ Kapitalismus bedeutet, dass unsere Akteure diese Wirkung illusionslos zur Kenntnis nehmen und vor allem den Sozialabbau und die Privatisierungen verlangsamen. Für einen Gegensatz zwischen bewusstseinslosen Moralisten und Technokraten dürfte in unserer Partei kein Platz sein! ■

↳ Manfred Boettcher, arbeitet als Gewerbestudienrat für die Fächer Elektrotechnik / Automatisierungstechnik und ist im SPD-Kreisvorstand Berlin-Spandau aktiv.

Literatur

- Michael Heinrich: Krise der Arbeitsgesellschaft – Krise des Kapitalismus? (Losarbeiten – Arbeitslos?, Hg: Andreas Exner u.a., Münster 2005)
- Karl Reitter: Vom Fordismus zum Postfordismus. Formen der Arbeit und soziale Organisation Losarbeiten – Arbeitslos?, Hg: Andreas Exner u.a., Münster 2005)
- Robert Kurz: Das Weltkapital, Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems (Berlin 2005)
- Anselm Jappe: Die Abenteuer der Ware. Für eine neue Wertkritik (Münster 2005)



Foto: www.photocase.com, Fotograf: Powermind

Die „Brasilianisierung“ des Arbeitsmarktes

**Gewerkschaften müssen
eine internationale Politik der
„Entprekarisierung“ beginnen**
von Wolfgang Weinz



» In allen europäischen Ländern war und ist das Thema Arbeitszeit ein Dauerbrenner für Tarifkonflikte. In den letzten mehr als 10 Jahren fand dies aus gewerkschaftlicher Sicht allerdings im Abwehrkampf statt, der die Verhandlungsposition der Gewerkschaften europaweit geschwächt hat. Der Organisationsgrad in der „EU-25“ liegt heute im Durchschnitt nur noch bei 26%. Die Beschäftigung hat insgesamt abgenommen. In Deutschland ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 1991 bis 2005 um 13% von 30 auf gut 26 Millionen Menschen zurückgegangen. Das sind weniger als 30% aller Deutschen.

Leiharbeit hat im Zeitraum von 2001-2005 im EU-25 Schnitt von 10,9% auf 12% und Teilzeitverträge von 16,4% auf 18,5% zugenommen. In einem im November 2006 veröffentlichtem Grünbuch der EU-Kommission wird festgestellt, dass der Anteil der Beschäftigten in der EU mit einem unbefristeten Vollzeitvertrag auf 60% gesunken ist, während 25% Nicht-Standard-Varianten wie befristete Verträge und Teilzeit- oder Leiharbeitsverträge hatten und weitere 15% so genannte Selbständige waren.

Dieser Trend zur „Brasilianisierung des Arbeitsmarktes“ – also die Zunahme prekärer, heikler oder unsichere Arbeitsplätze und damit Lebensverhältnisse – ist global und lässt sich seit über zehn Jahren beobachten. Die Frage ist, wie das politisch zu instrumentalisieren, limitieren oder aber auch tarifpolitisch zu gestalten ist. Vor diesem Hintergrund erhält die Diskussion um Flexibilisierung der Arbeitszeit seine besondere Dimension:

- Kann Flexibilisierung den Trend zu Leiharbeit und Teilzeitarbeit mindern bzw. soziale Fran-
kierung geben?
- Wie lässt sich mit einer arbeitnehmerorientierten Flexibilisierung das Auseinanderbrechen in eine Zweiklassen-Belegschaft (Stamm- und Leiharbeiter) verhindern?
- Wie lässt sich die Prekarisierung der Arbeitswelt in einem sozialen Rahmen gestalten?

- Wie ist zu verhindern, dass Flexibilisierung dem Outsourcing nicht zusätzlich Vorschub leistet?
- Wie lässt sich Flexibilisierung gestalten, ohne Menschen in die Situation der „Arbeit in Armut“ oder der Altersarmut zu bringen?
- Und schließlich, wie kann die „Entprekarisierung“ kombiniert werden mit dem Erhalt von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen und damit zum Erhalt des Sozialstaats beitragen?

□ Arbeitszeitpolitik und soziale Standards auf der politischen Agenda

Die gegenwärtige Debatte um Arbeitszeit kreist um drei Themenfelder:

- Länge der Wochen-/ Jahresarbeitszeit,
- Typen der Flexibilisierung und des nicht-standardisierten Arbeitsvertrags,
- Rentensystem und Rentenalter

» Dabei ist die Wochenarbeitszeit das Kernstück der Diskussion, dies besonders seit Mitte der 80er Jahre in denen die Forderung nach der 35 Stunden Woche im Zentrum der gewerkschaftlichen Programmatik der EU-15 stand. In dieser Phase konnten Gewerkschaften auch Erfolge verzeichnen, sei es aus eigener Kraft und/ oder unter Mithilfe befreundeter Regierungen wie 1997 in Frankreich und Italien.

Im Zeitraum von 1998 - 2002 hat in fast allen europäischen Ländern die Arbeitszeit abgenommen (in sechs Ländern um mehr als eine Stunde) und nur in drei Ländern hat die Wochenarbeitszeit zugenommen. Tatsache ist, dass sich der Trend der Arbeitszeitverkürzung unter den o.g. Bedingungen zur Zeit überall umkehrt. Zwischen 2002 und 2005 ist die Arbeitszeit in 12 Ländern wieder angestiegen, was auch für den EU-25 Durchschnitt gilt.

Der Westen ist einem internationalen und unfairen Wettbewerb ausgesetzt, der mit kleinen Reparaturen in der Arbeitszeit nicht zu gewinnen ist. Wenn die Hälfte der weltweiten Erwerbsbevölkerung (also ca. 1,5 Mrd. Menschen) von weniger als 2 USD pro Tag und ein Viertel von einem USD leben muss, dann ist das nicht nur eine soziale Katastrophe, sondern macht die Auswirkungen einer globalisierten Welt auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller arbeitenden Menschen deutlich.



Foto: Christian Kiel

Das umso mehr, als die Politik der Deregulierung und der Welthandelsorganisation den Spielraum für die Transnationalen Konzerne immer mehr erweitert und für nationale Sozialstaaten immer stärker verengt hat. In der Steuer-, Lohn und Sozialpolitik geraten daher Länder wie Deutschland in einen Wettbewerb mit Staaten, die nicht nur niedrigere Steuern und billigere Löhne, sondern eigentlich keine sozialen Infrastrukturkosten haben.



Hinzu kommt, dass Lohn- und Sozialdumping von Staaten gefördert und gelenkt wird, die weder Menschen- noch Gewerkschaftsrechte achten, die diktatorisch geführt werden, die Umwelt zerstören, ohne Rechtsstaatlichkeit, aber mit hoher Korruptionsquote ihren unfairen Wettbewerbsvorteil suchen.

Das geht, weil weder die WTO noch die EU sich für die Ware Arbeitskraft interessieren. Die Freihandels-Ideologie entpuppt sich als sozial- und umweltpolitischer Sprengsatz ohne entwicklungs-politische Perspektive.

Was die Flexibilisierung der Arbeitszeit angeht, so zeigt sich keine generelle Ablehnung von Gewerkschaftsseite wie bei der Verlängerung der Wochenarbeitszeit. Dies spiegelt den Fakt wieder, dass sich gerade vor dem Hintergrund sinkender Mitgliederzahlen und eingeschränkter Handlungsspielräume Chancen für die Kombination gewerkschaftlicher Politik auf der einen Seite und im Wandel befindlichen Arbeitnehmerinteressen und Präferenzen auf der anderen Seite ergeben.

Eine arbeitnehmerorientierte, qualitative Flexibilisierungspolitik schafft Möglichkeiten einer konstruktiven gewerkschaftlichen Gestaltungsfunktion in Zeiten ideologischer und ökonomischer Abwehrkämpfe. Sie bietet die Chance neue Beschäftigungsgruppen und damit potentielle Mitglieder zu gewinnen, das Image der Gewerkschaften (Modernisierer versus Bremser) zu korrigieren, als auch dem Todschlagsargument der Standortkonkurrenz und Wettbewerbssicherung zu begegnen.

□ Zusammenhang und Zukunft von Arbeitszeit- und Sozialpolitik

Entscheidend ist hier, dass die Diskrepanz zwischen zwei Realitäten überwunden wird: der existierenden Mitgliederstruktur in den Gewerkschaften auf der einen Seite und der neuen Realität einer globalen Arbeitswelt auf der anderen. Wenn Gewerkschaften die Initiative zurückgewinnen wollen, müssen sie die zunehmende Zahl der Verlierer, also alle, welche nicht im Normalarbeitsverhältnis stehen, in ihre tarifpolitischen Konzepte und Arbeit aufnehmen. Die Gewerkschaften müssen den deregulierten Raum durch Regulation wieder zurück gewinnen. Tarifpolitik wird zu einem zentralen Element der Sozialpolitik. Das heißt logischerweise, dass sich Tarifpolitiker, Tarifkommissionsmitglieder aktiv mit den sozialpolitischen Fragen beschäftigen müssen. Das hat politische Konsequenzen, die es erlauben, die Gewerkschaften wieder in das Zentrum der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung zu bringen. Der skizzierte tarif- und sozialpolitische Nachteil kann in einen gewerkschaftlichen Vorteil verwandelt werden, wenn es gelingt eine qualitative Arbeitszeitpolitik mit sozialpolitischen Leitplanken zu entwickeln und umzusetzen. Wenn also die Zukunft der Tarifpolitik in immer komplexeren, dezentralisierten und auf Flexibilisierung ausgerichteten Verhandlungen besteht, und so Tarifpolitik zu Flexibilisierungsrunden instrumentalisiert wird, warum nicht die gesamte Dimension dieses Wandels auf den Verhandlungstisch bringen?

□ Europäische und globale Dimension

Damit führt der Weg vor allem bei den Transnationalen Unternehmen direkt zur europäischen und globalen Ebene. Denn mit zunehmender Dezentralisierung der Tarifverhandlungen auf der einen Seite und anhaltender Globalisierung auf der anderen rücken Modelle und Konzepte einer europäisch koordinierten Arbeitszeitpolitik in den Vordergrund. Dies nicht nur wegen der Signalwirkung und des Flaggschiff-Charakters der Transnationalen Konzerne.

Hier gilt es die, wenn auch schwachen, Möglichkeiten der Europäischen Betriebsräte (EBR) zu nutzen. Sicherlich nicht im Frage- und Antwortspiel mit dem Management, sondern in der Schaffung informeller Arbeitsgruppen, welche die Unternehmensdaten auswerten und z.B. in der Frage der Wochenarbeitszeit konsensuale Vorschläge erarbeiten. Dabei geht es nicht um Detailregelungen für jede Niederlassung, sondern um Mindeststandards, Orientierungen, vereinbarte Richtlinien, Eckwerte, Rahmenbedingungen, etc.; also um einen Mindestsockel, um verbindliche Verhandlungen, die festlegen, wo der Unterbietungskampf aufhört.

Was die globale Ebene angeht, so ist es selbstredend, dass Unternehmen, die weltweit tätig sind, nicht auf nationaler oder europäischer Ebene allein begegnet werden kann. Und neben allen tarifpolitischen Details geht es um die Notwendigkeit einer gesellschaftspolitische Debatte, die sich mit der Verfasstheit unseres Gemeinwesens, der Stellung des Sozialen in unserer Gesellschaft und der Frage beschäftigen muss, wie wir und unsere Kinder in Zukunft leben und arbeiten wollen und was Staat, Arbeitgeber und Bürger dafür zu tun haben. ■

☞ Dr. Wolfgang Weinz, arbeitet als Referent bei der Internationalen Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL) in Genf, Schweiz.

ISW institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

**analysen
fakten & argumente**

Herföhrung 2006

JOB-EXPORT
Die neue globale Arbeitsteilung



Die deutschen Firmen intensivieren die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Welche Arbeitsplätze sind betroffen? Welche Auswirkungen haben die Verlagerungen auf die Situation der Beschäftigten in den "Heimat"-Ländern der Konzerne und in den Zielländern?

issw-report: ISSN 1614-9268

issw-report 68
Dezember 2006
3,50 Euro + Vers.

Bestellungen, Gesamtprogramm
issw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München
fon 089-130041, fax 089-168 94 15
issw_muenchen@t-online.de
www.isw-muenchen.de



Den »Sozialismus« jeden Monat neu:
das gibt es nur bei uns! Dazu jeden zweiten
Monat ein Supplement inklusive.
Abo: 11 Hefte + 6 Supplements für 62,- €/Jahr
(für Arbeitslose und Studenten: 44,- €);
zum Kennenlernen: 3 Hefte zum Probeabo-
Preis von 10,- €

Zum Reinschnuppern: Unsere Homepage
www.Sozialismus.de

Bestellen:
Redaktion Sozialismus,
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Tel. 040/280 505 66, info@sozialismus.de

Dokumentation

Berliner Thesen des Kasseler Kreis



» „Mit mehr Mitbestimmung und Verteilung zu mehr Gerechtigkeit? Konzepte für eine soziale Politik“ – dies war der Titel des Kasseler Kreises in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung im Januar diesen Jahres in Berlin. Im Mittelpunkt stand die Situation der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, das Verhältnis beider Organisationen zu einander, Mechanismen und Wirkung der Verteilungsgerechtigkeit in der Sozial-, Bildungs- und Tarifpolitik sowie die Zukunft des Sozialstaates. All dies fassen die Thesen des Kasseler Kreis zusammen, die wir dokumentieren:

□ Berliner Thesen des Kasseler Kreis: „Gesellschaft sozial gestalten“

- Anhaltende Mitgliederverluste, schwindende gesellschaftliche Akzeptanz, Verlust an aktiver Mitarbeit sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass Gewerkschaften und SPD die gleichen Probleme haben. Diese werden sich allerdings nur im gemeinsamen Dialog, im aufeinander zu bewegen, lösen lassen. Die aktuelle, teils verdeckt geführte, „Konfrontationspolitik“ von Vorwürfen, Unterstellungen und Ignoranz wird beide Partner der Arbeiterbewegung zukünftig weiter gesellschaftlich isolieren und höchstens den Konservativen und den Liberalen nutzen.
- Die Spannungen, Verwerfungen und Zerwürfnisse zwischen SPD und Gewerkschaften sind nicht atmosphärischer, sondern inhaltlicher und kultureller Natur. Das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften wird also nicht durch Rotwein und Häppchen zu reparieren sein, sondern es bedarf einer gründlichen Diskussion über gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Lösungen. Dieser Diskurs wird aber nur mit einem gewissen Vertrauensvorschuss und einer klaren politischen Übereinkunft beider politischen Führungsgremien über eine arbeitsteilige Strategie möglich werden. Darauf aufbauend muss auch der Dialog an der Basis und besonders zwischen jüngeren Funktionärinnen und Funktionären beider Seiten wiederhergestellt werden.
- Noch nicht in allen Teilen der Gewerkschaften und der SPD ist der Wandel in der Arbeitswelt zur Kenntnis genommen worden: Wertschöpfung verändert sich, Kernbelegschaften schmelzen, Normalarbeitsverhältnisse werden durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse ersetzt, das unternehmerische Risiko soll auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Diese Entwicklung wird aber nur offensiv zu meistern sein. Eine flexible Gesellschaft braucht Sicherheit, staatliche und tarifvertragliche.
- Armutslöhne von 4,50 Euro pro Stunde auf der einen Seite und ein wachsender Markt für Luxusyachten auf der anderen sind Spiegelbild einer wachsender gesellschaftlichen Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland. 13,5 Prozent unserer Bürger leben unter der Armutsgrenze, die Zahl der Einkommensmillionäre steigt. Bei einem gesellschaftlichen Reichtum von 5 Billionen Euro Privatvermögen ist Verteilungsgerechtigkeit ein Auftrag für sozialdemokratische und gewerkschaftliche Politik. Die wirtschaftliche Kraft der deutschen Bevölkerung reicht bei zielgenauer Verteilung aus, um allen Kindern und Jugendlichen die Zukunft sowie ihnen und ihren Eltern ein Leben jenseits von Armut zu sichern.
- Umverteilung ist kein Gut für sich und darf nicht als Schlüssel für alle Probleme begriffen werden. Allerdings werden nur über eine gerechte Verteilungspolitik – und damit Umverteilung von oben nach unten und einer stärker

ren Beteiligung der Wohlhabenden an öffentlichen Aufgaben – die Zukunftsaufgaben wie z.B. Bildung für alle, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie soziale Absicherung realisiert werden können. Verteilungspolitik schafft in schwierigen Lebenslagen, wie Armut und Vernachlässigung, die Grundlage für staatliches Handeln.

- Der Sozialstaat der Zukunft muss sowohl über die sozialen Sicherungssysteme ein soziales Netz als auch durch präventive und nachhaltige Sozialpolitik ein Trampolin sein. Wir brauchen lebensgerechte Lösungen für diejenigen, die keine Chance auf einen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Genauso müssen wir die Menschen fit machen und vorsorgen, dass sie Grundsicherungsleistungen möglichst nicht in Anspruch nehmen müssen. Sozialhilfegenerationen sind genauso inakzeptabel wie immer mehr Druck und Kürzungen bei den Schwächsten der Gesellschaft.
- Soziale Gerechtigkeit ist keine „Start- oder Wegefrage“. Einem in Armut lebenden Menschen können alle Chancen angeboten worden sein, und er konnte dennoch nicht aufsteigen. Ihn aufzugeben und von weiteren Unterstützungsleistungen auszuschließen wäre fatal. Von ihm sind mittelbar und unmittelbar andere Menschen abhängig – als Vorbild oder als Familienmitglied. Daher ist das Ergebnis sozial gerechter Politik entscheidend, nicht die Anzahl der Maßnahmen.
- Um das Ziel soziale Gerechtigkeit zu realisieren, muss die SPD in der Regierung alle zur Verfügung stehenden Instrumente für eine gerechtere Verteilung nutzen: Einkommenspolitik, Vermögenspolitik, Finanzpolitik, Bildungspolitik, Sozialpolitik sowie eine Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, die auch die Unternehmen in die Pflicht nimmt. Dafür erforderlich ist allerdings ein Konzept erforderlich, das diese Instrumente auf den verschiedenen staatlichen Ebenen von der Kommune bis zu Europäischen Union abgestimmt einsetzt.
- Die Gewerkschaften verfügen über die verteilungspolitischen Instrumente (Nominal) Lohnpolitik und Sozialpolitik. Die Ebenen gewerkschaftlicher Gestaltungsmacht können Betriebe, regionale und bundesweite Tarifverträge, Verwaltungen und Sozialversicherungen sein. Auch hier bedarf es eines klaren Konzepts – abgestimmt auf verschiedene (wechselnde) parlamentarische Mehrheiten.
- Neue Verteilungspolitik muss aus einem Guss sein, will man sich nicht verheddern oder sogar gegenseitig blockieren. Gewerkschaften und SPD müssen daher ihre verteilungspolitischen Absichten miteinander abstimmen und arbeits-tauglich eine Umverteilung von „Oben nach Unten“ organisieren. Das darf kontroverse Diskussionen um Ziele und Strategien nicht verhindern. Angesichts der Komplexität der unterschiedlichen Verteilung zwischen Armut und Reichtum ist ein abgestimmtes Vorgehen unbedingt notwendig. Andernfalls ist ein Scheitern unausweichlich. ■

☞ Kasseler Kreis, ist ein Diskussionsforum jüngerer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die in der SPD aktiv sind und den kritisch-konstruktiven Dialog zwischen Gewerkschaften und SPD fördern wollen. Kontakt: Daniel Friedrich, E-Mail: daniel.friedrich@igmetall.de

Personen & Positionen

□ Forum DL21: Jahrestagung am 23./24. März in Berlin – „Strategien über 2009 hinaus!“

Die turnusmäßige Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen des Forum DL21 beginnt am 23. März um 19.00 Uhr im „Aufsturz“ in der Oranienburger Straße 63 in Berlin Mitte. Die Jahrestagung unter dem Thema „Strategien über 2009 hinaus“ findet am Samstag, 24. März, ab 10.30 Uhr im Paul Löbe des Deutschen Bundestages statt.

Es referieren spw-Mitherausgeber Prof. Michael Krätke über „Aufstieg und Fall sozialdemokratischer Reformpolitik am Beispiel der PvdA“ und PD Dr. Ulrich Eith, Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Wahlen an der Universität Freiburg zu „Politische Optionen für die SPD“.

[Reinhold Rünker]

- ▶ **Anmeldung:** info@forum-dl21.de (erforderlich aufgrund der Sicherheitsbestimmungen)
- ▶ **Infos:** www.forum-dl21.de

□ spw-Frühjahrstagung am 13./14. April in Springe: „Öffentliche Güter – Lokale Wirtschaft“

Die Frühjahrstagung der Zeitschrift spw findet auch in diesem Jahr wieder in der Heimvolkshochschule Springe statt. Im Mittelpunkt der Beratungen steht das Diskursfeld „Öffentliche Güter – Politische Ökonomie“ (vgl. Editorial in spw 150). In Fortsetzung des Heftschwerpunktes 153 geht es v.a. um Fragen der lokalen Organisation öffentlicher Aufgaben. Als ExpertInnen eingeladen sind der ehem. Kasseler Oberbürgermeister Wolfram Bremeier, Dr. Jakob Edler vom Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung sowie der Genossenschafts-Experte Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt von der Universität zu Köln.

[Reinhold Rünker]

- ▶ **Anmeldungen an:** verein@spw.de
- ▶ **Infos:** www.spw.de, www.hvhs-springe.de

□ Reichtum in Deutschland – Dokumentation der SPD-Bundestagsfraktion

Die Dokumentation der im Herbst von der SPD-Bundestagsfraktion organisierten Konferenz zum Thema „Reichtum in Deutschland“ liegt nun vor. Die Dokumentation bietet eine umfassende Gesamtschau auf den Stand der Reichtumsberichterstattung.

Die Arbeitsgruppe wird die dabei vorgetragenen Anregungen für die Beseitigung von Forschungsdefiziten aufgreifen und für die künftige politische Arbeit unter der Zielvorstellung „Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration“ nutzen. Dabei wird sie auch auf die weiterführenden Beiträge des zweiten Teils der Konferenz über „Zukünftige politische Handlungsfelder“ zurückgreifen, in der vor allem über Perspektiven der Steuerpolitik als Instrument für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft gesprochen wurde.

Auch das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Reform der Erbschaftsteuer bietet die Möglichkeit, gesetzliche Grundlagen dafür zu schaffen, dass Erben und Besitzer großer Vermögen sich stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen.

[Hilde Mattheis]

- ▶ **Dokumentation:** umfasst 119 Seiten und kann bei der SPD-Bundestagsfraktion unter der Telefonnummer 030 - 227 57133 bezogen werden.
- ▶ **Download:** www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,39466,00.html

□ Eurosolar veröffentlicht Memorandum „Jenseits von Kohle und Atom“

Hermann Scheer, Präsident von EUROSOLAR und Bundestagsabgeordneter der SPD, hat eine Denkschrift zur den Herausforderungen an die Energiepolitik veröffentlicht. Er vertritt u.a. die Auffassung, dass es sachlich weder notwendig noch politisch-strategisch ratsam sei, als Ersatzbedarf für den Atomausstieg auf neue fossile Großkraftwerke zu setzen, weil damit die Akzeptanz in der Öffentlichkeit für den Atomausstieg sinken könnte. Die Denkschrift zeigt u.a., dass und wie ein Atomkraftwerksersatz bei gleichzeitiger Senkung der CO₂-Emissionen möglich ist – und wie innerhalb der nächsten 15 Jahre der Anteil Erneuerbarer Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung auf über 60 % des Strombedarfs gesteigert werden kann.

Hermann Scheer spricht sich deshalb nicht nur für ein unbedingtes Festhalten am Atomausstieg aus, sondern auch für ein Moratorium in Bezug auf den Neubau fossiler Kraftwerke, wenn keine Kraft-Wärme-Kopplung stattfindet. Außerdem wird beschrieben, warum es weder nötig noch ratsam ist, auf „clean coal“-Kraftwerke zu setzen.

[Reinhold Rünker]

► Infos: www.eurosolar.org

□ Europapolitisches Memorandum der IG Metall

Ein Europapolitisches Memorandum wurde vom Vorstand der IG Metall am 16. Januar 2007 beschlossen. Es soll als Grundlage der europapolitischen Debatte innerhalb der IG Metall dienen und bis zur endgültigen Beschlussfassung im Herbst 2007 breit innerhalb und außerhalb der Organisation diskutiert werden.

[Reinhold Rünker]

► Infos: www.ig-metall.de

□ 2. Alternativer ECOFIN – Wirtschaftspolitik für ein anderes Europa – 20./21. April 2007, Berlin

Das zentrale Handlungsfeld der Europäischen Union ist die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wegen dieser Dominanz ist der Rat der EU-Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) der mächtigste Ministerrat und eine zentrale Schaltstelle des neoliberalen Umbaus in Europa. Seine Entscheidungen haben gravierende Auswirkungen auf Ökologie, die Länder des Südens sowie auf soziale Ungleichheit und Armut. Trotzdem dringt wenig über seine Tätigkeit an die Öffentlichkeit.

Am 20./21. April tagt der Alternative ECOFIN und soll zur Aufklärung sowie zur öffentlichen Diskussion über die EU beitragen. Zugleich sollen politische Alternativen für eine ökonomisch, sozial, ökologisch vernünftige und solidarische Entwicklung in Europa und für entwicklungsfreundliche Beziehungen zu den Ländern des Südens aufgezeigt werden. Die Konferenz wird die Verantwortung der Bundesregierung für die aktuellen Probleme deutlich machen und dazu beitragen, dass öffentlicher Druck für eine andere Europapolitik entsteht.

[Reinhold Rünker]

► Infos: www.alternativer-ecofin.org

5 Fragen an ... Christel Riemann-Hanewinckel



☞ Christel Riemann-Hanewinckel:
2006. Foto: www.spdfraktion.de

» Christel Riemann-Hanewinckel, Jahrgang 1947, arbeite in der DDR zunächst als Buchhändlerin, studierte dann Theologie und war als Pfarrerin tätig. Sie war aktiv in der Friedensbewegung der DDR und im Oktober 1989 auch Mitbegründerin der SDP in Halle. Seit 1990 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestags: 1991 bis 1998 als Sprecherin der SPD-Fraktion für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dann Vorsitzende dieses Ausschusses und schließlich von 2002 bis 2005 dann Parlamentarische Staatssekretärin des gleichnamigen Bundesministeriums. Seit 2005 ist sie Mitglied im Entwicklungs- und im Menschenrechtsausschuss. Sie ist eine der Herausgeber/innen der spw und lebt in Halle/Saale.

spw: Wann hast du angefangen dich politisch zu engagieren?

» **Christel Riemann-Hanewinckel:** Das war 1968 als es um die Volksabstimmung zur neuen Verfassung der DDR ging. Ich war damals Buchhändlerin im Volksbuchhandel. Die sozialistischen Kollektive sollten geschlossen mit „Ja“ abstimmen und das vorher mitteilen. Dagegen habe ich protestiert. Auch nach den Gesetzen der DDR gab es nur geheime Wahlen und deshalb wollte ich mich vorher nicht äußern. Das hat mich dann meinen Arbeitsplatz gekostet. Ich war dann zwei Jahre arbeitslos bis ich in Halle mit dem Theologie-Studium begonnen habe. An der Universität habe ich mich in der Studentenvertretung „Zehnererrat“ und später als Pfarrerin in der Friedensbewegung politisch engagiert.

spw: Und wie bist in der institutionellen Politik gelandet?

» **Christel Riemann-Hanewinckel:** Ich wollte Veränderungen in der DDR: Demokratische Strukturen, Umweltbewusstsein, Friedenserziehung statt Wehrerziehung, Reisefreiheit. Forderungen, die 1989 auch das Neue Forum vertrat. Ich war der Meinung, dass wir dem Alleinvertragsanspruch der SED mit den Blockparteien, CDU etc. strukturell entgegenreten müssen. Deshalb konnte es nur eine Partei sein, für mich die SDP, die ich dann im Oktober 1989 in Halle mit gegründet habe. Als Moderatorin des Runden Tisches für die Stadt Halle ist mir deutlich geworden, dass ich politische Verantwortung übernehmen kann und will. Es ging zu DDR-Zeiten nicht. Wir konnten nur dagegen sein, aber nichts politisch gestalten. Im Mai 1990 habe ich deshalb für das Stadtparlament in Halle kandidiert und im Dezember 1990 für den ersten gemeinsamen Bundestag.

spw: Verstehst Du Dich als Vertreterin der ost-deutschen Interessen?

» **Christel Riemann-Hanewinckel:** Ich hab mich von Anfang an als eine verstanden, die sich für Veränderungen in der neuen Bundesrepublik engagiert. Für mich ist es eine neue Bundesrepublik, auch wenn vieles beim alten geblieben ist. Ich habe mich immer darum bemüht, dass die Menschen erleben und begreifen lernen, dass sich Deutschland verändern muss, wenn 18 Millionen



↳ Christel Riemann-Hanewinkel, wird 1993 mit Peter von Oertzen (links) und Horst Peter (rechts) neue spw-Herausgeberin.

Foto: spw

„Christel Riemann-Hanewinkel: In der DDR war es selbstverständlich, dass Frauen und Männer einen Arbeitsplatz hatten und genügend Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung standen. In den ostdeutschen Ländern ist dieses Angebot erhalten geblieben, es wurde in Qualität investiert, die Länder lassen es sich etwas kosten. Es ist gut, dass dieses Thema endlich auch den „Rest“ der Republik erreicht hat!

spw: Christel, vielen Dank für das Gespräch. ■

Menschen mit ihren guten und schlechten Erfahrungen, ihren Hoffnungen und Wünschen zu 64 anderen Millionen Menschen zusammenkommen sind Veränderungen für alle im Land notwendig. Es war eine der größten Dummheiten, die man in einem gemeinsamen Land begehen kann, im Westen die Produktion hochzufahren und den Osten freundlich zu versorgen. Ich habe immer wieder auf die Einheitsprobleme hingewiesen, gleichzeitig habe ich mich nie verstanden als eine, die nur für den Osten Politik macht.

spw: Welche politischen Diskussionen habe dich besonders in Deinem Leben geprägt?

„Christel Riemann-Hanewinkel: Zu DDR-Zeiten war das die nicht vorhandene Meinungs- und Redefreiheit, deshalb war das Engagement in Friedens- und Ökologiegruppen unter dem Dach der Kirche nötig. Gerechtigkeit und Solidarität sind dabei notwendige wichtige Werte für uns gewesen. Mich hat der „konziliare Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ der Kirchen nachhaltig geprägt. Besonders wichtig waren und sind für mich seit 1990 die Debatten um den Paragraphen 218, den Asylkompromiss, das Grundgesetz und immer wieder die frauen- und gleichstellungspolitischen Themen.

spw: Gibt es etwas bestimmtes, das du gerne aus der ehemaligen DDR mitgenommen hättest?

↳ Das Interview führte Alexandra Kramm.

■ Die Debatte um den § 218

In Deutschland regelt der § 218 die Zulässigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen. Eine zentrale Forderung der Frauenbewegung seit den 60er Jahren war die Selbstbestimmung der Frau und damit die Straffreiheit. 1974 scheiterte die Einführung der Fristenregelung, nach der Abtreibungen bis zur 12. Woche straffrei bleiben sollten, am Bundesverfassungsgericht. Danach wurde eine Indikationslösung eingeführt, wonach Frauen beim Vorliegen einer medizinischen, kriminologischen, eugenischen oder Notlagenindikation nach einer Beratung abtreiben dürfen.

Mit der Vereinigung Deutschlands musste diese Regelung und die seit 1972 in der DDR geltende bedingungslose Fristenlösung zusammengeführt werden. Das Ergebnis war 1995 eine Fristenregelung mit Beratungspflicht, nach der betroffene Frauen die Abtreibung in der Regel nun selbst bezahlen müssen. Die Diskussion um den § 218 und die Forderung der Jusos nach einer ersatzlosen Streichung des Paragraphen sind daher nach wie vor aktuell.

[Alexandra Kramm]